Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

26. September 1973 Jg.1 Nr.3 50 Pfennig

kommunistische volkszeitung

AUS DEM INHALT

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Chile: Das Volk ist nicht besiegt

Der konterrevolutionäre Putsch in Chile soll ein weiteres Land Lateinamerikas der Herrschaft einer Militärjunta unterwerfen. Er dient, wie die konterrevolutionären Militärdiktaturen in Brasilien und Bolivien den US-Imperialisten und den reaktionärsten Klassen, den Grundbesitzern und der Kompradorenbourgeoisie des Landes. Mit Terror, Mord und Massenverhaftungen versucht die Militärjunta, ihre Macht zu festigen. Nachdem der Präsidentenpalast gestürmt und die Regierung gestürzt worden ist, muß die Junta versuchen, das chilenische Volk, das um seine Freiheit kämpft, mit blutigem Terror niederzuhalten. Denn sicher ist, daß die Reaktionäre in Chile und die US-Imperialisten mit diesem Putsch nicht so schnell und nicht so widerstandslos an ihr Ziel kommen werden.

Wohl in keinem anderen Land Südamerikas hat die revolutionäre Bewegung des Volkes so an Stärke zugenommen, wie gerade in den letzten Jahren in Chile. Die chilenische Arbeiterklasse hat gelernt zu kämpfen und sich zu organisieren. Und sie hat jetzt, wenn auch durch schmerzliche Opfer gelernt, daß nur die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Bewaffnung des Volkes, den Weg zur sozialen Revolution, zum Sieg über die Ausbeuterklassen öffnen können. In kurzer Zeit hat sich in Chile eine nationale Befreiungsfront gebildet, die den Kampf gegen die Militärdiktatur organisiert. Die chilenische Arbeiterklasse und das chilenische Volk müssen diesen Kampf zu einem Zeitpunkt aufnehmen, den die Imperialisten bestimmt haben, und zu dem sie noch nicht genügend auf diesen Kampf vorbereitet sind. Diesen notwendigen Kampf um die politische Macht ausreichend vorzubereiten, hat die Unidad Popular (die "Volkseinheit") nicht einfach versäumt, sondern sie war von ihrer Zusammensetzung und ihren Zielen her nicht dazu in der Lage. Von der Schuld, das chilenische Volk vor dem drohenden Angriff der Reaktion entwaffnet und geschwächt zu haben, können die Führer der Unidad Popular und Präsident Allende nicht freigesprochen werden.

(Fortsetzung S.2)



Brandt: Durch meine Brille sieht das ganz anders aus.



Kohl, CDU: So sehe ich schon fast wie der Kanzler aus.

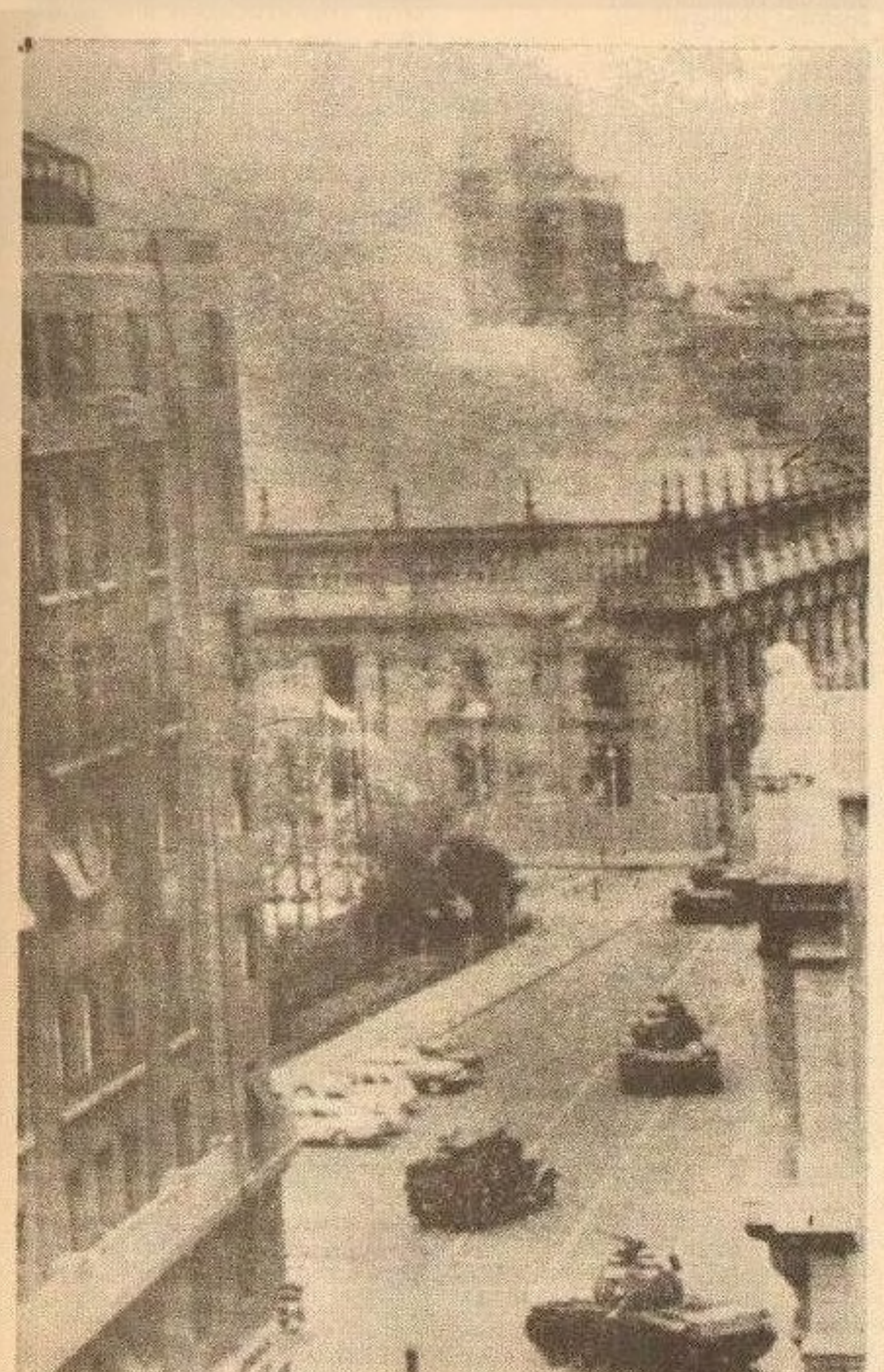


Strauß: Es ist doch gar nicht schwer, diese Regierung links zu überholen.

Der Bluff mit der Steuerreform

Nachdem Bundeskanzler Brandt Steuererleichterungen schon für dieses Jahr versprochen hatte und sein Kabinett schon am nächsten Tag erklärt hatte, daß es dieses Jahr keine Steuererleichterungen geben wird, legte die Bundesregierung jetzt einen Plan für Steuersenkungen ab Januar 1975 vor. Mit diesem Plan, der zunächst die Bundesregierung nichts kostet, aber für die Lohnabhängigen ein Jahr mehr steigende Lohnsteuern bedeutet, soll die Empörung über die wachsende Lohnsteuerlast beruhigt und zugleich der CDU/CSU-Opposition, die sich an diese Empörung anhängt, der Wind aus den Segeln genommen werden.

Ohne große Veränderung übernahm darauf die CDU/CSU die geplanten Steueränderungen und legt sie als ihre eigenen Forderungen vor mit einem Unterschied zur SPD/FDP-Regierung: Sie fordert, daß sie jetzt und nicht erst 1975 durchgeführt werden. In der Opposition hat es die CDU/CSU halt leichter, sich als Interessenswahrer der "unteren und mittleren Einkommensbezieher" aufzuspielen. Doch was die CDU/CSU jetzt für sofort zu fordern vorgibt und was die SPD-Regierung für das Jahr 1975 beschlossen hat, ändert nichts an der steigenden Ausplünderung der werktätigen Massen durch den kapitalistischen Staatsapparat.



Mit Bomben und Panzerangriffen auf den Präsidentenpalast beseitigte das Militär die Regierung Allende. Das Volk aber ist nicht besiegt.

Sowohl nach den Vorstellungen der CDU/CSU als auch nach den Steuerbeschlüssen der SPD/FDP-Regierung sollen die Steueränderungen einen Einnahmeausfall von ca. 8 Mrd. DM für den Staatshaushalt verursachen. Doch allein in diesem Jahr betragen die Mehreinnahmen aus der gestiegenen Lohnsteuer gegenüber 1972 schon über 10 Mrd. DM.

Bis 1975 werden mindestens weitere 10 Mrd. DM Mehreinnahmen aus der Lohnsteuer anfallen. Diese Mehreinnahmen entsprechen einer Steigerung der Lohnsteuer um über 20 %.

Aus diesen Zahlen ist leicht zu entnehmen, daß die geplante Steuererleichterung etwas geringer ist, als die bisherige Lohnsteuererhöhung von einem Jahr.

Für die unteren Lohngruppen kann das für ein Jahr gleichbleibende Lohnsteuer bedeuten. Aber schon im Jahr danach wird die Lohnsteuer wieder steigen und zwar in schnellerer Progression als zuvor.

Dieser Effekt tritt dadurch ein, daß einerseits geplant ist, die Steuerfreibeträge zu erhöhen, andererseits den Steuersatz von 19 % auf 22 % anzuheben. Eine spürbare Verbesserung wird durch das geplante Kindergeld erreicht. Für ein Kind soll nach dem Beschluß der Bundesregierung ab 1975 50,- DM, für das 2.Kind 70,- DM und für jedes weitere Kind 120,- DM direkt von der Lohnsteuer abgezogen werden. Wenn die Lohnsteuer niedriger ist, soll der Differenzbetrag zum Kindergeld ausbezahlt werden. Doch selbst diese Erleichterungen der Steuerlast werden noch geringer ausfallen, wenn die Inflation ungebrochen weitergeht, womit zu rechnen ist. Die dann notwendig zu erkämpfenden Lohnerhöhungen fallen erneut unter die Lohnsteuerprogression. "Bundesfinanzminister Schmidt räumte ein, daß sich die Steuerreform für die Betroffenen etwas ungünstiger und für den Staat etwas günstiger auswirken könnte, wenn die weltweite Konjunktur im nächsten Jahr anhalten sollte. Eine solche Entwicklung sei nicht auszuschliessen" (nach Mannheimer Morgen vom 14.9.). Aber nicht die Weltkonjunktur treibt die Steuern in die Höhe, sondern ein Steuersystem, bei dem der Staat der Gewinner aus der Inflation ist, die Lohnabhängigen jedoch doppelt durch höhere Preise und durch progressiv steigende Steuern ausgeplündert werden. An diesem System hält die Steuerreform fest, ja sie legt sogar eine stärkere Progression an, die schon in kurzer Zeit wirksam werden wird. Mit einer kurzfristigen Verringerung der Lohnsteuer wollen Regierung, SPD/FDP und CDU/CSU gleichermassen die Beibehaltung eines Steuersystems erkaufen, indem die Einkommen der Lohnabhängigen der stärksten Steuerprogression unterworfen bleiben, während die Steuerprogression für die höheren Einkünfte immer flacher wird und durch tausende von Einschränkungen unterlaufen wird.

ERHÖHUNG DER MEHRWERTSTEUER GEPLANT

Damit nicht genug, plant die Bundesregierung die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 11 % auf 12 %. Die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer hebt die Wirkung der geplanten Steuerreform schon im ersten Jahr wieder auf. Denn die Mehrwertsteuer trifft wie alle indirekten Steuern nur die Verbraucher und das sind vor allem die Lohnabhängigen. Gerade dadurch, daß die indirekten Steuern alle Verbrauchsgüter verteuern, trifft sie die niedrigsten Einkommen am härtesten. 11 % Mehrwertsteuer sind nichts anderes als eine zusätzliche Lohnsteuer von 11 %, denn was immer die Lohnabhängigen kaufen, es sind 11 % Steuern darin. Und wenn sie auf eine größere Anschaffung sparen, dann sind da auch 11 % Steuern drin.

Ganz anders wirkt die Mehrwertsteuer für die Kapitalisten. Alles was sie kaufen (außer der Ware Arbeitskraft), Rohstoffe, Maschinen usw. enthält die Mehrwertsteuer. Aber diese Mehrwertsteuer wird weitergegeben auf die Preise des Endprodukts. Gesetzlich ist vorgeschrieben, daß die Kapitalisten alle Mehrwertsteuern, die sie bezahlt haben, abziehen dürfen von der Mehrwertsteuer, die sie dem Staat aus dem Erlös der verkauften Produkte schulden. Auch die Mehrwertsteuer für gekaufte Maschinen darf sofort abgezogen werden.

DIE FORDERUNGEN DER KOMMUNISTEN

Die Abschaffung aller indirekten Steuern auf Güter des täglichen Lebensbedarfs haben Gewerkschaften und Arbeiterparteien schon vor hundert Jahren gefordert. Diese Forderung muß heute umso dringender wieder aufgegriffen werden, wo diese Steuern neben der steigenden Lohnsteuer immer mehr erhöht und ausgeweitet werden. Man denke nur neben der Mehrwertsteuer auf alle Verbrauchsgüter an die Tabak-, Salz-, Zucker- und Benzinsteuer.

Abschaffung der indirekten Steuern auf Verbrauchsgüter und die Festlegung eines steuerfreien Mindestlohnes, das sind die Forderungen zur Steuerreform. Sie müssen in den Gewerkschaften durchgesetzt werden. Diese Forderungen muß die Arbeiterklasse den betrügerischen Steuerreformplänen von SPD und CDU entgegensetzen.

b.b.

LETZTE MELDUNG

Beim Norddeutschen Rundfunk wurde die Ansagerin des Mittagsmagazins, M. Jettner, vom Dienst suspendiert. Sie hatte eine Veranstaltung über Chile angesagt und zu Spenden für die Arbeiter- und Bauernräte aufgerufen. J. Echternach, Junge-Union-Vorsitzender: "Unerträglich, daß im Rundfunk zu Spenden für kommunistische Räte aufgerufen wird."

SPENDET! Spendenkonto Seite 3.

CHILE (Fortsetzung v. S.1)

DIE SITUATION BEI DER ÜBERNAHME DER REGIERUNG DURCH ALLENDE UND DAS PROGRAMM DER UNIDAD POPULAR

Zur Zeit der Übernahme der Regierungsgewalt durch die Unidad Popular befand sich Chile in einer katastrophalen Lage, in die es durch den christdemokratischen Präsidenten Frei geführt worden war. Chile hatte, wie alle anderen Länder Südamerikas 300 Jahre unter dem Kolonialismus und 150 Jahre unter der neokolonialistischen Ausbeutung gelitten. 1970 war fast die Hälfte der Bevölkerung mangelhaft ernährt, ungefähr die Hälfte der Löhne und Einkommen lag unter dem Existenzminimum. Eine von den Christdemokraten versprochene Landreform war natürlich nicht verwirklicht und Macht und Besitz der Grundbesitzer nicht angetastet worden. Dabei herrschte in Chile das US-Monopolkapital. Der größte Teil der Industrieproduktion wurde von ausländischem Kapital kontrolliert. Die Wachstumsrate der Produktion war schließlich kaum höher als die Rate des Bevölkerungszuwachses. Im chilenischen Volk wuchs die Unzufriedenheit mit den herrschenden Verhältnissen. Die Einsicht in die Notwendigkeit eines tiefgreifenden Wandels griff um sich.

Die Linksentwicklung im chilenischen Volk schlug sich zunächst in Wahlen nieder. Allende, der Kandidat der Unidad Popular, gewann die relative Mehrheit. Durch ihren eigenen politischen Boykott geschwächt, hatten die bürgerlichen Parteien, u.a. die Christdemokratische Partei (PDC) nicht die Kraft, die Präsidentschaft Allendes zu verhindern. Die PDC stimmte seiner Wahl zu, legte ihn aber an die Kette. Allende mußte folgende Zusagen machen:

1. Verpflichtung des Präsidenten, die Legalität in allen seinen Aktionen zu respektieren. Unantastbarkeit aller Institutionen, also vor allem der Armee, der Polizei und der Justiz.
2. Verzicht auf die Bildung von Volksmilizen.
3. Respektierung der verfassungsmäßigen Rechte der "Opposition" und Garantie ihrer Institutionen und Massenmedien.

Eine vierte Zusage verweigerte Allende, nämlich auf das traditionelle Recht des Präsidenten zu verzichten, die Oberkommandierenden der Armee zu ernennen. Doch wie hat er es genutzt! Die Oberkommandierenden, die er vorher selber ernannt hatte, leiteten den Putsch und ließen ihn ermorden.

PROGRAMM UND POLITIK DER UNIDAD POPULAR

Die Regierung der Unidad Popular versprach, Chile aus Armut und Unterdrückung herauszuführen. Sie entwickelte ein Programm "radikaler Reformen". Ihre dreigleisige Wirtschaftsplanung enthielt 1. Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Versorgung der Massen, 2. Verstaatlichung wichtiger Industrien und Landreform und 3. Neuorientierung des gesamten Wirtschaftssystems auf eine nationale, von imperialistischer Abhängigkeit unabhängige Wirtschaft. Gleichzeitig enthielt das politische Programm der Unidad Popular auch Forderungen zur Reform des Parlaments, des Justizapparates, der Massenmedien usw., die eine allmähliche Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft und den Weg zum Sozialismus einleiten sollten.
Dieses Programm erwies sich gleich zu Beginn der Regierungszeit der Unidad Popular als trügerisch. Die notwendigen "Legalitätsgarantien" Allendes an die PDC ließen von dem ursprünglichen Programm nur einen Rest. Justiz, Verwaltung, Polizei, Massenmedien, die in Chile hauptsächlich von privaten Kapitalgesellschaften betrieben werden, blieben völlig unangetastet. Das Programm der Unidad Popular enthielt auch nichts darüber, daß ihre Maßnahmen notwendig den Widerstand der Bourgeoisie hervorrufen mußten, geschweige denn darüber, wie dieser niederzuringen sei. So blieb vom Plan, die Revolution als "radikale Reform" durchzuführen, nur der entschlossene und aufopferungsvolle Kampf der chilenischen Arbeiterklasse, in den sie die Unidad Popular ohne klare Parolen und ohne klares Ziel führte. Denn die Regierung Allende stand von Anfang an unter folgendem Widerspruch. Um wenigstens Teile ihres Reformprogramms durchführen zu können, mußte sie sich auf die Volksmassen stützen, die eine grundlegende Änderung wollten, und mußte die Volksmassen mobilisieren. Denn ihr Ziel mußte sein, die schwankenden Klassen und Schichten auf die Seite des Proletariats zogen. Auch die wenigen verstaatlichten Betriebe und die Kreditpolitik der verstaatlichten Banken, konnten kein wirksames Mittel sein, um die nach wie vor den kapitalistischen Gesetzen gehorchende Wirtschaft zu kontrollieren und eine Krise zu verhindern. Dazu ist es notwendig, die Organisation und die Aktionen der Arbeiterklasse und des Volkes selbst zu stärken und auch die Fesseln, die die Bourgeoisie dem Volke auferlegt,



Das Militär hat das Land besetzt. Aber es muß vor den Kämpfern des chilenischen Volkes in Deckung gehen.

zu sprengen. Je entschiedener die Bourgeoisie und der Imperialismus zum Angriff auf die Regierung der Unidad Popular und die sich entfaltende Arbeiter- und Volksbewegung antrat, mußten sich die Widersprüche zuspitzen und die politischen und ökonomischen Krisen schärfer werden.

Bourgeoisie auf der Basis der Legalität zu Zugeständnissen zu zwingen, und das konnte sie nur, wenn die selbständigen Aktionen der Volksmassen ihr als Druckmittel dienen konnten und die Bourgeoisie, um Schlimmeres zu vermeiden, nachgab. Zum anderen aber, durften die Aktionen der Massen immer nur dazu führen, das parlamentarische Gewicht der Regierung zu stärken, nicht aber zur direkten Konfrontation mit der Bourgeoisie, in der ihr allein Positionen im Interesse des Volkes hätten abgerungen werden können.
So begann die Regierung Allende mit der Verstaatlichung wichtiger Industrien auf der Grundlage bestehender Gesetze. Der Kupferbergbau wurde noch aufgrund eines einstimmigen Beschlusses des Parlaments verstaatlicht, weil dieser Beschluß keineswegs den Interessen der chilenischen Kapitalisten und Großgrundbesitzer entgegenstand. Ihren Plan aber, eine "Area Social", einen verstaatlichten Produktionssektor zu schaffen, mit dem die Produktion kontrolliert und gelenkt werden konnte, konnte die Unidad Popular nicht verwirklichen. Ihr Plan 253 Betriebe zu verstaatlichen, wurde von der bürgerlichen Parlamentsmehrheit auf 93 zusammengestrichen, die Kommunistische Partei beantragte schließlich selbst, nicht wie ursprünglich geplant 240, sondern lediglich 40 Betriebe zu verstaatlichen. Bereits von den Arbeitern besetzte und von ihnen verwaltete Betriebe, mußten früheren Besitzern zurückgegeben werden. Während die Arbeiter die Fabriken verteidigten, stand die legalistische Unidad Popular-Regierung notwendig auf der Seite des sogenannten "Rechts" der früheren Besitzer.

Auch die Landreform blieb stecken. Sie sollte auf der Grundlage des Landreformgesetzes des ehemaligen christdemokratischen Präsidenten Frei durchgeführt werden, der jahrelang direkt von der CDU bezahlt wurde und wohl noch wird. Aller Grundbesitz über 80 ha wurde enteignet. Nicht aber die landwirtschaftlichen Produktionsmittel, Häuser, Maschinen, Vieh. So kam es zu einem Produktionsrückgang auf dem Lande und die Macht der Großgrundbesitzer wurde nicht wirklich gebrochen.

Das Stufenprogramm der Unidad Popular, das als Ziel die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln versprach, das zunächst einen Klassenkompromiß vorschlug, um, wie es hieß, Kleinbürgertum und Mittelstand nicht zu verprellen, mußte in Wirklichkeit auf alle Mittel verzichten, die notwendig gewesen wären, um ein Bündnis mit diesen Klassen wirklich herzustellen. Ihre Maßnahmen forderten die Bourgeoisie heraus, ohne daß die Unidad Popular die Mittel hatte und selber das Werkzeug darstellen konnte, entscheidende Maßnahmen durchzusetzen, die

DIE OFFENSIVE DER REAKTION

Von allem Anfang an versuchten der US-Imperialismus und die reaktionären Klassen in Chile die revolutionäre Bewegung der Volksmassen zu unterdrücken. Noch vor dem Amtsantritt Allendes versuchte der US-Konzern ITT einen Umsturz zu organisieren. Der CIA bezahlte und organisierte faschistische Terrortrupps. Augenzeugen berichteten von CIA-Agenten, die die Boykottaktionen der Fuhrunternehmer mit organisierten. Die imperialistischen Staaten, allen voran die USA, versuchten, Chile ökonomisch zu erpressen. Der Preis für Kupfer (Chiles wichtigstes Exportgut) wurde gedrückt. Er schnellte erst nach dem Putsch wieder in die Höhe. Die internationalen Kreditinstitute verweigerten Chile weitere Kredite unter normalen Bedingungen und die USA und andere Staaten wie die BRD versuchten verstärkt, Chiles Auslandsschulden einzutreiben.

In Chile selbst griff die Bourgeoisie zu Sabotage- und Boykottaktionen. Kapitalisten nutzten vorhandene Kapazitäten nicht aus und horteten Waren, die in den Geschäften knapp wurden, aber auf dem bald florierenden Schwarzmarkt umso höhere Preise erzielten. So wurde ein riesiges Reifenlager entdeckt, nachdem Autoreifen eine Zeit lang kaum zu haben waren. Einzelhandelsunternehmer und Fuhrunternehmer, die in Chile den Verteilungssektor beherrschten, legten durch ihren Boykott die Verteilung zeitweise völlig lahm. Diese Offensive der Bourgeoisie, die ihre ganze unangetastete Machtstellung voll nutzte, traf zudem auf eine Unidad Popular, die aufgrund ihrer eigenen Schwäche nicht wirksam Widerstand leisten konnte. Zwar hatte die Wirtschaftspolitik im ersten Jahr zu beachtlichen Erfolgen geführt: die unteren Einkommen waren angehoben, Wohnungsbau und Industrieproduktion beträchtlich gesteigert worden, aber da die Stellung der Bourgeoisie in Staat und Wirtschaft nicht wirklich durch die Regierung geschwächt werden konnte, mußte ihr Programm auch ökonomisch scheitern.

Die Reaktion nahm das zum Anlaß, um gegen den Sozialismus zu hetzen. Gleichzeitig bereitete sich die Bourgeoisie systematisch auf den Bürgerkrieg vor. Die faschistische Organisation "Patria y Libertad" (Vaterland und Freiheit) führte Bombenanschläge durch und ermordete den persönlichen Referenten Allendes. Die Serie der Attentate gegen Menschen und Büros und Einrichtungen der Unidad Popular und der revolutionären Organisationen brach zuletzt nicht mehr ab. Im März 1972 wurde ein Plan zu einem Staatsstreich aufgedeckt, über den sich die Partido Nacional (PN, Nationalpartei), die Organisation "Patria y Libertad" und rechte Militärs geeinigt hatten. Daneben organisierten die Rechten Massendemonstrationen, die sich vor allem aus bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräften zusammensetzen, so z. B. die Demonstration der wohlgenährten Damen von PN und PDC mit ihrem Hauspersonal gegen die Versorgungskrisen. Streiks der Ärzte, Beamten und Angestellten sollten die Krise verschärfen. Die Armee begann, ihre eigenen Reihen zu säubern. Soldaten und Unteroffiziere, denen man Verbindungen zur revolutionären Organisation "Movimiento de Izquierda Revolucionario" (MIR) vorwarf, wurden verhaftet und barbarisch gefoltert. Der leidenschaftliche Protest von Teilen der Unidad Popular konnte nicht verhindern, daß Allende seine Zustimmung zur Eröffnung des Prozesses gegen die Gefolterten gab. Immer wieder durchkämmten Armeetrupps Arbeiterviertel und Fabriken und suchten nach Waffen und führten Verhaftungen durch.

DAS WACHSEN DER VOLKSBEWEGUNG

Die Angriffe der Reaktion verstärkten aber nur den Widerstand des Volkes. Es besann sich mehr und mehr auf seine eigenen Kräfte. In den Betrieben, Stadtvierteln und Landbezirken bildeten sich eigene Macht- und Verwaltungsorgane des Volkes. Die Schaffung dieser Organe hatte zum Ziel, eine wirkliche Volksmacht aufzubauen. Die chilenische Arbeiterklasse war lange Zeit gespalten und zersplittert, Kolonialismus und Imperialismus haben die Arbeiterklasse und das Volk auseinandergerissen und weiter künstlich gespalten. Aber im Laufe des sich verschärfenden Kampfes gegen die Imperialisten und die chilenischen Ausbeuterklassen wuchs ständig die Stärke und Einheit der chilenischen Arbeiterklasse und des chilenischen Volkes. Die eigenen Organe des chilenischen Volkes, die sogenannten Basisorganisationen, waren ein ausgezeichnetes Mittel, die politische Einheit zu schaffen und die Spaltung zu überwinden.

Die Führung der Unidad Popular hat an dieser Entwicklung nur bedingt und indirekt Anteil. Mochte es zu Beginn der Unidad Popular-Regierung noch so ausgesehen haben, als repräsentiere die Unidad Popular insgesamt politisch die Arbeiterklasse und das Volk, so wurde bei Zuspitzung der Klassenkämpfe immer deutlicher, daß die Regierung der Volkseinheit nicht die organisatorische Form und den politischen Inhalt der Volkseinheit darstellte, ja, daß sie schließlich gegen sie arbeitete. Angesichts der verschärften Offensive der Reaktion und der Drohung des Bürgerkrieges gingen die Massen immer mehr nach links und schlossen sich immer mehr zusammen. Ihre Parole hieß immer mehr "avanzar sin cesar" (vorwärts ohne anzuhalten), weil nur so die Bourgeoisie geschlagen werden kann. Die Regierung aber ging nach rechts und suchte die Bourgeoisie zu beschwichtigen. Allende nahm Verhandlungen mit der PDC auf und nahm auf deren Drängen zum zweiten Mal Militärs in sein Kabinett. Die Armee wurde zum entscheidenden Faktor, und die Unidad Popular war nicht dazu geschaffen, diese Armee als Werkzeug der Konterrevolution auszuschalten. Allendes Versuch einer Balance auf den Spitzen der preußischen Bajonette einer reaktionären Armee hat der Arbeiterklasse und dem Volk nicht einmal genügend Zeit verschaffen können, um sich ausreichend auf einen Bürgerkrieg vorbereiten zu können. Seine allgemeine Warnung vor einem Bürgerkrieg mußte die Linke schwächen, während die Reaktionäre diesen Bürgerkrieg in aller Ruhe systematisch vorbereiteten.

Der Putsch der Militärs in Chile richtete sich nicht allein gegen die Regierung der Unidad Popular, er soll vor allem auch die entstandenen Organe der Volksmacht, die Organisationen der Arbeiterklasse und des Landproletariats treffen. Deshalb seine außergewöhnliche Brutalität. Er soll vor allem allen lateinamerikanischen Völkern zeigen, daß Imperialismus und Reaktion nicht gewillt sind, sich so leicht von der Bühne der Weltgeschichte verdrängen zu lassen. Die Stellung des US-Imperialismus in Lateinamerika ist wirklich bedroht. In allen Ländern Lateinamerikas haben in den letzten Jahren Streiks und politische Aktionen der Arbeiterklasse und der Volksmassen zugenommen. Einige Regimes sehen sich gezwungen, eine Politik im nationalen Interesse zu beginnen. Ein Durchbrechen der imperialistischen Kette in Chile hätte die Herrschaft des US-Imperialismus schwer erschüttert und seine letzte Runde in Südamerika eingeläutet. Die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Chile und Kuba nannte US-Häuptling Nixon "eine Herausforderung des interamerikanischen Systems". Eine der ersten Maßnahmen der putschenden Militärjunta war der Abbruch dieser Beziehungen. Der US-Imperialismus zittert vor den Völkern Lateinamerikas und unterhält überall seine bezahlten faschistischen Militärdiktaturen, um diese Völker niederzuhalten.

Das chilenische Volk kämpft nicht für sich allein. Ein Sieg des chilenischen Volkes ist nicht nur ein Sieg der Völker Lateinamerikas, es wird auch ein Sieg der internationalen Arbeiterklasse und der Völker der ganzen Welt sein.
Feststeht: das chilenische Volk ist nicht geschlagen, es ist nicht besiegt. Trotz der strengen Pressezensur und der Informationssperre, trotz des brutalen Terrors, erreichen uns Nachrichten aus Chile über den fortdauernden Widerstand und Kampf des Volkes. Diesem Kampf gilt unsere Solidarität.
W.D.

Spendenaktion in Hamburger Betrieb

Die Frage "Wer wen" – entweder bleiben den Ausbeuterklassen Chiles noch irgendwelche Möglichkeiten offen, mit Hilfe der blutigen Terrorherrschaft der Militärjunta den Tag ihrer sicheren Niederlage hinauszuzögern oder das chilenische Volk kann auf dem raschesten Wege und unter möglichst günstigen Bedingungen die Junta niederschlagen, die Revolution durchführen und seine revolutionäre Macht uneingeschränkt in Chile errichten – diese Frage ist in Hamburger Betrieben eine Frage von praktischer Bedeutung.
Sie wird in den Abteilungen, in den Pausen, auf dem Weg nach Hause debattiert.
Als wir zum Beispiel am vergangenen Dienstag mit einem Flugblatt vor der AUER-Druckerei zu Solidaritätsveranstaltungen mit dem chilenischen Volk und zur materiellen Unterstützung der Arbeiter- und Bauernräte Chiles aufriefen, sagten uns die Kollegen: "Der Vorschlag, im gesamten Betrieb bis hin zu den Redaktionen im Pressehaus eine Spendenaktion durchzuführen, ist sofort nach der Nachricht von dem Putsch überall diskutiert worden."
Nur: wohin mit dem Geld?
Die Nachrichten der bürgerlichen Presse über die Lage in Chile ließen Zweifel entstehen, ob die Sammlungen jemals ihr Ziel erreichen und in die richtigen Hände gelangen würden. Von daher standen kirchliche oder andere "wohltätige" Verbände gar nicht erst zur Diskussion.
Die Kollegen stellten darüberhinaus fest, daß eine Spendenaktion breit organisiert und in einer Kampagne von allen Hamburger Betrieben getragen werden muß.
Jeder Arbeiter, jeder Werktätige seinen Beitrag für die gerechte Sache des chilenischen Volkes! Jeder Groschen, jede Mark erleichtert das Vorankommen der Revolution!
"Ein Stundenlohn für Chile".
Mehrere Kollegen haben an diesem Nachmittag diese Losung entwickelt und in die Tat umgesetzt.

Weltweite Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes

FÜR DIE ERRICHTUNG DER BEWAFFNETEN VOLKSMACHT IN CHILE !

Frankreich. Nachdem es spontan in allen größeren Städten Frankreichs nach dem Militärputsch zu Demonstrationen und Kundgebungen gekommen war, riefen die Gewerkschaften für Montag, den 17.9. zu einem Solidaritätsstreik von einer Stunde auf. In vielen Betrieben, besonders im öffentlichen Dienst und im Ausbildungswesen, wurde der Aufruf von den Werktätigen befolgt.

Argentinien. Zu Beginn der vergangenen Woche haben die Lohnabhängigen in ganz Argentinien die Arbeit niedergelegt, um damit gegen den Putsch in Chile zu protestieren. In Buenos Aires demonstrierten über 100 000 Menschen. Die Gewerkschaft hatte zu diesen Aktionen aufgerufen.

Italien. Am 13.9. demonstrierten je 20 000 in Turin und Florenz, 15 000 in Bologna; am 15.9. 40 000 in Mailand. Diesen Demonstrationen waren Streiks, Versammlungen und Demonstrationen während der Arbeitszeit in fast allen großen Betrieben in Norditalien vorausgegangen.

Mexico-City. Unmittelbar nach dem Putsch in Chile demonstrierten über 30 000 Menschen. Auf der Kundgebung wurde die Gründung von "Internationalen Brigaden" zur Unterstützung des kämpfenden chilenischen Volkes angekündigt.

Auch in vielen Städten der Bundesrepublik fanden Kundgebungen und Demonstrationen statt. Hier einige Beispiele:

BERLIN

Am Donnerstag, dem 13.9., demonstrierten spontan 4 000. Am Freitag demonstrierten fast 20 000, an deren Spitze die SEW demonstrierte.

FRANKFURT/MAIN

3 000 demonstrierten am Samstag, 15.9., ihre Solidarität mit dem kämpfenden chilenischen Volk. Schon zwei Tage zuvor hatten DKP und Jusos zu einer Demonstration aufgerufen, die auf rund 1 200 Teilnehmer anwuchs. Diese Demonstration war ganz ausgerichtet auf die "Solidarität mit der Unidad Popular", auf die Propagierung des 'Dritten Wegs' zum Sozialismus – eine Verhöhnung des chilenischen Volkes, das für diesen "friedlichen Weg" einen blutigen Preis hat zahlen müssen und das den Weg des bewaffneten Kampfes eingeschlagen hat.

Die Gruppen, welche die Samstagsdemonstration initiierten, einigten sich mit den Jusos auf einen gemeinsamen Aufruf. Sie riefen zur Solidarität mit dem chilenischen Volk auf, ohne die gegenwärtigen Ziele dieses Kampfes klarmachen zu können: die Zerschlagung der Konterrevolution und die Errichtung der bewaffneten Volksmacht unter der Führung des Proletariats.

HEIDELBERG

Am Samstag, 15.9., folgten 1 200 Menschen dem Aufruf der Ortsgruppe Heidelberg des KBW zu einer Demonstration gegen die Militärdiktatur in Chile und für die Errichtung der bewaffneten Volksmacht in Chile. Bereits am Mittwoch demonstrierten 250 aufgrund des Aufrufs des KBW.

Am 20. riefen die Jusos, die SPD, der DGB Heidelberg zu einer öffentlichen Kundgebung auf dem Rathausplatz auf. Dröscher vom SPD-Parteivorstand erzählte einiges von der Vaterfigur Willy Brandts, lobte das Grundgesetz und die SPD. Als aber ein chilenischer Sprecher zur Unterstützung der bewaffneten Volksmacht in Chile aufforderte, verging den wenigen DGB-Funktionären das Klatschen. Am Ende der Veranstaltung rief die Mehrheit der 250 Zuhörer: "Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes für Unabhängigkeit, Freiheit und soziale Revolution!" "Nixon, Brandt – Hand in Hand!"

HAMBURG

Zwei Demonstrationen fanden statt. Am Mittwoch, 12.9., eine spontane Demonstration von 3 000 unter Beteiligung der DKP, am Donnerstag folgten 1 200 einem Aufruf der Ortsgruppe Hamburg des KBW und des KB Nord.

BREMEN

Am Donnerstag, 13.9., fand eine Demonstration von 2 000 statt. Im Block der Jusos und der DKP marschierten ungefähr 700. Im Block der Ortsgruppe Bremen des KBW demonstrierten 1 200.

WOLFSBURG

Am 15.9. demonstrierten 200 Personen. Auf Grund der Spaltungspolitik der DKP nebst Anhang, die auf keinen Fall mit dem KBW, Ortsgruppe Wolfsburg, zusammen einen Aufruf unterschreiben wollte, wurde eine Aktionseinheit verhindert. Der DKP kam es gerade nicht auf Solidarität mit dem chilenischen Volk an, sondern darauf, daß sie ihre antikommunistische Politik betreiben konnte.

KÖLN

Am Donnerstag, 19.9., fand eine gutbesuchte Veranstaltung einer Aktionseinheit in der Kölner Universität statt. Am Freitag demonstrierten 400 auf einer Demonstration, zu der der KBW, Ortsgruppe Köln, aufgerufen hatte.

Eine zentrale Demonstration für die BRD veranstaltete am Samstag, 21.9., die DKP in Köln. Ungefähr 5 000, darunter Jusos und Jungdemokraten, folgten dem bundesweiten Aufruf der DKP. Eine Aktionseinheit mit der Vereinigung Lateinamerikanischer Studenten scheiterte an der Weigerung der DKP, Freiheit der Agitation zuzulassen.



Ein großer Teil der Demonstranten in Frankfurt folgte den Parolen der Kommunistischen Gruppe Ffm/Offenbach.

Spendet für den Kampf des chilenischen Volkes

Spenden auf das Konto:
Deutsche Bank, 8 München 40,
Konto Nummer 35/53062
Sonia Patric (AELA)
Kennwort: CALCA

Scheels Rede vor der UNO

Walter Scheel, Außenminister der BRD und Chef der Freien Demokraten, ließ sich diesmal die Gelegenheit zu einer rührseligen und verlogenen Rede nicht von Willy Brandt nehmen. Aber seine Rede vor der UNO anläßlich der Aufnahme der BRD zeichnet all das aus, was man von einer Brandt-Rede erwarten darf: Rührseligkeit, eine gewisse philosophische Nachdenklichkeit und unter der berüchtigten humanitären Gefühlsduselei nur schlecht verborgene imperialistische Machtansprüche, auf jeden Fall aber Heuchelei und hochtrabenden Schwindel.

Das fängt gleich gut an: "Jetzt stehen zwei deutsche Außenminister vor den Delegierten. Hier zeigt sich das Schicksal meines Volkes: Ursprung und Opfer des Krieges, geteilt ohne eigenes Zutun, nun in zwei Staaten lebend und ungewiß einer gemeinsamen Zukunft." Weder war das deutsche Volk "Ursprung" des Krieges, sondern die imperialistische Bourgeoisie, die das deutsche Volk für ihre Weltherrschaftspläne bluten ließ, noch ist das deutsche Volk "ohne eigenes Zutun" geteilt, nämlich ohne das höchst aktive 'Zutun' jener Kreise, die jetzt von Brandt und Scheel vertreten werden und die früher durch Adenauer vertreten wurden. Scheel pflegt hier die längst widerlegte Legende von der 'Unschuld' der BRD-Bourgeoisie an der Spaltung Deutschlands. Die Wahrheit ist: Die BRD-Bourgeoisie hat sich unter die Fittiche der US-Besatzer begeben, hat die Spaltung betrieben, um nach Wiederherstellung ihrer ökonomischen, sozialen und politischen Macht die DDR mit Gewalt in ihren gefestigten Herrschaftsbereich einzugliedern. Die "Einheit des deutschen Volkes" unter ihrer Fuchtel konnte sie nicht wieder herstellen, aber das ändert nichts daran, daß gerade sie gespalten hat.

FAUSTDICKE LÜGEN

In einem Satz gleich zwei faustdicke Lügen also. Das hindert Scheel aber nicht, im nächsten Satz schon um das Verständnis der Völker der Welt für die Politik der westdeutschen Imperialisten zu bitten: "Verstehen Sie, warum wir zögerten, den Schritt in die Vereinten Nationen zu tun?" Die Völker der Welt verstehen es, freilich in anderem Sinn, als es Scheel gemeint hat. Sie verstehen nicht nur, sondern sie wissen, daß die BRD-Imperialisten erst in dem Moment zum UNO-Beitritt bereit waren, als sie keine Hoffnung mehr sahen, in absehbarer Zeit gewaltsam die DDR zu erobern. So einfach ist das nämlich. Die Völker der Welt aber lieben einfache, weil richtige Erklärungen.

BETRUGSMANÖVER

Trotzdem versucht Scheel in geradezu wagemutiger Weise ausgerechnet den Völkern der Dritten Welt gemeinsame Interessen mit dem westdeutschen Imperialismus aufzuschwätzen: Das Vehikel für dieses Betrugsmanöver ist das Selbstbestimmungsrecht der Nationen: "Für uns ist das Selbstbestimmungsrecht (der Nationen) unteilbar. Wer immer gemäß den Prinzipien der Charta sein Schicksal in die eigenen Hände nimmt, wer immer seine Freiheit in friedlicher Auseinandersetzung sucht, wird uns auf seiner Seite finden." Ja, aber wer findet denn die Bundesregierung und den westdeutschen Imperialismus auf seiner Seite? Portugal, in seinen blutigen Unterdrückungsversuchen gegen die Völker Angolas, Guinea-Bissaus und Mocambiques, Südafrika, in seiner Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung; Rhodesien als Stützpfeiler des Kolonialismus in ganz Afrika; Israel, der Unterdrücker des palästinensischen Volkes und brutale Aggressor im Nahen Osten und immer wieder die USA, wo immer in der Welt sie die für ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völker mit Chemikalien und Feuer überziehen. Ob Scheel im Ernst meint, seine Lügen würden bei den unterdrückten Völkern verfangen? Bestimmt nicht. Denn unmittelbar darauf fordert er unter dem Stichwort der "Universalität" das Recht für den BRD-Imperialismus, überall in der Welt ungehindert und frei wirtschaften und werken zu können, wie es ihm paßt. "Universalität bedeutet auch Universalität der Verpflichtungen". Gemeint ist die Verpflichtung des BRD-Imperialismus, überall in der Welt unter der Fahne der "Entwicklungshilfe" als Blutsauger und Geschäftemacher aufzutreten und die Verpflichtung der unterdrückten Völker, sich das anstandslos gefallen zu lassen und womöglich auch noch dankbar zu sein.

Kehrreim der ganzen Scheelrede ist immer wieder der "Mensch". Welcher Mensch? Der Mensch einer bestimmten Klasse? Die Arbeiter und die Bauern oder die Blutsauger der imperialistischen Konzerne? Dazu läßt sich Walter Scheel nicht aus. Man weiß es auch so: überall in der Welt, wo die Arbeiter und Bauern, also die großen Klassen in dieser Welt, gegen Ausbeutung und Unterdrückung auftreten, da spricht ihnen der Imperialismus die Qualität des Menschen ab, da behandelt er sie wie Tiere, versucht, sie abzuschlachten und gibt erst nach, wenn ihm diese Menschen mit dem Gewehr in der Hand Sitten beigebracht haben.

DER ABS-MENSCH

Am Ende seiner Rede bricht Scheel in den Aufruf aus: "Der Mensch ist das Maß aller Dinge!"

Dabei mag er leise bei sich gedacht haben: Die Flicks, die Abs und Thyssens sind ja schließlich auch Menschen! Denn an deren Interessen wird sich die UNO-Politik der BRD-Regierung zweifellos messen.

–G.S.–

Neues Gesetz: Verstärkte Entrechtung

Die politische Entrechtung im öffentlichen Dienst, die die Folge der Ministerpräsidentenerlasse vom 28. Januar 1972 war, soll jetzt durch Gesetz abgesichert werden. Das erklärte Bundeskanzler Brandt auf der Konferenz mit den Ministerpräsidenten am 20. September.

Der Kanzler bekräftigte, keinerlei Kritik am Staat und an der Herrschaft der westdeutschen Bourgeoisie von Beschäftigten im öffentlichen Dienst zuzulassen. Das Gesetz soll so beschaffen sein, daß die Herrschenden damit jederzeit gegen jeden einzelnen Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst wirksam vorgehen können. Die Länderchefs und ebenso die Sprecher aller bürgerlichen Parteien begrüßten die Erklärung des Kanzlers.

Auch ihnen war klar, daß der Ministerpräsidentenbeschluß vom 28.1.72 auf den Widerstand breiter Teile der im öffentlichen Dienst Beschäftigten gestoßen ist. Die breite Ablehnung dieses Beschlusses hat zu scharfen Auseinandersetzungen unter und innerhalb der bürgerlichen Parteien selber geführt. Wegen der Einstellung des DKP-Mitglieds Volker Götz zum Richter auf Probe zum Beispiel drohte die SPD/FDP-Regierungskoalition in Nordrhein-Westfalen noch vor Wochen zu "platzen".

Ministerpräsident Kühn (SPD) und Innenminister Weyer (FDP) wirbelten damals groß herum und machten großes Geschrei. Schäumend mußten sie sich eingestehen, daß die Beschäftigten im öffentlichen Dienst den Ministerpräsidentenbeschluß ablehnten als einen Versuch, ihre gewerkschaftlichen und politischen Rechte einzuschränken. Dieser Versuch war gescheitert, das erkannten die Platzhalter in den Regierungen. Sie wissen aber auch: Der Staat muß intakt sein. Die westdeutsche Kapitalistenklasse braucht einen intakten und effektiven Staatsapparat, um ihr Herrschaftsinteresse gegenüber der westdeutschen Arbeiterklasse und in der ganzen Welt zu schützen und zur Geltung zu bringen. Deshalb wollen die Handlanger der westdeutschen Bourgeoisie in den Regierungsämtern jetzt erneut zuschlagen; mit dem neuen Gesetz sollen alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst in der Bundesrepublik einheitlich, klar und wirksam getroffen werden. Dabei wollen sie ihre Maßnahmen auch auf das Ausbildungsverhältnis beim Staat ausdehnen. So heißt es im "Bericht der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder": "Von Bedeutung ist auch die Frage, ob von Bewerbern für ein staatliches Ausbildungsverhältnis, das auch für Berufe außerhalb des öffentlichen Dienstes durchlaufen werden muß, das gleiche Maß an Verfassungstreue verlangt werden kann." (Frankfurter Rundschau, 22.9.)

Der Bundesvorstand der Jungsozialisten meinte jetzt, die Gesetzesinitiative könne "als Chance genutzt werden, die reaktionäre Interpretation des geltenden Rechts endgültig auszuschalten" (Frankfurter Rundschau, 22.9.). Da sieht man, wo diese Maulhelden vom Schlage des Juso-Vorsitzenden Roth stehen. Vor Monaten, nach dem SPD-Parteitag, verkündete Roth großmäulig, der Ministerpräsidentenbeschluß vom 28. Januar 1972 sei ja nun vom Tisch. Recht hat er behalten, nur machen die Handlanger der westdeutschen Bourgeoisie jetzt ein Gesetz daraus, um die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst noch einheitlicher und umso sicherer um ihre gewerkschaftlichen und politischen Rechte zu bringen.

–D.T.–

"Führer der deutschen Demokratie"

DIE REDE WILLY BRANDTS ZUR OTTO-WELS-FEIERSTUNDE

Seitdem Willy Brandt Bundeskanzler geworden ist, ist er gewohnt, sich selbst in historischen Dimensionen zu sehen. 1970, zum 75. Todestag von Friedrich Engels, vergriff er sich an dem wehrlosen Revolutionär und versuchte, ihn als Vorreiter der heutigen Sozialdemokratie hinzustellen. Das Geschäft war schwierig, das Geschäft mißlang. Zum Todestag von Kurt Schumacher war dann wieder eine Kanzlerrede fällig, die sich um die "Grundlagen" sozialdemokratischer Politik bemühte. Am 15. September dieses Jahres nahm er den 100. Geburtstag von Otto Wels, einem früheren Vorsitzenden der SPD, zum Anlaß, um für die SPD "das Mandat zur Führung der deutschen Demokratie" zu beanspruchen.

Wie gedenkt der Vorsitzende der SPD dieses Mandat auszufüllen? In seiner Rede stellt er die Forderung auf nach "mehr Staat" und tadelt diejenigen unter seinen Parteifreunden, "die innerlich noch zögern, dem Staat zu geben, was des Staates ist." Soweit seine Parteifreunde Arbeiter und Angestellte sind, kann man deren Zögern freilich verstehen: Seit 1960 ist der Anteil der Lohnsteuer am Bruttoverdienst von 6 % auf 14 % gestiegen, wobei der Anstieg während der glorreichen Kanzlerjahre des "Führers der deutschen Demokratie" besonders steil war: allein in den 3 Jahren seit 1970 um 4 %. Dieses weiß der Kanzler. Darum beugt er gleich vor und spricht von den "hämischen Bemerkungen", die da und dort an diesen Satz geknüpft werden mögen.

Auch einer Kritik, die weitergeht als nur bis zu hämischen Bemerkungen, wird vom Kanzler gleich ein Riegel vorgeschoben. Denn so sehr er beansprucht, Mandatsträger der deutschen Demokratie zu sein, "imperativ" soll dieses Mandat nicht ausfallen: "Ich will hier noch einmal deutlich sagen: Das sogenannte imperative Mandat ist für die SPD kein brauchbares Instrument zur weiteren Demokratisierung unseres Staates. Die wohlverstandene Autorität des demokratischen Staates drückt sich auch in der Unabhängigkeit seiner Mandatsträger aus. . . Würde diese Unabhängigkeit ausgehöhlt, gäbe man unentbehrliche Freiheiten preis und ein Stück Glaubwürdigkeit dazu."

Der "Führer der deutschen Demokratie" wird sich fragen lassen müssen: Für wen sind eigentlich diese Freiheiten der Mandatsträger "unentbehrlich", ihre "Unabhängigkeit" gegenüber denjenigen, von denen sie gewählt wurden? Unentbehrlich sind sie für politische Geschäftemacher, die auf dem Rücken des Volkes reiten. Die sich von den arbeitenden Menschen in die Parlamente wählen lassen, um dort in voller und gelegentlich sogar "außertariflich" bezahlter 'Gewissensfreiheit' Politik im Dienste kapitalistischer Interessen zu machen. Das Volk braucht im Gegenteil dringend "abhängige", nämlich jederzeit vom Volk kontrollierbare und absetzbare Mandatsträger, wenn die Interessen der arbeitenden Massen tatsächlich zur Geltung kommen sollen.

Dem Kanzler Brandt ist nicht verborgen geblieben, daß auch im Volk diese Erkenntnis reift:

"Es wird schwerer werden für uns statt leichter" – eröffnet er seinen Parteifreunden.

–W.M.–

Springer bietet SPD/FDP-Regierung ein Bündnis an

Während Axel Springer normalerweise seine reaktionären und chauvinistischen Ansichten durch bezahlte Lohnschreiber in die Welt setzen läßt, griff er in der letzten Woche selbst zur Feder. Unter der Überschrift "Die Stunde der Wahrheit bietet noch eine Chance" streckt er in seiner Postille für Kapitalisten, Manager und verwirrte Mittelständler "Die Welt" der Bundesregierung die Hand hin – vorausgesetzt, diese schwenkt vorbehaltlos auf seine Linie der offenen Unterdrückung nach innen und der direkten Vorbereitung der Aggression nach außen ein.

In seiner "Bild"-Zeitung hat er die Kernsätze des Artikels gleich mit abdrucken lassen. Diese laufen darauf hinaus, die SPD solle all ihre schönen Ladenhüter, mit deren Hilfe sie die Wähler an die Urnen gelockt hat, doch aufgeben zugunsten der einfachen Devise: Unterdrückung und Vorbereitung der Aggression sind noch allemal das Beste für Leute unseres Schlages. Die Betrügereien lassen sich doch nicht lange halten. Was soll das Gerede von Demokratisierung, Entspannung etc., sagen wir doch offen, daß uns das nichts bringt!

Nun ist die klare Sprache eines Reaktionärs oft erfrischend – die SPD wird sich auf diese klare Sprache jedoch nicht einlassen können, wenn sie die Leute weiterhin hinters Licht führen will. Deshalb wird es vorläufig bei der bestehenden heimlichen Arbeitsteilung in der Bourgeoisie bleiben: Springers Devisen werden weiterhin in der BRD-Regierung nur hinter vorgehaltener Hand kursieren. Gegenüber der westdeutschen Arbeiterklasse und den Völkern der Welt aber wird es beim Weihrauchwedel und der Friedenspalme bleiben.

–G.S.–

Wehrhafte Demokratie

Bundespräsident Heinemann weilte Mitte September beim Bundesgrenzschutz in Lübeck zu Besuch. Nach einer Besichtigung der Truppe erklärte er lobend, daß der militärisch hoch gerüstete und mit Vernichtungswaffen ausgestattete Bundesgrenzschutz endlich zur Polizeitruppe geworden sei. Der Bundespräsident hob weiter hervor, daß der Grenzschutz jetzt über die Möglichkeiten verfüge, gegen die Störer der Ordnung mit Waffengewalt vorzugehen. Die Äußerungen Heinemanns zeigen die Um- und Aufrüstung des Grenzschutzes zur Bürgerkriegsarmee.

2 Lehrer von Hamburger Schulbehörde suspendiert

SCHULSENATOR APEL (SPD):

"LIEBER KEINE LEHRER ALS SOLCHE"

Hamburg, 20.9. Mit sofortiger Wirkung wurden von der Hamburger Schulbehörde 2 Referendare vom Dienst suspendiert. Ihnen wurde Hausverbot für alle Hamburger Schulen und Studienseminare erteilt. In der Mitteilung der Schulbehörde heißt es, ihre Entlassung würde betrieben. 4 weiteren Lehrern wurde der Ausschluß angedroht.

Bei den beiden Referendaren handelt es sich um Marita Hindemith und P.Altenburg. Beide gehören als gewählte Vertreter dem "Referendarvorstand" an, ein Vertretungsorgan von 1 000 Junglehrern. Politisch sind die beiden Junglehrer in der Hamburger "Sozialistischen Studentengruppe" (SSG) organisiert.

Zwischen dem Referendarvorstand und der Schulbehörde gibt es seit längerem eine scharfe Auseinandersetzung. Der Referendarvorstand hat offen erklärt, "eine Schule im Dienste des Volkes" anzustreben. Als Beauftragte des Referendarvorstandes schrieb M.Hindemith an die Schulbehörde im Zuge dieser Auseinandersetzung über die Funktion der Schule, 'daß die Junglehrer nicht länger einfach das lehren wollen, was ihnen vorgeschrieben wird. Sie wollen in ihrem Unterricht Bezug nehmen auf die Vorgänge in der Welt, wie z. B. den US-Krieg in Vietnam oder die spontanen Streiks in der BRD. Außerdem wollten sie die Schüler informieren über ihre Rechte als Jugendliche und später als Betriebsangehörige.'

Die Leiter der Lehrerausbildungs-Seminare führten darauf hin mit dem Hamburger Schulsenator Apel (SPD) eine Konferenz durch, mit dem Ziel, Maßnahmen und Schritte einzuleiten, um die Junglehrer zu disziplinieren. Der Brief von M.Hindemith kam dort zur Sprache, die Konferenzteilnehmer gaben jedoch zu bedenken, daß man M.Hindemith wegen ihres Briefes "wohl kaum an den Wagen fahren könne". Das jedenfalls geht aus dem Protokoll der Besprechung hervor, das die SSG veröffentlichen konnte, obwohl die Besprechung geheim war. Auf diese Veröffentlichung hin ist nun die Suspendierung der beiden Referendare erfolgt. Die Begründung dafür lautet, die beiden hätten anläßlich ihrer "Anhörung" erklärt, "wir sind jederzeit bereit, dafür einzutreten, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgeht und werden jederzeit unsere Arbeit in den Dienst des Volkes stellen." Der Schulsenator Apel erklärte zynisch zu dem Vorgang am 21.9. in der BILD-Zeitung: "Lieber keine Lehrer als solche".

Unter den Hamburger Junglehrern und Lehrern ebenso wie unter breiten Teilen der Elternschaft und der Schüler wird die Suspendierungsmaßnahme abgelehnt. Der Kampf für die Rücknahme der Suspendierungsmaßnahme wurde aufgenommen.

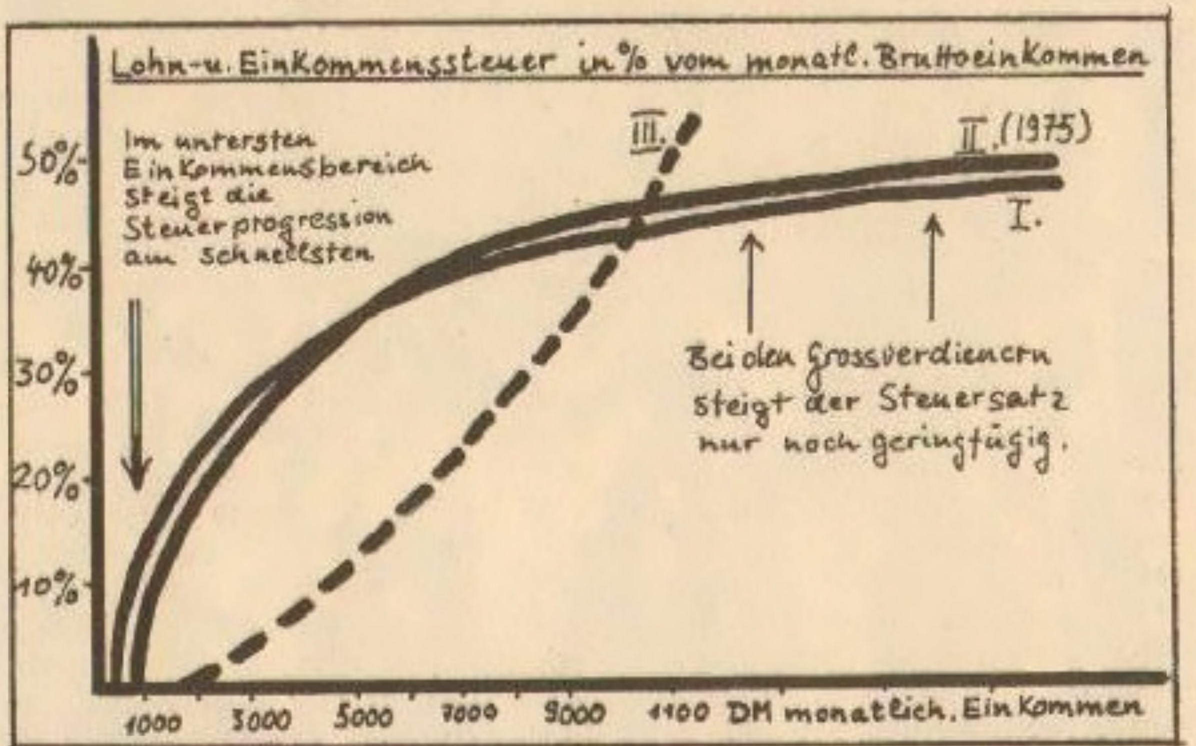
DKP-Mitglied Götz: Zum Richteramt nicht zugelassen

Das zunächst in Nordrhein-Westfalen zum Richteramt zugelassene DKP-Mitglied Götz wird nun endgültig nicht zugelassen. Justizminister Posser (SPD) nannte drei Gründe für diese Entscheidung.

1. habe Götz das jugoslawische System als dem kapitalistischen angeglichen bezeichnet, eine zweifellos korrekte Tatsachenaussage;
2. habe Götz zum Beweis für das Funktionieren des Mehrparteiensystems im Sozialismus auf das Beispiel der DDR hingewiesen. Schließlich war
3. noch ein Satz von Götz für die Ablehnung entscheidend: "Die Grundrechte des Grundgesetzes müssen bei der Auslegung und Anwendung der Gesetze ebenso ein entscheidender Maßstab sein wie die sozialistischen Grundsätze."

Doch diese Verteidigung des Grundgesetzes war für den Justizminister gerade der Grund, Götz die Befähigung zum Richteramt abzusprechen.

Wirkung der Steuerreform



Während die gesamten Steuereinnahmen im Juni nach Mitteilung des Bundesfinanzministeriums um 21,3 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen sind, stiegen die Einnahmen aus der Lohnsteuer im gleichen Zeitraum um 54,4 %. Allein in den ersten sieben Monaten dieses Jahres stiegen die Lohnsteuereinnahmen um 24,7 %. Nichts verdeutlicht mehr als diese Zahlen, daß die Steuerprogression am stärksten im Bereich der Lohneinkommen wirkt, während der Effekt der Steuerprogression auf die höheren Einkommen immer geringer wird. Dieser Progressionseffekt des geltenden Steuersystems wird auch durch die angekündigten Reformen nicht beseitigt. Die obigen Kurven sollen dies veranschaulichen. Kurve I zeigt die derzeitige Linie der Steuerprogression. Kurve II zeigt den Verlauf der Kurve nach der Reform 1975. Sie ist nur etwas nach rechts verschoben wegen der höheren Freibeträge, zugleich verläuft sie etwas steiler. Die dritte Kurve zeigt einen Verlauf mit starker Progression für die Besteuerung hoher Einkünfte und geringer Progression für die Besteuerung niedriger Einkünfte. Wenn die Reform der Besteuerung im Interesse der Lohnabhängigen sein soll, dann müßte die Kurve jedenfalls diesen Verlauf nehmen!

Sippenverfolgung

WEIL IHR MANN VERURTEILT IST, WURDE EINE LEHRERIN AUS DEM SCHULDIENST ENTLASSEN

Heidelberg. Während die Ministerpräsidenten noch um ein "rechtsstaatliches Verfahren" streiten, wird der sogenannte Extremistenbeschluß bereits ohne Skrupel praktiziert. In diesem Fall machte sich der Heidelberger Oberbürgermeister Zundel zum Vollstrecker. Er kündigte der Musiklehrerin Barbara Schork, weil sie die Frau von Werner Schork ist, der wegen Zugehörigkeit zu "einer kriminellen Vereinigung", dem Sozialistischen Patientenkollektiv, zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Als Gründe für die Kündigung der Musiklehrerin Barbara Schork wurde angegeben, "es bestehe der Verdacht der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" und sie habe bei einer erkennungsdienstlichen Behandlung "eine wirklichkeitsfremde und gesellschaftsfeindliche Einstellung" gezeigt. Über diese unrechtmässige erkennungsdienstliche Behandlung hatte Barbara Schork ein Protokoll angefertigt, das ihr Rechtsanwalt zur Beschwerde bei der Staatsanwaltschaft vorgelegt hatte.

Diese ermittelte jedoch nicht gegen die Polizeibehörden, sondern übergab das Material an den Arbeitgeber, den Oberbürgermeister. Für die Kündigung wurden also "Gründe" genannt, die weder Gegenstand einer gerichtlichen Anklage, geschweige denn einer Verurteilung sind.

Doch diese Form von Sippenverfolgung ging nicht so reibungslos über die Bühne wie die Stadtverwaltung gehofft hatte. Da der Fall sich in der Öffentlichkeit nicht verheimlichen ließ, fuhr die Stadt nun schwere Geschütze auf. So wurde behauptet, sie gehöre dem "inneren Kern des SPK" an. Außerdem wurde ihr nun vorgeworfen, daß sie ihre Kündigung nicht widerstandslos hingenommen habe, sondern ihren Fall auf einer öffentlichen Veranstaltung dargestellt hatte. "Unabhängig von dem Verdacht strafbarer Handlungen zwingt uns auch ihr persönliches Verhalten in der Öffentlichkeit, das Arbeitsverhältnis zu kündigen!" schrieben jetzt diese professionellen Verfolger von der Stadtbürokratie.

Nachdem ihr Rechtsanwalt eine gerichtliche Verhandlung erzwang, war das Gericht gezwungen, um den rechtlichen Schein zu wahren, der Stadtbürokratie die Auflage zu machen, weitere Kündigungsgründe zu nennen.

Darauf reagierte die Stadtverwaltung mit dem Trick, die Gründe seien gar nicht entscheidend, da Barbara Schork gar keinen Anspruch auf Kündigungsschutz habe. Denn ab 1.9. sollte Barbara Schork hauptamtlich eingestellt werden. Das hauptamtliche Arbeitsverhältnis sei aber keine Fortsetzung des bisherigen Teilbeschäftigungsverhältnisses. Ob die Stadtbürokratie mit diesem Trick durchkommt, wird sich nun zunächst auf der Gerichtsverhandlung dieser Woche herausstellen.

Haushalt 1974

Die Mehrausgaben zahlen ausschließlich die Lohnabhängigen

Die Staatsausgaben werden im Jahr 1974 nach dem jetzt vorgelegten Haushaltsplanentwurf der Bundesregierung um 10,5 %, 12,7 Mrd. DM steigen. Insgesamt sieht der Etatentwurf 134,4 Mrd. DM Ausgaben vor. Die Ausgabensteigerung entspricht ungefähr der erwarteten Steigerung des Sozialprodukts. Die Bundesregierung betont deshalb vor allem, daß dieser Haushalt konjunkturneutral ist. Doch was die Regierung "konjunkturneutral "nennt, ist für die Lohnabhängigen alles andere als neutral. 2,3 Milliarden von den gestiegenen Steuerausgaben werden durch Kreditaufnahme finanziert. Der Rest von ca. 10 Mrd. DM Mehrausgaben entspricht gerade den Mehreinnahmen aus der steigenden Lohnsteuer. Für die steigenden Staatsausgaben werden also ausschließlich die Lohnabhängigen zur Kasse gebeten.

b.b.

Ausweisung

Am 31.8. sprach das Ordnungsamt Heidelberg auf Anweisung des Stuttgarter Innenministeriums eine Ausweisung gegen die amerikanische Studentin Karen Bixler aus. Ihr wird vorgeworfen, an der "Untergrundzeitung" "Fight back" mitgemacht zu haben.

Sie sei dafür verantwortlich, daß

- "unter der Überschrift 'Die Geschichte wiederholt sich' Präsident Nixon mit Adolf Hitler verglichen wird";
- Nixon in einer Nummer als "Schwein des Monats" angegriffen wird;
- "Leser zu Sabotagehandlungen gegen die amerikanischen Streitkräfte ermuntert werden".

Weiter heißt es in der Ausweisungsverfügung: "Eine Zersetzung der Schlagkraft der US-Streitkräfte in Europa beeinträchtigt nicht zuletzt auch die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Belastet werden schließlich die deutsch-amerikanischen Beziehungen durch eine weitere Duldung der mit dieser Zeitschrift gegen die US-Streitkräfte und die Regierung der USA gerichteten Agitation."

Ein Beamter des Stuttgarter Innenministeriums erklärte gegenüber der Presse, das Ministerium habe Informationen von "dritter Seite" erhalten und die Ausweisung ohne weitere Nachforschungen verfügt.

In Heidelberg hat sich nach Bekanntwerden der Ausweisung eine breite Solidaritätsbewegung entwickelt. In verschiedenen Informationsständen in der Stadt wurden bereits weit über 3 000 Unterschriften gesammelt gegen die Ausweisung und zahlreiche Dokumentationen verkauft. Auch auf juristischem Weg wird gegen die Ausweisung vorgegangen.

Erster Erfolg: Die aufschiebende Wirkung des rechtlichen Einspruchs gegen die Ausweisung wurde hergestellt.

Hier werden Berichte und Stellungnahmen von Kollegen, politisch unorganisierten und organisierten, über Streiks und alle politischen Fragen wiedergegeben. Die wirkliche Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus muß aufgezeigt und die Verständigung der Arbeiter untereinander entwickelt werden. Die Erfahrungen müssen ausgetauscht, die Diskussionen geführt und alle politischen Erscheinungen vom Standpunkt der Arbeiterklasse untersucht werden.
Die Arbeiterkorrespondenzen sind ein wichtiges Mittel dazu. Sie werden diese Zeitung zu einem Organ der ganzen Klasse machen.

ARBEITER-KORRESPONDENZEN



Wem soll ein Streik dienen?

EIN KOLLEGE VON JOHN DEERE, MANNHEIM, ZUM STREIK BEI FORD KÖLN

Sowohl beim John-Deere-Streik in Mannheim als auch beim Ford-Streik in Köln wurde die westdeutsche Arbeiterbewegung mit Problemen konfrontiert, mit denen sie bisher wenig Erfahrungen hatte. In beiden Fällen gelang es den Kapitalisten, die deutschen und ausländischen Kollegen zu spalten. Wie das geschehen konnte, ist in den Zeitungen und Publikationen, besonders in denen der kommunistischen Bewegung, schon ausführlich geschildert und untersucht worden.

Ich will in diesem Beitrag auf das Problem eingehen, welchen Weg die Kommunisten angesichts drohender Spaltungsmanöver der Reaktion einzuschlagen haben.

Bei der Auswertung des Streiks bei John Deere, an dem unsere Zelle führend im Betrieb teilnahm, konnten wir einige wichtige Lehren ziehen, zu deren Klarheit nicht zuletzt die nachfolgenden Streiks beigetragen haben.

Am Dienstag, dem 22.Mai, begann der Streik an den Montagebändern und weitete sich am darauffolgenden Donnerstag auf das ganze Werk aus. Er war am Anfang (wie bei Ford) einheitlich und geschlossen. Im Verlauf der fünf Streiktage gelang es jedoch der Geschäftsleitung und der Presse durch verschiedene Spaltungsmanöver wie Urlaub für Deutsche, provozierte Schlägereien, Ausländerhetze, Lügen und Falschmeldungen und nicht zuletzt durch die völlige Teilnahmslosigkeit des Betriebsrats und der Vertrauenskörperleitung, die deutschen Arbeiter zum großen Teil gegen die Ausländer aufzuhetzen.

Die Anzeichen einer drohenden Spaltung waren bereits am Montagmorgen zu erkennen, nachdem die Presse am Wochenende intensiv gewühlt hatte. Angesichts dieser Gefahr verstärkten wir das Gewicht des Kampfes auf die Einheit der Arbeiterschaft und die Entlarvung und Offenlegung der taktischen Winkelzüge unserer Gegner. Am letzten Streiktag, am Dienstag, dem 29.Mai, fand im "Dreschbau" eine Vertrauensleute-Vollversammlung statt, auf der über Abbruch oder Fortführung des Streiks beraten werden sollte. Die anwesenden Genossen der (damals noch) KG/NRF hatten damals folgende Linie:

Auf keinen Fall Fortführung des Streiks "um jeden Preis", sondern nur, wenn es gelingt, die Einheit wiederherzustellen. Dazu wollten sie die sofortige Einberufung einer ordentlichen Betriebsversammlung fordern. Außerdem: Absicherung der bereits erkämpften Zugeständnisse, Schutz vor Repressalien usw.

Sie gingen von der Tatsache aus, daß die Streikfront so gut wie zusammengebrochen war und nur noch ein kleiner kampfstarker Teil von Ausländern an der Streikfront stand. Der überwiegende Teil der Belegschaft zeigte keine Streikbereitschaft mehr. Es kam nun darauf an, daß sich die kämpfende Arbeiterschaft geordnet auf ihre errungenen Positionen zurückzog.

Die Leitlinie der Genossen ging also nicht von ihren persönlichen Wünschen aus, sondern von der konkreten Einschätzung der Lage.

Bei einem eventuellen Scheitern der Einigungsbemühungen wollten wir uns auf keinen Fall in linkssektiererischer Manier gegen einen Streikabbruch (nach Festigung und Absicherung der Positionen) stellen, obwohl es dem "harten Kern" der Streikenden möglich gewesen wäre, noch einige Bereiche auf längere Zeit stillzulegen. Durch den "Putsch" der Geschäftsleitung, einer Scheinbetriebsversammlung während die Vertrauensleute noch die Lage berieten, änderte sich schlagartig die Situation. **Der "Putsch" und die Scheinbetriebsversammlung ähneln in erstaunlicher Weise dem Aufbau und der Zusammensetzung des Scheindemonstrationszuges der Provokateure bei Ford am Donnerstagmorgen.** Die wenigen zurückgebliebenen Ausländer wurden von den Schlägern der Scheinbetriebsversammlung brutal zusammengeschlagen oder von Rollkommandos aus dem Werk befördert. Überall begannen Säuberungsaktionen. Führungslos, weil die Vertrauensleute, unter denen auch die Sprecher der Kollegen waren, von all dem nichts ahnten, waren sie den schwarzen Hundertschaften der Konzernleitung ausgeliefert.

Nur durch die Lügen des Betriebsratsvorsitzenden Bugert, einem Speichellecker der Direktion, und die taktischen Winkelzüge der anwesenden IGM-Ortsverwaltungsmitglieder Fichtner und Erle gelang es, die Mehrheit der Vertrauensleute zum Streikabbruch zu bewegen, als diese noch nicht wußten, was draußen vorging. Danach gelang es nicht mehr, den Widerstand zu organisieren. Die Rollkommandos griffen alle, die sich widersetzten, und brachten sie mit Gewalt vors Tor. Auch Vertrauensleute wurden mit Gewalt rausgeschmissen.

Welche Lehren haben wir daraus gezogen?

1. Die Fortführung oder der Abbruch eines Streiks wird hauptsächlich bestimmt durch die Kampfkraft und Geschlossenheit der Arbeiter.
2. Einseitige, isolierte Kämpfe ausländischer Kollegen ohne Teilnahme der deutschen Arbeiter sind nicht nur unzweckmäßig, sondern liefern der Reaktion einen fruchtbaren Boden für ihre Ausländerhetze.
3. Bei kommenden Streiks muß man viel mehr die Einheit der Arbeiter im Auge behalten.

Kommen wir nun zu den Ford-Streiks. Hier taucht das gleiche Problem in einem nur viel gigantischeren Umfang auf. Wie bei John Deere bricht er unter den vorwiegend ausländischen Kollegen an den Montagebändern aus.

Die Forderungen und der Streik überhaupt sind vollauf berechtigt. Die deutschen Kollegen solidarisieren sich wie erwartet am Freitagnachmittag mit ihren ausländischen Kollegen. Die Wahl der Streikleitung am Montag war ohne Zweifel die einzig richtige Antwort auf das verräterische Verhalten des Betriebsrats.

Ob es allerdings auch richtig war, die deutschen Kollegen, die nach Hause wollten, nicht rauszulassen, möchte ich stark bezweifeln. Außerdem haben wir im Verlauf des John-Deere-Streiks beobachten können, daß die Kampfformen der ausländischen Arbeiter bei den Deutschen oft auf Unverständnis stießen.

Schon am Montagnachmittag waren bei Ford Anzeichen zu erkennen, daß die rassistische Hetze der bürgerlichen Öffentlichkeit auf fruchtbaren Boden gefallen war, begünstigt durch etliche "linke" Fehler der Streikleitung. Am Mittwoch zeichneten sich deutliche Alarmzeichen ab: Die türkischen Arbeiter der Frühschicht gingen in das Werk, die deutschen Arbeiter blieben draußen vor den Toren. In einer solchen Situation wäre es die vorrangigste Aufgabe gewesen, angesichts der drohenden totalen Spaltung den Kurs der Wiederherstellung der Einheit sowie der Absicherung der bereits erkämpften Positionen einzuschlagen. Stattdessen verrannte man sich in einen immer stärkeren Konfrontationskurs gegenüber den gewählten Organen, den Vertrauensleuten und dem Betriebsrat. Genau diesen falschen Kurs unterstützte die Gruppe Rote Fahne (KPD): "... Die wichtigste Lehre – die uns so zuversichtlich macht – ist, daß wenige entschlossene Arbeiterkader in der Lage sind, einen Streik zu beginnen." (Rote Fahne Nr.36, S.3) Das sind wahrhaft goldene Worte des Linksradikalismus und der Massenfremdheit. In ihrem Versuch, Einfluß auf den Kampf zu gewinnen, ging sie nicht von der konkreten Lage aus, sondern betete den Spontaneismus der Massen nach.

Bei der Gründungskonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschland in Bremen haben die Delegierten eine Gewerkschaftsresolution angenommen ("Ergebnisse der Gründungskonferenz des KBW", S.59), in der zur Frage der Auslösung von selbständigen Streiks steht: "**... In vielen Betrieben sind die ausländischen Arbeiter gegenwärtig der kämpferischste Teil der Belegschaft. Unter diesen Umständen müssen es die Kommunisten vermeiden, sich einseitig auf diesen Teil der Belegschaft zu stützen, vorzeitige betriebliche Kämpfe auszulösen, an denen die deutschen Arbeiter nicht teilnehmen, und so die ausländischen Arbeiter isoliert in die Auseinandersetzung zu führen.**"

Das ist hundertprozentig richtig und ist auch ohne Weiteres für den Verlauf eines Streiks anwendbar. Und was den "Konfrontationskurs" gegenüber gewählten Gremien betrifft, so lesen wir eine Seite vorher: "**... In den selbständigen Kämpfen wachsen die Arbeiterführer heran, die den festen Kern der neuen revolutionären Arbeiterbewegung bilden und den Kampf gegen die eingesessenen Betriebsrats- und Gewerkschaftsfürsten anleiten. Die Vorbereitung und Auslösung selbständiger wirtschaftlicher Kämpfe ist nur möglich auf Grundlage einer beharrlichen Kleinarbeit der Kommunisten in Betrieb und Gewerkschaften. Erfolge in solche Kämpfen können nur dann stabilisiert werden, wenn sie in Erfolge der betrieblichen und gewerkschaftlichen Verankerung der Kommunisten und der Stärkung des klassenbewußten Teils des gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörpers umgesetzt werden.**"

Diesen Worten stimmen wir nicht einfach deshalb zu, weil wir Mitglieder des KBW sind, sondern weil wir ihre Bestätigung tausendmal beim John-Deere-Streik erfahren haben.

Auch das Angebot der Geschäftsleitung vom Mittwochmorgen, das die deutschen Arbeiter beklatschten und die türkischen Arbeiter ablehnten, hätte der Streikleitung bei Ford eine deutliche Warnung sein müssen. Stattdessen weigerte sich die Streikleitung am Mittwoch Nachmittag sogar, im Beisein des Betriebsrats (!?) mit der Geschäftsleitung zu verhandeln. Damit handelte sie nicht wie ein Führungsgremium, das ein Ziel, die weitgehendste Durchsetzung der Forderungen im Auge hat, sondern verstockt.

Die Kommunistische Volkszeitung hat recht, wenn sie sagt, dies war "zugleich die Gelegenheit, die Einheit zwischen deutschen und ausländischen Kollegen durch Verhandlungen für ein besseres Ergebnis, das auch den deutschen Kollegen zugutekäme, wiederherzustellen." (KVZ Nr.2, S.5) Wir haben beim John-Deere-Streik die sozialdemokratischen Führer entlarvt, weil sie unserem Kampfziel im Wege standen, um den Kampf voranzutreiben.

Bei der Ausweitung des großen Metallarbeiterstreiks in Hessen 1951 stellte die KPD folgendes fest: "Die Partei in Hessen hatte erkannt, daß der Hauptstoß gegen die Unternehmer geführt werden muß, daß aber die erfolgreiche Durchführung nur möglich ist, wenn die Arbeiter die verräterische Rolle der rechten Gewerkschaftsführer von Freytag, Eyk und anderen erkennen." (Der Metallarbeiterstreik in Hessen und seine Lehren, von W.Mohn, erschienen in "Wissen und Tat", Theoretisches Organ der KPD Nr.5/1951, S.44).

Wir entlarven die verräterischen Bonzen, um den Weg der Arbeiterklasse freizuschlagen, das heißt aber noch lange nicht, daß wir uns nicht in einer bestimmten taktischen Situation mit Verrätern an einen Tisch setzen.

Beim Ford-Streik deutet alles darauf hin, daß man das Kampfziel (den weitestgehend erfolgreichen Abschluß des Streiks und das gehobene Klassenbewußtsein) mehr und mehr aus den Augen verlor. Damit hatte man auch die bereits erkämpften Positionen und Ergebnisse wieder leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Das alles hat dazu geführt, daß

1. die Spaltung nicht mehr aufzuheben war,
2. die Kampffront erheblich geschwächt wurde und
3. die Zerschlagung des Streiks kein Kunststück mehr gewesen ist.

Nach dem John-Deere-Streik haben wir die Lehren gezogen, in Zukunft noch mehr die Einheit zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern herzustellen und Rücksicht auf die Kampfgewohnheiten der deutschen Arbeiter zu nehmen.

Die Gruppe Rote Fahne versucht nun, ihre eigene Rolle im Streik hochzuspielen. Die linken (und rechten) Fehler der Streikleitung bei Ford waren Ausdruck der spontanen Bewegung und der berechtigten Empörung der ausländischen Kollegen. Anstatt die Fehler zu kritisieren, wurden sie von der Gruppe Rote Fahne zur Theorie erhoben, weil sie gut in die Schubladen ihrer sektiererischen Ansichten hineinpassen. In der westdeutschen Arbeiterklasse müssen die Erfahrungen der Streikbewegung für alle kommenden Kämpfe breit diskutiert werden. Dazu soll dieser Beitrag dienen.

–N.N., John Deere Mannheim–

DAIMLER-BENZ MANNHEIM

DKP-Betriebsrat gegen Lohnforderungen

Von den 400,- DM Teuerungszulage in Form eines vorgezogenen Weihnachtsgeldes bleiben den Benzlern 250,- DM. Dazu bekommen sie 312,- DM zusätzliche Vermögensbildung. Die Stimmung der Benz-Belegschaft ist: Die 250,- DM sind akzeptabel, aber feststeht, die haben uns an der Nase herumgeführt.

In dieser Situation fand die letzte Betriebsversammlung statt. Auf der Betriebsversammlung nachmittags zog ein Kollege die notwendigen Konsequenzen: Um so härter in die nächste Lohn-Tarifrunde einsteigen. Seine Forderung war: *Sofortige Entfristung der Lohntarifverträge, 1,20 DM mehr je Stunde für alle gleich, Laufzeit 6 Monate.* Diese Forderung war für die Stabilitätspolitiker im Betriebsrat dasselbe, wie das rote Tuch für den Stier. Als erster trat Seppl Jäger, Mitglied des Betriebsrats, Vorsitzender des Vertrauenskörpers, Mitglied der Tarifkommission und DKP-Mitglied, dagegen auf.

Anstatt auf die gestellten Forderungen konkret einzugehen, verteidigte er als erstes den 8,5 % Abschluß vom letzten Jahr. Seine Argumente: Orientierung an anderen Bereichen, gesamtwirtschaftliche Verantwortung, Stabilität usw. Dann zog er folgenden weisen Schluß: Die Unternehmer haben unsere Opferbereitschaft nicht honoriert. Dem "Kommunisten" – Jäger zumindest behauptet, er war einmal einer – dem "Kommunisten" Jäger war demnach nicht klar, was die Arbeiter schon lang wissen: Gib dem Kapitalist den kleinen Finger, dann nimmt er garantiert die ganze Hand. Aber Jägers Liternei aus dem SPD-Gebetbuch ging noch weiter. Er machte sich für regionale Tarifverhandlungen stark, indem er einen kurzen Überblick über die letzten Tarifrunden gab und dann zu einer weiteren Schlußfolgerung kam: "Unsere Tarifpolitik in den letzten Jahren war nicht unerfolgreich." Um trotz der Preistreiberei eine positive Tarifpolitik betreiben zu können, müsse man sich an den Gesetzgeber wenden.

Nach diesem Geschwätz kam Jäger dann endlich zum Kern: Man sei sich selbst noch nicht im Klaren und Reinen. Deshalb kann man sich jetzt noch nicht festlegen. "Auf jeden Fall wird ein Abschluß angestrebt, der der Volkswirtschaft zuträglich und zumutbar ist und auch den Arbeitnehmern einen gerechten Anteil am Wirtschaftskuchen sichert."

Was er sich nicht zu sagen traute, war: 1,20 DM ist zuviel. Aber mit dem Gerede von der Volkswirtschaft will er die Kollegen verunsichern. Die Kollegen sollen glauben, Lohnforderung in dieser Höhe schmälern den Reichtum des Volkes, dabei schmälern sie nur den Profit der Kapitalisten. Ein Arbeiter von Benz Mannh.

Gewerkschaftsausschlüsse – Angriff auf die Gewerkschaften

WIE WIR DEN KAMPF GEGEN DIE GEWERKSCHAFTSAUSSCHLÜSSE FÜHREN MÜSSEN

Die von den Arbeitern in den letzten Wochen und Monaten selbständig geführten Streiks sind von den Gewerkschaften weder unterstützt noch übernommen worden. Dadurch erhöht sich das Risiko der Belegschaften, vor allem für die aktivsten Arbeiter unter ihnen – nicht nur wegen möglicher Entlassungen von seiten der Kapitalisten. Bei einigen von ihnen wird die Gewerkschaftsspitze die Gelegenheit nützen, um sie aus der Organisation auszuschließen. Die Gewerkschaftsführung setzt damit ihre neuerliche Methode fort, über Satzungsänderungen, Unvereinbarkeitsbeschlüsse oder Liquidierung ganzer gewählter Gremien jegliche innergewerkschaftliche Demokratie abzubauen, um ihre partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Kapitalisten und der SPD/FDP-Regierung fortzusetzen. Zu solchen Mitteln greift, wer die offene Diskussion mit seinen Mitgliedern über Aufgaben und Ziele der Gewerkschaften fürchtet. Kritiker seiner Politik auf dem kalten Wege ausschalten zu wollen, ist schon immer ein Eingeständnis dafür gewesen, daß man nicht mehr das Vertrauen der Massen genießt. Es ist ein gefährliches Spiel, weil diese Maßnahmen die Gewerkschaften spalten, und auf der anderen Seite werden ihre Führer nur noch weiter in die Isolation getrieben werden. Wer die einfachsten Regeln innergewerkschaftlicher Demokratie außer Kraft setzt, wer das auf der Solidarität aller Kollegen basierende Prinzip der Einheitsgewerkschaft verletzt, der tötet den Nerv der Gewerkschaften überhaupt.

WOMIT RECHTFERTIGT DIE GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG EIGENTLICH DIE IMMER HÄUFIGER WERDENDEN AUSSCHLÜSSE?

Zunächst einmal muß man feststellen, daß sie reichlich wenig Worte darüber verliert. Weder bürgerliche noch gewerkschaftsinterne Zeitungen berichten über solche Ausschlüsse. So wurden bis auf ganz wenige Ausnahmen in den Tageszeitungen (Bonno Schütter, Klöckner; Hoss und Mühleisen, Daimler-Benz) nur von kommunistischen Zeitungen über solche Ausschlüsse berichtet.

Die Gewerkschaftsspitze war zunächst noch bemüht, den linken Gewerkschaftern Verstöße gegen die Satzung oder die Richtlinien nachzuweisen. So zwang sie z.B. bei den letzten Betriebsratswahlen die Kollegen, eigene Listen aufzustellen, indem sie die Kandidatur dieser Kollegen auf der offiziellen Gewerkschaftsliste praktisch verweigerte, um die Zweitlisten hinterher als gewerkschaftsfeindlich hinzustellen und die Kollegen auszuschließen.

Die IG Druck schloß Kollegen aus, die eine Spendenaktion für die von der Schließung der "Officina KG" (Berlin) betroffene Kollegen eingeleitet hatten.

In Niedersachsen faßte der DGB-Landesvorstand einen Beschluß, in dem er seinen Landesjugendsekretär Udo Bergmann und den Jugendbildungsreferenten Hartwig Heine ab sofort beurlaubte und zum frühesten Termin kündigte, weil "solche Schlagworte wie 'konsequente Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft' oder 'Aktivierung der Basis' ... in zunehmendem Maße zu unüberbrückbaren Spannungen in der Gewerkschaftsorganisation führen".

In Osnabrück, Hildesheim, Braunschweig, Helmstedt, Bremen, Berlin wurden Kreisjugendausschüsse (KJA) und Ortsjugendausschüsse (OJA) aufgelöst und gegen einzelne Mitglieder Ausschlußanträge gestellt, zum Teil, weil sie gegen die Liquidierung der Jugendarbeit protestierten, oder weil sie sich an Maidemonstrationen beteiligten. In Hamburg löste die IG Chemie bei der Firma "Reichold AG" gleich den ganzen Vertrauensleutekörper (VLK) auf, weil "eine kleine Gruppe mit extremer politischer Zielsetzung ... seit geraumer Zeit die Arbeit der übrigen Vertrauensleute sabotiert und blockiert." Tatsächlich setzten sich einige Kollegen im Tarifkampf 1971 für ausreichende lineare Forderungen ein.

RECHTFERTIGUNG VOR DEN KOLLEGEN WIRD VERHINDERT

Bei all diesen Fällen und bei einer großen Anzahl von Ausschlußverfahren gegen einzelne Kollegen, die hier nicht alle genannt werden können und zum Teil auch gar nicht bekannt sind, wird den Betroffenen das Recht verweigert, sich vor der Mitgliedschaft zu rechtfertigen, denn von ihr sind die Betroffenen in den meisten Fällen in Vertretungskörperschaften gewählt worden. Ohne weitere Begründung werden sie in den meisten Fällen ihrer Ämter enthoben oder es wird ihnen verboten, Gewerkschaftsversammlungen zu besuchen.

Der Kollege Klingeberg (Göttingen) nahm aufgrund einer Einladung trotzdem an der nächsten OJA-Sitzung teil – er wurde von der Polizei abgeführt. Im Falle der Jugendbeauftragten in Niedersachsen schrieb der DGB-Landesvorstand folgende Anweisung an die Einzelgewerkschaften:

"Es ist insbesondere sichergestellt,



Vetter, dein Daumen ist zu klein, um uns aus der Gewerkschaft zu drücken

daß die Kollegen Bergmann und Heine bis auf weiteres kein Zutrittsrecht auf DGB-Versammlungen oder Veranstaltungen haben ... um sicherzustellen, daß Bergmann und Heine nicht in Veranstaltungen der Einzelgewerkschaften eine Basis zur Rechtfertigung ihrer Politik finden, ist es erforderlich, daß ihr eure Orts- und Kreisverbände entsprechend anweist".

In einigen bekanntgewordenen Fällen wird den Kollegen sogar Funktionsverbot erteilt, bevor überhaupt ein Verfahren gegen sie eingeleitet ist, was eindeutig gegen die Satzung verstößt. So bekamen z.B. drei Vertrauensleute der "Harvester Company" in Heidelberg Funktionsverbot, bevor das Verfahren gegen sie eingeleitet war. Der Hauptvorwurf gegen sie ist ihre Aktivität im Zusammenhang mit dem selbständigen Streik bei Harvester in diesem Frühjahr.

AUSSCHLUSSVERFAHREN

In den Ausschlußverfahren selber haben die Kollegen wenig Chancen. Nach der Satzung der IGM, § 30, sieht die Sache z.B. so aus:

Jedes Mitglied kann einen Ausschluß beantragen. Die Ortsverwaltung (OV) muß den Antrag in ihrer nächsten Sitzung prüfen und kann dann das Verfahren einleiten. "Ergeben sich bei der Einleitung des Verfahrens schwerwiegende Umstände, die das Ruhen der Rechte und Pflichten erforderlich machen", ist von der Ortsverwaltung bzw. vom Vorstand ein entsprechender Beschluß herbeizuführen. Die OV fordert den Betroffenen auf, innerhalb von 14 Tagen zu den Vorwürfen schriftlich Stellung zu nehmen. Danach wird eine Untersuchungskommission eingerichtet, die aus je zwei Beisitzern und einem Vorsitzenden besteht. Der Vorsitzende wird von der OV benannt und ist ebenfalls stimmberechtigt. Damit stehen die Chancen 2:3 für den vom Ausschluß bedrohten Kollegen. Versäumt der Angeschuldigte, schriftlich Stellung zu beziehen, oder benennt er keine Beisitzer in der angegebenen Frist, so kann er ohne Verfahren ausgeschlossen werden.

Den Gewerkschaftsfürsten sind solcherlei Verfahren zu aufwendig, sie brauchen schnellere, lautlosere Methoden. Guter Rat scheint teuer. Die SPD-Fürsten in der Gewerkschaft greifen auf ihre Tradition zurück. Sie haben schon einmal vor dem Problem gestanden, die Einheit der Arbeiterklasse zerschlagen zu müssen, um den Kapitalismus zu retten. In den zwanziger und ebenso in den fünfziger Jahren wurden im Zusammenhang mit der Kommunistenverfolgung massenhaft Kollegen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Hier findet man auch die Methode, mit der man heute wieder glaubt, schneller und reibungsloser sein Ziel zu erreichen:

REVERSE UND UNVEREINBARKEITSBESCHLÜSSE

Wer in der Gewerkschaft ist, darf nicht gleichzeitig in einer gegnerischen Organisation sein, z.B. im Kapitalistenverband. Weil man annehmen kann, daß wenn ein Kapitalist in der Gewerkschaft ist, er das nur tut, um sie kaputtzumachen.

Um die Kommunisten loszuwerden, erklärt man nun ganz einfach ihre Organisation zu einer gegnerischen. Ein günstiger Anlaß fand sich auch schnell, nämlich die falsche Politik der Gruppe Rote Fahne (KPD), die in ihrem Gründungsfieber gleich auch eine Revolutionäre Gewerkschaftsopposition gründen will. Hat man auf diese simple Weise die Kommunisten durch einen Unvereinbarkeitsbeschluß zu Gegnern erklärt, braucht man ihnen nur noch einen Zettel, Revers genannt, vorzulegen, auf dem sie ihre Zugehörigkeit mit einer kommunistischen Organisation leugnen sollen. Tun sie dies nicht, kann man sie schön satzungsgemäß ohne Verfahren ausschließen. Ob der Kollege ein guter Gewerkschafter ist oder nicht, spielt überhaupt keine Rolle mehr. Dieses Verfahren soll die Gewerkschaftsspitze davor bewahren, die Ausschlüsse vor den Mitgliedern begründen zu müssen; denn dann würde sie sich sehr schnell die Kritik der Mitglieder zuziehen, weil sie ganz offen die einfachsten demokratischen Rechte mit Füßen tritt. Es würde deutlich, daß sie so weit geht, die Gewerkschaften zu spalten, um sie als SPD-Richtungsgewerkschaften zementieren zu können.

WARUM BRAUCHT DIE ARBEITERKLASSE KLASSENBEWUSSTE EINHEITSGEWERKSCHAFTEN?

In unserer Gesellschaftsordnung ist die Macht in den Händen weniger Kapitalisten, die sich zwar untereinander bis aufs Messer bekämpfen, die aber Zweckbündnisse eingehen, um die Macht zu behalten. Dabei geht jeder einzelne Kapitalist gegen "seine" Arbeiter vor, um bis auf den letzten Blutstropfen so viel nur irgend geht aus ihnen herauszuholen. Dies gelingt dem Kapitalisten umso besser, je größer die Konkurrenz unter den Arbeitern ist. Um ihre Existenz zu erhalten, werden die Arbeiter immer wieder gegen ihre Ausbeuter kämpfen müssen und schließen sich dafür in Gewerkschaften zusammen. Ihre Ausbeutung selbst beseitigt die Arbeiterklasse erst in ihrem letzten Feldzug, den sie gegen die ganze Kapitalistenklasse führt, und an dessen Ende sie die Kapitalisten, deren Banken und deren Staat beseitigen wird, um ihre eigene Macht zu errichten. Um dies zu schaffen, organisieren sich die Entschlossensten in ihrer politischen Organisation, der Kommunistischen Partei, bzw. bauen diese auf. Dies ist zugleich die Voraussetzung, den Kampf um die Gewerkschaft organisiert aufzunehmen.

Dieser Kampf ist ein Kampf um die Einheit der Gewerkschaften – Einheit auf Grundlage der Arbeiterinteressen –, und dieser Kampf um die Arbeitereinheit ist notwendig Angriff gegen diejenigen, die die Gewerkschaft an die Kapitalisten und ihren Staat ausliefern. Das erfahren die Arbeiter in jedem Kampf. Wo es vorher Gehässigkeiten oder Zänkereien gegeben hat – im Kampf gegen den Kapitalisten stehen plötzlich alle geschlossen wie ein Mann. Nur die Schreihälse vom "Goldenen Mittelweg" rennen wie Hühner zwischen den Fronten hin und her und verstecken sich hinter den Kapitalisten und ihren Gesetzen. Man wird wissen, wen man das nächste Mal in den Betriebsrat oder Vertrauensleutekörper zu wählen hat.

Der immer stärker werdende Druck der Kapitalisten macht den Zusammenschluß aller Arbeiter in den Gewerkschaften notwendig. Wer diese Einheit verhindern will, kann nicht mehr behaupten, er würde die Interessen der Arbeiter vertreten.

Die Kommunisten kämpfen für diese Einheit und sind zugleich die entschiedensten Kämpfer für demokratische Verhältnisse in der Gewerkschaft. Weil die SPD-Spitze in den Gewerkschaften für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung eintritt, geht sie mit Druck und Tricks und mit immer undemokratischeren Methoden vor, um den Kurs der Gewerkschaften in diesem Sinne zu bestimmen. Sie muß mit undemokratischen Mitteln vorgehen, weil sie gegen die Interessen der großen Mehrheit der gewerkschaftlich Organisierten vorgehen muß. Weil das Ziel ihrer Politik nicht die Befreiung der Arbeiterklasse von der Ausbeutung ist, kann auch ihre Politik in der Gewerkschaft nicht demokratisch sein. Deshalb wird der Kampf um die Gewerkschaften von den Arbeitern hart geführt werden müssen, es führt kein Weg drum rum. Die Verketzerung der Kommunisten als Diktatoren oder Spalter wird für die Kollegen im Verlauf dieser Kämpfe aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen immer unglaubwürdiger. Die Gewerkschaftsfürsten aus dem Lager der SPD verlieren notwendig immer mehr das Vertrauen ihrer Mitglieder.

"Stark angeschlagen, sitzen die Sozialdemokraten aber immer noch recht fest im Sattel. Die Arbeiterklasse wird erst nach und nach im Verlauf ihrer Kämpfe eigene Führer hervorbringen, die den Kampf gegen die eingesessenen Betriebsrats- und Gewerkschaftsfürsten anleiten." (Gewerkschaftsresolution des KBW)

WIE MÜSSEN WIR DEN KAMPF GEGEN DIE REVERSE FÜHREN?

In einer Situation ihrer relativen Stärke versuchen nun diese Fürsten, ihre schärfsten Kritiker auszuschalten, bevor sie mit einem größeren Widerstand rechnen müssen. Dabei möchten sie so wenig wie möglich Staub aufwirbeln.

Den Kampf gegen die Ausschlußversuche kann nur ernsthaft führen, wer den Kampf um die Gewerkschaften mit aller Entschlossenheit führen will. Der beste Weg, solche Erpressungsmethoden wie den Reversen zu begegnen, wäre ein so starker Druck aus den Belegschaften durch Unmutsäußerungen auf einberufenen Gewerkschaftsversammlungen, Resolutionen oder Abwahlen, daß die Sekretäre aus Angst, ihre Posten zu verlieren, oder aus Furcht vor allzugroßer Unruhe solche Methoden gar nicht erst anwenden könnten. Weil jedoch die Situation so ist, daß Kollegen sich erst nach und nach in kommunistischen Zellen organisieren, Kommunisten erst in Ansätzen verankert sind, "wäre es lächerlich zu glauben, wir könnten diesen Angriff in offener Schlacht zurückschlagen" (Gewerkschaftsresolution des KBW).

Was werden wir also tun?

Die vom Ausschluß betroffenen Kollegen werden niemals aufhören, den Kampf um die Gewerkschaften als Kampf um die Mehrheit der Kollegen zu führen, d.h. sie werden auch dieses Vorgehen der Gewerkschaftsführung vor den Kollegen bloßstellen, indem sie sich für innergewerkschaftliche Demokratie und die Einheitsgewerkschaft einsetzen.

Auf der anderen Seite werden sie der Gewerkschaftsführung nicht in die Falle gehen.

Sie werden sich nicht in einem Anflug übertriebenen Bekennertums dazu hinreißen lassen, solche Reverse nicht zu unterschreiben, um damit freiwillig ihren Austritt aus der Gewerkschaft zu erklären. Da wäre den Reaktionären in der Gewerkschaft zu leicht und kampflos das Feld überlassen.

Hier ist auch die Furcht unbegründet, die Kollegen könnten einen als Feigling betrachten. Die Kollegen haben ein sehr gutes Verständnis für taktisches Verhalten. Sie können sehr wohl unterscheiden, wer hier die Gewerkschaft auf den Hund bringt und wer unbedingt in ihr verbleiben muß, um eine klassenkämpferische Position aufzubauen. Solche Reverse zu unterschreiben heißt nicht, der Gewerkschaftsspitze in den Arsch kriechen, es heißt ihr mit gleicher Münze heimzahlen. Wir werden die Gefahr des Ausschlusses auch damit keineswegs beseitigt haben. Nur wird es den Gewerkschaftsführern schwer fallen, in einer inhaltlichen Auseinandersetzung, der sie mit diesen Reversen ausweichen wollen, den Kommunisten in ihrer Gewerkschaftsarbeit organisationsschädigendes Verhalten vorzuwerfen.

Die Reverse unterschreiben heißt, der Gewerkschaftsführung gegenüber offen erklären, daß man den Kampf in der Gewerkschaft gegen sozialpartnerschaftliche Politik fortsetzt, daß man den Kampf fortsetzt für kampfentschlossene Einheitsgewerkschaften. Auf dem Boden innergewerkschaftlicher Demokratie muß dem Spaltungsmanöver der Gewerkschaftsführer ein ständiger Meinungskampf um die Forderungen und Aufgaben der Gewerkschaften entgegengehalten werden.

Der Trick, mit den Reversen die Kommunisten im Handumdrehen aus der Gewerkschaft verschwinden zu lassen, ist ihnen in dem Moment verreckt, wo die Kollegen ihn durchschaut haben und die Kommunisten nicht drauf reinfallen. Deshalb hat der KBW in seiner Gewerkschaftsresolution für alle lesbar unter anderem festgehalten:

> "Wenn unseren Mitgliedern Reverse vorgelegt werden, in denen sie durch Unterschriften ihre Ansichten verraten sollen oder durch die Verweigerung der Unterschrift ihren Ausschluß aus der Gewerkschaft besiegeln sollen, dann nehmen wir diese Alternative nicht an und der KBW erklärt öffentlich: Unsere Mitglieder werden alles unterschreiben, was notwendig ist, um in der Gewerkschaft zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten."

–E.R.–

Konzertierte Aktion: Austritt verlangt

Freiburg, 7.9. Den Austritt des Deutschen Gewerkschaftsbundes aus der konzertierten Aktion forderte der Kongreß der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK).

Am Schlußtag des neunten ordentlichen Gewerkschaftstages nahm die Mehrheit der Delegierten entgegen der Empfehlung der Antragskommission einen entsprechenden Antrag der Bundesjugendkonferenz der GHK an. In der Begründung heißt es, die konzertierte Aktion habe sich als ungeeignet erwiesen, an der objektiven Klärung und Lösung der wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Aufgaben mitzuwirken. (FAZ 8.9.)

DGB-Funktionäre: Kampffreudig wie nie

Die hessischen Gewerkschafter können hoffen: Ihre hauptamtlichen Angestellten bereiten sich mit aller Macht auf den Tarifkampf vor und sind diesmal entschlossen, alle Kompromisse weit von sich zu weisen, ja sogar vor Urabstimmungen und Kampfmaßnahmen nicht zurückzuschrecken. Zum Unterschied von den vorhergehenden Tarifrunden handelt es sich diesmal allerdings nicht um die Löhne der Metall- oder Chemiearbeiter, der ÖTVler oder der Drucker. Es handelt sich um die Gehälter der DGB-Angestellten selbst. 13 Prozent hatten sie gefordert, 10 Prozent bot der DGB. Als aber der DGB das bekannte Spiel spielen wollte und mit 11,5 % einen Kompromiß anbot, stieß er bei den erfahrenen Füchsen aus unzähligen Tarifverhandlungen auf Granit. Sie wollen für die volle Durchsetzung der von ihnen aufgestellten Forderungen kämpfen. Man wird sich ein Beispiel daran nehmen.

"Rätselhafte Zunahme der Sterblichkeit"

Eine rätselhafte Zunahme der Sterblichkeit beunruhigt die Ärzte in der Bundesrepublik. Auf einem Kongreß für Altersforschung in Nürnberg wies der Sozialmediziner Professor Hans Schäfer darauf hin, daß die Lebenserwartung der Männer seit einigen Jahren rapide abnimmt. Das Leben wird kürzer.
Nach allgemeinem Dafürhalten haben die Fortschritte der Wissenschaft in diesem Jahrhundert die Aussichten auf ein längeres Leben erhöht. Im letzten Jahrzehnt aber, erklärte Schäfer, habe sich diese Entwicklung umgekehrt.
Bei den Ursachen der unheimlichen Todeswelle ist die Wissenschaft bislang auf Vermutungen angewiesen. Professor Schäfer vertritt die Ansicht, daß sich die Lebensbedingungen in der Bundesrepublik verschlechtern. Schäfer: "Bisher hat man immer gedacht, der wachsende Streß, die Hektik, trifft nur die Manager. Tatsächlich hat sich gezeigt, wie sehr vor allem der kleine Mann davon in Mitleidenschaft gezogen wird."
Der Infarkt durch Aufreiben im Alltag und Ärger in Beruf und Freizeit bedrohte im Gegensatz zu herkömmlichen Annahmen besonders die unteren Schichten der Bevölkerung.
Als Beweis für seine These führt der Sozialdemiziner konkrete Ergebnisse an. Streß verursacht bestimmte Ausscheidungen im Urin. Der Gehalt dieser Spurenelemente nimmt von Jahr zu Jahr zu. Fast jeder dritte Mann in der Bundesrepublik stirbt derzeit vor dem Rentenalter. (pbm)
(aus: Göttinger Allgemeine vom 29.6.73)

Was die Dummköpfe von der bürgerlichen Wissenschaft "rätselhaft" finden, hat einen Grund, den jeder Arbeiter weiß: die Ausbeutung:

DIE TATSACHEN

Die Lebenserwartung der Männer ist in den letzten 15 Jahren in der BRD ebenso wie z. B. in den USA und Frankreich um 3 Jahre gesunken.
Dies ist keine Zahl, die allein steht: Beispielsweise ist das Durchschnittsalter der Invalidität in den letzten Jahren von 58 auf 54 Jahre zurückgegangen. Zwei Drittel aller Industrie-Beschäftigten erreichten das 65. Lebensjahr nicht mehr arbeitsfähig. Die Arbeitsunfallquote lag 1969 um rund 22 % höher als 1950.
Und von 1962 bis 1971 stieg die Arbeitsproduktivität je Beschäftigten um durchschnittlich 77,1 % (laut Statistischem Jahrbuch 1972).

WAS HABEN DIESE ZAHLEN MITEINANDER ZU TUN?

Sie erklären genau das, was bürgerliche Wissenschaftler mit Begriffen wie "Aufreiben des Alltags" nur andeuten: das Schicksal des Arbeiters, körperlich und nervlich ausgesogen zu werden bis zur letzten Faser seiner Arbeitskraft.
Wenn jeder Arbeiter im Jahre 1971 77,1 % mehr leistet als 1962, dann führen die Kapitalisten dies gern auf "ihre" Investitionen zurück. In Wirklichkeit geht die Produktivitätssteigerung zum allergrößten Teil zurück auf die immer stärkere Anwendung von Antreibersystemen wie Fließbandarbeit, Akkordarbeit, Refa- und MTM-System. Die Anwendung solcher Systeme wird ständig verfeinert und ausgebaut; ihre Auswirkung auf den Gesundheitszustand ist ohne weiteres meßbar.

Beispielsweise untersuchte ein Arbeitsmediziner die Ausschüttung von Nebennierenhormonen unter der Auswirkung der Akkord-Arbeitshetze: "Die durchschnittliche Adrenalin- und Noradrenalin-Absonderung betrug bei festem Gehalt 5,51 bzw. 18,49 ng/min. Während der Akkordarbeitstage stieg sie erheblich um 40 bzw. 27 % auf 7,69 ng/min Adrenalin und 23,54 ng/min Noradrenalin" (zitiert n.Deppe, S.126). Der auf diese Weise meßbare Streß der Akkordhetzerei bringt frühzeitige Abnutzungserscheinungen und vielfältige Gesundheitsstörungen mit sich. Bei Akkordarbeitern liegt z. B. die Anzahl der chronischen Magengeschwüre 50 % über dem Durchschnitt. "Akkord ist Mord" heißt es zu Recht. Die gleichen Gesundheitsschäden treten bei Schichtarbeit, besonders bei Nachtschichtarbeit, auf. "Die Tagesleistungen können während der Nacht nur mit Hergabe aller Reserven erreicht werden. Dabei kommt es oft zu Fehlleistungen. Bei etwa 50 % der Drei-Schicht-Arbeiter finden sich Appetitmangel, Verdauungsstörungen und schlechter Schlaf. Gleiche Beschwerden treten dagegen nur bei etwa 5 % der Früh-Spät-Wechselschichtarbeiter ohne Nachtschicht auf. Drei-Schichten-Arbeiter zeigten außerdem eine höhere Belastung mit Herzinfarkten und Magengeschwüren." (zit.n.Deppe, S.218) Trotzdem steigt ständig der Anteil der Schicht- und Nachtarbeit – 1965 waren nach Angaben des Statistischen Bundesamts etwa 2 Millionen (14,48 %) der männlichen Lohn- und Gehaltsempfänger davon betroffen.

Und wie ergeht es demjenigen, der unter dieser Belastung krank wird? Ein Arbeiter vom Göttinger Alcan–Werk berichtet:
"Bei Alcan gibt es die ausgeklügelsten Prämiensysteme. Es soll hier nur ein einziges Beispiel der Prämienhetzerei und Spalterei gezeigt werden.
Dieses Beispiel ist die "freiwillige Jahresprämie für Lohnempfänger". Diese Prämie wurde zum Weihnachtsgeld gezahlt, und zwar bekam derjenige Arbeiter, der im Jahr jeden Tag zur Arbeit kam, 225,- DM, wer einmal krank war (fehlte), 180,- DM, wer zweimal fehlte, 135,- DM, wer dreimal fehlte, 90,- DM, wer viermal fehlte, 45,- DM, wer nur fünfmal fehlte, bekam überhaupt nichts mehr. Es gab viele Kollegen, die krank (z. B. mit Fieber, Übelkeit usw.) zur Arbeit gekommen sind, weil sie auf die Prämie nicht verzichten konnten bzw. darauf angewiesen waren. Der Zweck der Prämie ist klar zu sehen: wir sollen das ganze Jahr über an den Arbeitsplatz gebunden werden. Die Alcan-Kapitalisten holen ein Vielfaches der Prämien aus unserer Arbeitskraft heraus, wenn wir tagein, tagaus trotz Fieber, Erkältung, Übelkeit usw. weiterarbeiten."
Mit solchen Methoden, die es überall gibt, wird die Gesundheit endgültig ruiniert. Auf diese Weise wird erreicht, daß das durchschnittliche "Zugangsalter" der Empfänger von Arbeiterrentenversicherung bei Männern bei 61,1 Jahren liegt, das durchschnittliche Todesalter (oder "Wegfallalter", wie es zynisch in der Versicherungsstatistik heißt) bei 70,1 Jahren (Zahlen von 1970).

WAS STEHT DAGEGEN?

Die bürgerliche Wissenschaft spart nicht mit Ratschlägen, wie das Leben zu verlängern ist. Lange schlafen gesund essen, nicht zu sehr hetzen natürlicher Tagesrhythmus, ausgleichende Freizeitbeschäftigung, Licht, Luft und Sonne. Alles gute Ratschläge für den Arbeiter, der alle paar Wochen nachts arbeiten muß, bei Verkehrslärm tagsüber schläft, sich für ein paar Pfennige Akkordzuschlag abjagt und als Hauptmahlzeit den Kantinenfraß hat. Das alles in umweltverseuchten Industriezentren, die er nur gelegentlich auf verstopften Autobahnen verlassen kann.
Nein, mit diesen Ratschlägen ist keinem Arbeiter geholfen. Er kann sie nur dann befolgen, wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, wie sie der Kommunistische Bund Westdeutschland in seinem Programm fordert:

- Beschränkung des Arbeitstags auf 7 Stunden an 5 Wochentagen. Völliges Verbot der Überstundenarbeit.
- Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Lohnsysteme.
- Verbot der Nacht- und Schichtarbeit in allen Zweigen der Volkswirtschaft, mit Ausnahme jener, in denen sie aus technischen, von den Gewerkschaftsorganisationen gebilligten Gründen unbedingt notwendig ist, jedoch unter der Bedingung, daß die Nachtarbeit 4 Stunden nicht übersteigt.
- 8 Wochen bezahlter Urlaub im Jahr.
- Herabsetzung des Rentenalters auf 50 Jahre bei Frauen, auf 55 Jahre bei Männern.

Das sind einige der wichtigsten Forderungen, die im Interesse der Gesundheit der Millionen Arbeiter, kleinen Angestellten und Beamten durchgesetzt werden müssen – klare Forderungen, anstatt von "Lebensqualität" zu faseln, wie es die SPD zur Zeit gerne tut. Forderungen, die hier und heute an den Staat zu stellen sind. Forderungen, die auch im einzelnen tagtäglich im gewerkschaftlichen Kampf gegen die Kapitalisten durchgesetzt werden müssen. Aber die endgültige Befreiung von der kapitalistischen Auspresserei werden diese Forderungen nicht bringen.

Für Verbesserungen im Kapitalismus muß die Arbeiterklasse kämpfen, um die Kraft und die Fähigkeit zu erlangen, die kapitalistische Ausbeuterordnung durch die Revolution zu zerschlagen und die Produktion und die Politik in die eigenen Hände zu nehmen.

Streik für bessere Arbeitsbedingungen mit dem Lohnkampf verbinden

SCHLICHTUNGSVERHANDLUNGEN IN NORDWÜRTTEMBERG / NORDBADEN GESCHEITERT

Am Donnerstag letztér Woche lehnten die Metallkapitalisten das Schlichtungsergebnis zum Lohnrahmentarifvertrag für Nordwürttemberg/Nordbaden ab. Begleitet waren die Verhandlungen von kurzen Warnstreiks, die in fast allen Großbetrieben stattfanden. Bis spätestens Donnerstag dieser Woche haben beide Parteien Zeit, einen endgültigen Beschluß zu fassen. Es wird jedoch wohl das eintreten, was sich im Frühjahr dieses Jahres schon abzeichnete: Urabstimmung und Streik in Nordwürttemberg/Nordbaden für bessere Arbeitsbedingungen.

Bevor wir auf die Auseinandersetzungen eingehen, einige Erklärungen zum Lohnrahmentarif.
Nachdem im Adenauer-Betriebsverfassungsgesetz von 1952 wesentliche Rechte der Arbeiterklasse, vor allem der Betriebsräte, abgebaut wurden, versuchten die Gewerkschaften über Verhandlungen zu den Manteltarifverträgen weitergehende Regelungen zu erreichen. In Nordwürttemberg/-Nordbaden wurde am 18.12.53 ein



17 Jahre Händeschütteln – und nicht einmal mehr die 40-Stunden-Woche ist tariflich abgesichert!

Manteltarifvertrag abgeschlossen, der letzte für dieses Tarifgebiet. Er regelt die Arbeitszeit, Überstundenzuschläge, Schichtarbeit, Urlaubsregelung, Entlohnungssysteme, Lohngruppen, Lohngruppenmerkmale. Dieser Manteltarifvertrag wurde 1956 gekündigt. Seither wurden über Teilbereiche des Manteltarifvertrags gesondert Verhandlungen geführt, die in Lohnrahmentarifen oder Urlaubsabkommen ihren Niederschlag fanden. So wurde zum Beispiel am 1.12.63 ein Tarifvertrag abgeschlossen, der neben anderen Bestimmungen die 40-Stunden-Woche beinhaltet. Er wurde 1966 wieder gekündigt und ist jetzt noch offen. Das Urlaubsabkommen ist aus dem alten Manteltarifvertrag herausgelöst worden. Hier gab es den letzten Abschluß am 2.8.1969. Der Vertrag ist zum 31.12.73 gekündigt.
Am 8.11.67 trat der Lohnrahmentarif I in Kraft. Er regelt die Eingruppierung der Lohngruppen nach der analytischen Arbeitsplatzbewertung. Jeder erinnert sich noch an das Trostpflaster im Tarifkampf 71, den Tarifvertrag über die stufenweise Einführung des 13. Monatslohns.
Der jetzt auf dem Tisch liegende Lohnrahmen II existiert seit 1967. Er erhält im Wesentlichen Regelungen für die Einstufung der Lohngruppen, die Bewertung der Arbeit. Im Lohnrahmentarif II ist also nur ein Teil von dem enthalten, was im Manteltarif eigentlich geregelt wird.
Die Taktik der Gewerkschaft bestand also bisher darin, einzelne Forderungen in der Form von Lohnrahmenverträgen oder Urlaubsregelungen aus dem Manteltarifvertrag herauszunehmen. Dabei ging man von der Verhandlungstaktik aus, daß bei jeder Verhandlung irgendwelche Zugeständnisse gemacht werden; wenn man die Sache aufsplittert, hat man mehr Verhandlungen, am Ende also mehr Zugeständnisse. Das klingt zunächst mal schlau, ist es aber nicht. Es gab zwar sehr viele Verhandlungen, wo auch der eine oder andere Paragraph dazukam, aber außer Verhandlungsspesen ist nichts Wesentliches im Sieb geblieben, was zählt. Das konnte auch gar nicht anders sein, weil man sich auf Verhandlungstaktiken und nicht auf die Kampfkraft der Arbeiter gestützt hat.

Inzwischen hat sich die Arbeitsplatzsituation so verschlechtert, daß gehandelt werden muß. Die Ausgangsbedingungen sind nicht sehr günstig. Einmal ist man durch die Aufsplitterung des Manteltarifs in eine Lage gekommen, daß beim Lohnrahmentarif II wesentliche Fragen der Verbesserung der Arbeitsbedingungen gar nicht berührt sind. Zum Beispiel Verkürzung des Arbeitstages, Urlaubsverlängerung, Abschaffung des Akkords; den Kollegen im Betrieb erscheinen die von der Gewerkschaft aufgestellten Forderungen sehr kompliziert. (Sie sind nicht aus den Betrieben herausgekommen.)

DIE BESONDERE SITUATION FÜR DIE ARBEITER IN NORDWÜRTTEMBERG/NORDBADEN

Es ist klar, daß man bessere Arbeitsbedingungen nur durch Streik erreicht. Die Forderungen der IGM sind zwar nicht Kernforderungen, doch schon mal ein Anfang. Klar ist auch, daß man hier für die ganze Arbeiterklasse in der BRD und Westberlin steht, ähnlich wie die Kollegen in Schleswig-Holstein in ihrem Streik um die Lohnfortzahlung.

Doch wenn man schon streikt, und daran zweifelt in den Großbetrieben in Nordwürttemberg/Nordbaden eigentlich niemand, dann auch gleich richtig. Dann muß auf den Tisch, was momentan das Hauptproblem der Arbeiter ist. Eine Lohnerhöhung in Mark und Pfennig! Wir können nicht jetzt für Pausenzeiten, Verdienstgarantie der älteren Kollegen und Verdienstgarantie der Akkordarbeiter streiken und im Januar dann nocheinmal dafür, daß wir mehr verdienen.
Die IGM-Führung wird sagen: Das sind zwei Dinge und jetzt geht es erstmal um den Lohnrahmen II.
Wir aber wissen, daß momentan der größere Druck bei den Lohnforderungen liegt. Damit die Streiks für den Lohnrahmen II nicht zu Fesseln für den Lohnkampf werden, müssen wir sie als Sprungbrett benutzen für Lohnforderungen. Nur dadurch werden wir eine starke Kampffront erzielen, die die beste Grundlage ist, um ein Nachgeben der Kapitalisten auch in Fragen des Lohnrahmens zu erzwingen.
–E.R.–

Langsamer Giftmord

Gegen die Verseuchung der Umwelt durch kapitalistische Betriebe darf erst im Falle akuter Vergiftungen eingeschritten werden. Diese Feststellung traf die Frankfurter Polizei- und Ordnungsbehörde angesichts der Anfrage des Frankfurter Staatsanwaltes Koch, was eigentlich in dieser Stadt noch passieren müsse, bevor das Polizeigesetz gegen Umweltsünder endlich einmal Anwendung findet. Anlaß für die Anfrage des Staatsanwaltes ist eine "Pharmazeutische Fabrik" in Frankfurt-Rödelheim, die seit Jahren einen ekelerregenden Baldriangestank verbreitet, der den Bewohnern des ganzen Stadtteils ständig Brechreiz, Kopfschmerzen und Atembeschwerden verursacht. Seit 1970 schwebt bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt ein Verfahren wegen Körperverletzung. Eine städtische Ärztin hat kürzlich bei mehr als 20 Personen akute Fälle von Übelkeit und Kopfschmerzen festgestellt. Ein Vertreter der Arbeitsgruppe Umweltschutz der Stadt Frankfurt: "Die Baldrian-Substanz, die bei der Produktion von Baldrian frei wird, riecht wie frisch Erbrochenes. Besonders ekelerregend wird der Geruch, wenn er in geschlossene Räume eindringt. Er kann Atemnot und starke Kopfschmerzen hervorrufen ... Der Geruch setzt sich in den Kleidern fest. Man wird den nie wieder richtig los." Obwohl auch der Frankfurter Amtsarzt in seinem Gutachten anführte, daß die "schwere Geruchsbelästigung ... zu einer direkten Gesundheitsgefährdung führen kann" blieb das Stadt- und Polizeiamt bei seiner Entscheidung, den Profit des Kapitalisten über die Gesundheit und die elementarsten Bedürfnisse der Bewohner eines ganzen Stadtviertels zu stellen.

Geheimer Dreck

Ludwigshafen, 14.9. Die Bürgeraktion "Umweltschutz Rhein-Neckar" hat aufgrund Statistiken des Landesamtes errechnet, daß in Ludwigshafen 24 Prozent mehr Bürger am Krebs der Atmungsorgane sterben, als im Landesdurchschnitt von Baden-Württemberg. Als die Bürgeraktion von Industrie- und Sozialministerium wissen wollte, welche Gase und Dämpfe im Ballungsgebiet Rhein-Neckar abgelassen werden, bekam sie keine Antwort. Man berief sich auf den Paragraph 25, Absatz 4 der Gewerbeordnung, wonach es verboten ist, die bei einzelnen Industriebetrieben festgestellten Emissionen (Ausscheidungen) öffentlich bekannt zu geben. Auch im jüngsten von Innenminister Genscher vorgelegten Bundesemissionsgesetz ist diese Bestimmung wieder enthalten.
(Mannheimer Morgen, 14.9.73)

Der Streik im Fuhramt Hannover

Die Ursachen der Streikbewegung im öffentlichen Dienst, die im Hannoverschen Fuhramt begann, sind nicht irgendwelche besonderen Probleme der Müllwerker, sondern liegen in der breiten Unzufriedenheit der Arbeiter und Angestellten mit einer Tarifpolitik begründet, die nicht in der Lage ist, den Abbau der Reallöhne zu verhindern.
Schon im letzten Winter, als die jetzt laufenden Tarifverträge abgeschlossen wurden, konnten die hannoverschen Kollegen lernen, wie die sozialpartnerschaftliche Führung der ÖTV Tarifkämpfe führt. Sie trat massiv gegen die von den hannoverschen Arbeitern aufgestellte Forderung von 150 DM für alle auf und war schnell bereit, die Interessen der Kollegen hinter die Interessen des bürgerlichen Staates zu stellen. Besonders im Fuhramt, wo nach dem Tarifabschluß noch Proteststreiks stattfanden, wurde den meisten Kollegen klar: Wenn wir uns auf solche Vertreter verlassen, sind wir verraten und verkauft.

Im August, als die Januar-Lohnerhöhungen durch die Preissteigerungen schon aufgefressen waren, nahmen die Kollegen ihre Interessen in die eigenen Hände. Sie nahmen die Forderung nach einer Teuerungszulage von 600,- DM, die vorher in Gewerkschaftsversammlungen diskutiert worden war, auf und stellten der Verwaltung ein Ultimatum. Wenn innerhalb einer Woche das Geld nicht da ist, fährt kein Müllwagen mehr. Doch die Verwaltung nahm die Forderung der Kollegen offensichtlich noch nicht so ernst. Nach Abschluß der Woche kam sie tatsächlich noch ohne einen Streik über die Runden. Obwohl inzwischen eine einheitliche Kampffront von deutschen und spanischen Kollegen für die 600,- DM entstanden war, gelang es ihr, weitere Zeit zu gewinnen. Am 7.September versprach der Personaldezernent, sollten die 'Sozialpartner' auf Bundesebene verhandeln. Denen dürfe man doch nicht in den Rücken fallen. Auf alle Fälle aber sei am 10.September in Hannover ein Ergebnis da.

Nicht am 7.September und auch nicht später wurde auf Bundesebene über Teuerungszulagen verhandelt. Nicht nur die öffentlichen Arbeitgeber, sondern auch die ÖTV-Führung lehnte dies ab.
In Hannover wuchs indessen die Einheit für die 600,- DM. Dabei kann zweierlei hervorgehoben werden. Erstens gelang es, daß auch in den Büros der Stadtverwaltung über eine Teuerungszulage diskutiert wurde. Die meisten Kollegen erklärten ihre Solidarität und forderten, soweit sie Angestellte waren, ebenfalls 600,- DM! Zweitens kamen die wichtigsten Betriebe der Stadtwerke AG hinzu.

Am 7.September begannen tatsächlich Verhandlungen zwischen der Stadtverwaltung und einer örtlichen Verhandlungskommission der ÖTV, die durch Beschlüsse in den Betrieben an die 600 DM gebunden war.
Die Vertreter der Verwaltung machten am Sonntag, dem 9.9., nachdem der SPD–Parteivorstand, unmißverständlich ausgedrückt hatte: In keinem Fall 600,- zugestehen! ein 'letztes' Angebot, das für die Kollegen in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen 300,- DM brutto Teuerungszulage und 63,- DM netto zusätzliches Urlaubsgeld vorsah, für die höheren BAT-Gruppen und die höchste Lohngruppe weniger.

Doch die Kollegen im Fuhramt, die am 10.September zu einer außerordentlichen Personalversammlung zusammenkamen, ließen sich nicht weismachen, daß sie damit zufrieden sein sollten. Sie lehnten das Angebot ab und beschlossen, ihre Personalversammlung fortzusetzen. Nur eine Gegenstimme gab es, als die Kollegen ihren Streikbeschluß faßten.


Auch die Müllarbeiter von Wolfsburg streikten erfolgreich.

Die Verwaltung, die sich bis dahin immer noch "verständnisvoll" gezeigt hatte, hielt nun andere Mittel zur Sicherung des Arbeitsfriedens für nötig. Sie ließ verkünden, daß alle, die ihrer Arbeit nachgingen, sofort die angebotene Teuerungszulage überwiesen bekämen. Dieses Spaltungsmanöver blieb aber ohne Erfolg. Viele Kollegen sagten in den Stadtwerken daraufhin: "Jetzt gerade! Erpressen lassen wir uns nicht!" Am Dienstag (11.9.) begannen auch in den Stadtwerken Betriebsversammlungen. Das Vermessungsamt hörte auf zu arbeiten.

Und der Streik machte auch außerhalb von Hannover Schule: Wolfsburg, Oberhausen, Celle waren die nächsten Stationen. Als die Verwaltung schließlich am Mittwoch befürchten mußte, die Kollegen in den Stadtwerken würden den großen Industriebetrieben die Energie abdrehen, wurde sie schwach. Sie erhöhte kurzerhand das Angebot auf 363,- DM netto für die Arbeiterlohngruppen I - IV und die Angestellten bis BAT VII.
Damit waren zwar die 600,- DM nicht durchgesetzt. Die Kollegen im Fuhramt sahen aber das neue Angebot als das Ergebnis an, was derzeit durchzusetzen war und gingen wieder an die Arbeit.
Mit diesem Erfolg ist die Bewegung in den Betrieben und Verwaltungen nicht vorbei. Gerade jetzt, wo die Kollegen wieder einmal merken konnten, was die Gewerkschaftsführung von ihren Forderungen hält, muß es heißen:
Die Tarifforderungen in den Betrieben aufstellen! Tarifliche Absicherung der Teuerungszulagen! Kampf der Friedenspflicht' !
Immer mehr Kollegen der ÖTV haben eingesehen: "Nur gemeinsam sind wir stark."

KB Hannover

Selbständige Streiks im öffentlichen Dienst

Die Unruhe über den Lohnabbau ist breit, die spontane Bereitschaft, für höhere Löhne zu streiken, groß. Diese Bereitschaft konnte auch nicht durch das volle 13. Monatsgehalt, das am 13. September zwischen ÖTV-Führung und Genscher ausgehandelt wurde, abgefangen werden, denn die Preissteigerungen sind zu hoch und der Lohn zu niedrig.

Es begann in Hannover und wurde in anderen Städten weitergeführt: Wolfsburg, Celle, Braunschweig, Oberhausen, Gladbeck, Dortmund, Mannheim. Die Streiks blieben nicht auf eine Stadt beschränkt und auch nicht auf die Streikenden der Fuhrämter, z.B. in Oberhausen mußte die ÖTV Oberhausen die Forderung nach Teuerungszulage aufnehmen.
Diese spontanen selbständigen Streiks werden von den Machthabern und Absicherern dieser kapitalistischen Gesellschaft mit Recht gefürchtet. Stellen sie doch infrage das Gefüge der Verbindungen zwischen Kapitalistenklasse, ihrem staatlichen Apparat und der Absicherung durch die Gewerkschaftsführung.
Das Bedrohliche der selbständigen Streiks für die herrschende Klasse und ihre politischen Handlanger ist, daß alle ihre Abwiegelungs-, Abfang- und Unterdrückungsmaßnahmen einfach nicht wirken; daß das kapitalistische und staatliche "Gemeinwohl", für das sich gerade auch die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst einzusetzen hätten, die Streikenden nicht abhält, gegen die Wahrer und Statthalter dieses kapitalistischen "Gemeinwohls" anzutreten. Wie die Kollegen in der Industrie sind die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und bekommen dafür so wenig, daß die ständigen Preissteigerungen und schlechten Tarifabschlüsse ihre wirtschaftliche Lage entschieden verschlechterten. Was liegt näher, als daß die Kollegen den Streik als wirksame Waffe auch im öffentlichen Dienst einsetzen?

Die Streiks im öffentlichen Dienst treffen einen empfindlichen Punkt:

OHNE DEN ÖFFENTLICHEN DIENST KANN DIE PRODUKTION NICHT AUFRECHTERHALTEN WERDEN

Die Arbeiten im öffentlichen Dienst müssen ununterbrochen erfüllt werden, damit die Kapitalisten in der Industrie die volle Arbeitskraft des Proletariats täglich so lange wie möglich ausbeuten können. Wenn sich die Lohnabhängigen des öffentlichen Dienstes im Streik zusammenschließen, so stören sie den ganzen Ablauf der kapitalistischen Produktion. Wenn die öffentlichen Verkehrsmittel morgens nicht fahren, kann ein großer Teil der Arbeiter und Angestellten nicht zur Arbeit und die Produktion stoppt. Wenn in den Gas- und Elektrizitätswerken gestreikt wird, stehen auch die Maschinen in der Industrie still. Deshalb verhindert die Kapitalistenklasse Streiks im öffentlichen Dienst, wo sie nur kann. Deshalb haben Beamte kein Streikrecht; deshalb soll das Streikrecht im öffentlichen Dienst überhaupt abgeschafft werden.
Deshalb schaltet die Kapitalistenklasse diejenigen ein, die ihr immer dienen: die Regierung samt ihrem Apparat. Die Regierung ist ihr Sprachrohr und ihr verlängerter Arm.
Die SPD als derzeitige Regierungspartei hat gut gespurt. Kaum streikten die Kollegen beim Fuhramt in Hannover, als schon auf höchster Ebene eingegriffen wurde. Willy Brandt versuchte den Streik zu ersticken, bevor der Funke auf größere Bereiche des öffentlichen Dienstes übersprang. Er sagte, einen solchen Streik soll es nicht geben wegen der Signalwirkung, die er im ganzen Land haben müsse. Ja, diese selbständigen Streiks haben Signalwirkung: Die selbständige Streikbewegung der Lohnabhängigen richtet sich gegen die Politik des Lohnabbaus durch die Kapitalisten, ihre Regierung und SPD-Gewerkschaftsführung. Die selbständige Streikbewegung rüttelt an den politischen Stützen der Ausbeutung durch die Kapitalistenklasse. Die Selbständigkeit dieser Streiks ist das Signal für die politische selbständige Entwicklung der Arbeiterklasse und der anderen Lohnabhängigen. Diese politische Entwicklung voranzutreiben, das muß der Hauptgesichtspunkt sein, von dem auch gerade der Kampf um die Gewerkschaften gesehen werden muß. Die Kämpfe um die politischen und organisatorischen Positionen in den Gewerkschaften müssen Schritte auf dem Weg zum politischen Ziel sein, zur politischen Herrschaft der Arbeiterklasse und aller Lohnabhängigen und des Sturzes der Kapitalistenklasse.
Der Kampf um die Positionen in der Gewerkschaft und um die Gewerkschaft überhaupt ist also der Kampf um Stützpunkte auf dem Weg zu diesem politischen Ziel.

–A.H.–

Wolfsburg:

"WIR SCHLIESSEN UNS DEN HANNOVERANERN AN"

Wolfsburg. Nachdem die Arbeiter des Fuhrparks in Wolfsburg am 31.8.73 in den Streik für eine Teuerungszulage von 600 DM getreten waren (wir berichteten in der letzten Nummer davon), sich jedoch auf die Verhandlungen am 10.9.73 vertrösten ließen, die jedoch nichts für sie einbrachten, ergriffen am Dienstag, dem 11.September 1973 die Müllwerker, die Straßenreiniger, die Entwässerungsarbeiter und die Kollegen des Garten- und Friedhofsamtes die Initiative.

Morgens um 7 Uhr 30 zogen die Kollegen mit über 40 Fahrzeugen der Müllabfuhr und des Fuhrparks zum Rathaus. Der Rathausplatz war voll mit den mit Transparenten versehenen Fahrzeugen.
"Das macht uns stark! Wir fordern für alle 600 Mark" war die Parole der streikenden Kollegen.
320 Arbeiter besetzten die "Bürgerhalle" des Rathauses und forderten die Stadtratsmitglieder zu einer Stellungnahme auf. "Wenn es nötig ist, holen wir sie aus ihren Wohnungen" hörte man von vielen. Im Rathaus bildeten sich schnell Diskussionsgruppen, bei denen überall zu hören war: "Es muß mehr Geld her!" Auf dem Marktplatz hupten die mehr als 40 Fahrzeuge. Mit Pfeifkonzerten und lauten Buhrufen gaben die Kollegen ihrem Unmut über die sich für sie ständig verschlechternde wirtschaftliche Situation Ausdruck.

Die Kollegen erkämpften eine Teuerungszulage von 300 DM (netto), die durch den Druck der Streikenden auf einer eilig einberufenen Sitzung am frühen Abend des selben Tages vom Rat beschlossen wurde.

Eine wichtige Erfahrung für die Kollegen war es, daß durch ihre selbständigen Aktionen es gelungen war, eine Forderung – wenn auch nur teilweise – durchzusetzen. Von großer Bedeutung für die Kollegen war die Solidarität mit den hannoverschen Arbeitern des öffentlichen Dienstes, die den Kampf für eine Teuerungszulage begonnen hatten. Dies zeigten sie durch die an Fahrzeugen angebrachten Plakate, auf denen stand: "Wir schließen uns den Hannoveranern an".

Von entscheidender Bedeutung waren die Streiks in Hannover und Wolfsburg, denn durch den Mut und die Entschlossenheit der Kollegen in diesen Städten wurden die Arbeiter auch in anderen Städten, so in Frankfurt, Gifhorn, Braunschweig, Salzgitter und Oberhausen, ermutigt, ebenfalls in selbständige Streiks zu treten, nicht auf Verhandlungen zu hoffen, sondern selbst das Ruder in die Hand zu nehmen. Das Wissen, selbst handeln zu müssen, in den Streik zu treten um keine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation zuzulassen, ist die wichtigste Erfahrung, die die Kollegen aus den Streiks der letzten Wochen ziehen konnten.

–M.A., Ortsgruppe Wolfsburg–

Mannheim

Mannheim. Am 18.9. streikten die Kollegen vom Fuhrpark einen Tag lang für eine Teuerungszulage von 600.– DM. Schon in den letzten Wochen standen die Kollegen kurz vor dem Streik. Sie hatten die Forderung nach einem 13. Monatsgehalt mit der Forderung nach einer Teuerungszulage verbunden. Die schnelle Durchsetzung des 13. Monatslohns hatte zunächst den Streik verhindert.

Die ÖTV-Funktionäre hatten gemeint, man müsse die "Unruhe der Kollegen" für die Durchsetzung des 13. Monatsgehalts "ausnutzen". Aber die Unruhe besteht weiter fort; und als da noch der Amtsleiter Dipl.Ing. Irmisch die Kollegen und ihre Forderungen auf der Betriebsversammlung beleidigte, da war der Streik beschlossene Sache: Für die Versetzung des Amtsleiters und für 600 DM Teuerungszulage.

Erst Zusagen des persönlich am nächsten Morgen erschienenen Oberbürgermeisters bewogen die Kollegen, die Arbeit nach einem Streiktag wieder aufzunehmen. Am 10. Oktober werden Verhandlungen im Rahmen des Kommunalverbandes stattfinden. Die Kollegen werden ihre berechtigten Forderungen bis dahin nicht vergessen. Denn sie werden täglich daran erinnert, daß das Geld vorn und hinten nicht reicht. Der Amtsleiter Irmisch aber mußte sich noch am Tag seiner beleidigenden Worte persönlich vor der Belegschaft entschuldigen.

Druckerstreiks

GRUNER & JAHR

Itzehoe In der Nachtschicht vom 10. zum 11. September streikten die Kollegen der Klebebinderei bei Gruner & Jahr für eineinhalb Stunden, weil von den Maschinen ein Mann abgezogen wurde. Die Kollegen erreichten, daß die alte Maschinenbesetzung wieder hergestellt wurde.
Zur gleichen Zeit wurde in der Buchbinderei (Abteilung, in der u.a. der "Stern" geheftet wird) die Besetzung von 6 Mann auf 4 Mann plus ein Springer (für zwei Maschinen) reduziert. Die Kollegen verzögerten die Produktion; Vertrauensleute und Betriebsrat stellten der Geschäftsleitung ein Ultimatum von 48 Stunden, mit der Forderung, die alte Besetzung wiederherzustellen. Diese Forderung wurde bis heute nicht erfüllt.
In der Rotation bei Gruner & Jahr Itzehoe wurde ein Mann von der Maschine abgezogen. Die Vertrauensleute gingen darauf zur Abteilungsleitung, der Mann kam an die Maschine zurück.

RUNDSCHAU–VERLAG

Itzehoe. Der Rundschau-Verlag in Itzehoe, der zum Bauer-Konzern gehört, will 80 bis 100 von 280 Arbeitern entlassen. Als Gründe dafür gibt die Geschäftsleitung an, daß einige Maschinen unrentabel geworden sind. Sie bietet auch "großzügig" einen Sozialplan an, bei dem praktisch nur die Hälfte der Entlassenen überhaupt Geld bekommt. Der Betriebsrat stellt zwar Forderungen auf, die von 2 000 DM bis zu 12 Monatslöhnen gehen, die aber –aufgrund des fehlenden Arbeitsplatzangebots in und um Itzehoe– sofort aufgefressen wird (durch lange Anfahrtswege zum neuen Arbeitsplatz bzw. längere Arbeitslosigkeit). Wie die Geschäftsleitung auf der Betriebsversammlung durchblicken ließ, wird im Rundschau-Verlag weiter rationalisiert, indem Facharbeiter durch Hilfsarbeiter ersetzt werden.

–Branchenkollektiv Druck
Ortsgruppe Hamburg des KBW

Frankfurt ROLAND-OFFSET–STREIK

Am Donnerstag, dem 13.9.73, haben bei der Maschinenfabrik Roland-Offset in Offenbach hundert Arbeiter der Frühschicht in Werk III die Arbeit niedergelegt. Ziel des eineinhalbstündigen Streiks war es, die Geschäftsleitung zu zwingen, den Kollegen eine Teuerungszulage zu zahlen. Die spontane Arbeitsniederlegung stand aber nicht unter einer klaren unter den Kollegen diskutierten Forderung. Der Streik konnte sich nicht auf die anderen Werke ausdehnen. Er führte zu keinem Erfolg. Die Geschäftsleitung lehnt jeden Ausgleich der Teuerung ab.
Der Streik war die erste Arbeitsniederlegung seit knapp sechs Jahren.

Metallindustrie: Die Lage im Lohnkampf

Auf den ersten Blick könnte man meinen: die Streikbewegung in der Metallindustrie ist zum Stillstand gekommen. Aber dies wäre eine falsche Beschreibung des gegenwärtigen Zustands in der Metallindustrie. Nicht um einen Stillstand handelt es sich, sondern um einen Zustand erhöhter Spannung. Fast kein Tag vergeht, wo nicht in diesem oder jenem Betrieb die Streikbewegung wieder aufflammt. Aber im Gegensatz zum August, wo zum Höhepunkt der Streikbewegung über 50 000 Metaller im Streik standen, hat sich die Bewegung wieder zersplittert.

Der Schwerpunkt der Streikbewegung in den letzten Wochen, worauf sich die Blicke der Arbeiterklasse und der Öffentlichkeit konzentrierten, war nicht die Metallindustrie, sondern der öffentliche Dienst. Soweit Streiks in der Metallindustrie Massenumfang annahmen, handelte es sich um gewerkschaftlich organisierte Warnstreiks, die von Betriebsräten und von vorstandstreuen Vertrauenskörpern eingeleitet wurden und als Begleitmusik zu den Manteltarifverhandlungen in Nordwürttemberg/Nordbaden dienten. Die Spitzenverhandlungen zwischen Gesamtmetall und IGM haben trotz ihres Scheiterns vorübergehend einen Zweck erfüllt, den ihnen beide Seiten am Verhandlungstisch zugedacht hatten: Sie haben den ersten Elan der spontanen Streikbewegung aufgefangen.

Das konnte gelingen, weil inzwischen fast alle Unternehmen der Metallindustrie in dieser oder jener Weise auf die Streikbewegung und die Kampfbereitschaft der Metaller reagierten, Zuschläge auf den Effektivlohn zahlten und die auslösenden Momente der Streiks teilweise beseitigten. Dabei handelt es sich freilich in allen Fällen um ein paar Tropfen auf den heißen Stein. Immerhin muß man feststellen: Die Kraft der Metaller hat ausgereicht, den Tariffrieden in der Metallindustrie nachhaltig zu erschüttern. Sie hat noch nicht ausgereicht, um einen wirklichen Durchbruch zu erzielen, die miserablen Tarifverträge in einem Anlauf beseite zu fegen und die Initiative durch die weitere Ausdehnung der Massenstreikbewegung völlig in der Hand zu behalten. Das konnte auch nicht anders sein, wenn wir die Ausgangsbedingungen berücksichtigen, die geringe Kampferfahrung, die fehlende Einheit und den starken Einfluß des Reformismus, der immer noch auf der westdeutschen Arbeiterklasse lastet. So haben die Bundesregierung, die bürgerlichen Parteien, Gesamtmetall und die IGM-Führung noch einen gewissen Spielraum behalten, in dem sie manövrieren können. Dabei müssen sie aber damit rechnen, daß die Metaller in diesem Jahr viel dazugelernt haben und sich nicht mehr ohne Weiteres hin- und herschieben lassen. Daß sie die Kraft haben, die Initiative aufs Neue in die Hand zu nehmen.

WIE DIE BUNDESREGIERUNG DIE TARIFAUSEINANDERSETZUNGEN VORBEREITET

Die Politik der Bundesregierung ist nicht sehr einfallsreich. Seit ihr Versuch gescheitert ist, durch Einleitung der Spitzenverhandlungen zwischen Gesamtmetall und IGM schnell zu einer "Bereinigung der Situation" und zu neuen Tarifverträgen zu kommen, besteht ihre Politik vor allem darin, leere Versprechungen zu machen und Drohungen auszustoßen. Witzlose Steuererleichterungen für 1975 anzukündigen, vor hohen Forderungen zu warnen und mit der Arbeitslosigkeit für den Fall hoher Abschlüsse zu drohen, darin besteht ihr Geschäft. Wirtschaftsminister Friderichs ließ keine Gelegenheit aus, um mit diesen Parolen bei den Gewerkschaftsführern hausieren zu gehen. So lud er sich zu einer DGB-Vorstandssitzung nach Freiburg ein und tauchte Mittwoch letzter Woche zu einer Sitzung des tarifpolitischen Ausschusses in der Düsseldorfer DGB-Zentrale auf. Der Wirtschaftsminister will diesmal in der "Konzertierten Aktion" keine Orientierungsdaten bekanntgeben, weil er fürchtet, diese könnten durch die Gewerkschaftsführung nicht akzeptiert werden, sobald sie erst einmal öffentlich bekanntgeworden sind. Deshalb verlegt er sich mehr auf diskrete Einflußnahme auf die Gewerkschaftsführer, deren Schwierigkeiten beim Verkauf der "Stabilitätspolitik" an die Gewerkschaftsmitglieder er kennt. Lediglich die CDU/CSU beharrt auf der traditionellen Politik der Konzertierten Aktion mit Veröffentlichung von Orientierungsdaten und allem Drum und Dran. Die bürgerliche Presse dagegen hat volles Verständnis für die Diskretion der Bundesregierung. So stellte sich zum Beispiel die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" voll auf die Seite von Friderichs und wendet gegen Stoltenberg (CDU) ein: "Allerdings sieht wohl auch Stoltenberg, daß es jetzt für die Regierung riskant wäre, die Gewerkschaften mit derartigen Zahlen zu konfrontieren. Denn er räumt ein, daß die Vorlage von Orientierungsdaten auch auf 'diskretem Wege' möglich sein müßte." (FAZ, 21.9.73) Im Großen und Ganzen sind sich die Herren also einig. Die Devise der Bundesregierung ist: die Arbeiter für die "Stabilitätspolitik" bluten lassen, es aber nicht an die große Glocke hängen.

GESAMTMETALL IST JETZT ZU REGIONALEN VERHANDLUNGEN BEREIT

Nachdem die Metallkapitalisten in den Spitzengesprächen auf zentralen Verhandlungen beharrten und daran



Loderer: Finster entschlossen, die Position der rechten Gewerkschaftsführung zu stärken.

die Gespräche platzen ließen, sind sie jetzt zu regionalen Verhandlungen bereit. Wie sie in dem entsprechenden Brief an die IGM schreiben, sind sie jedoch dazu nur bereit, wenn vor jeder regionalen Verhandlung die Laufzeit der Verträge zentral und einheitlich festgelegt wird und der erste regionale Abschluß anschließend für sämtliche Tarifgebiete verbindlich erklärt wird. Dies Verfahren wäre besonders elegant: Es vereinigt die Nachteile regionaler Verhandlungen mit den Nachteilen zentraler Abschlüsse. Tatsächlich ist freilich die IG Metall in der Praxis der letzten Tarifauseinandersetzungen genau so verfahren. Die Metallkapitalisten machen jetzt daraus lediglich ein Prinzip. Für die Gewerkschaften läuft das darauf hinaus, sich nur an einer Stelle zum Kampf zu stellen aber das ganze Gebiet aufs Spiel zu setzen. Obwohl die IGM-Führung sich zu dem neuen Vorschlag Gesamtmetalls abwartend verhält und verlauten läßt, die Kapitalisten hätten ihren bisherigen Standpunkt nur formell verändert, spricht sie nicht von einer grundsätzlichen Ablehnung dieses geradezu hirnrissigen Verfahrens. Sie bezeichnet das Verfahren lediglich als "kaum annehmbar".

DIE MANÖVER DER IGM-FÜHRUNG

Nach seiner Klausurtagung in St. Blasien legte der Vorstand der IGM dem Beirat am 10. September eine Erklärung vor, daß er beschlossen habe, alle Lohn- und Gehaltstarifverträge sowie einige andere Verträge zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu kündigen. Inzwischen sind die Tarifverträge in mehreren Bezirken gekündigt worden. Nachdem jetzt Gesamtmetall nicht mehr grundsätzlich auf zentralen Verhandlungen beharrt, ist damit zu rechnen, daß es in diesen Bezirken relativ rasch zu Tarifverhandlungen kommt. In diesen Tarifauseinandersetzungen wird die IGM-Führung mit allen Mitteln versuchen, das Heft gegenüber den Belegschaften fest in der Hand zu behalten und dort, wo sie das Heft bereits aus der Hand verloren hat, es wieder in die Hand zu bekommen. Dabei wird die IGM-Führung folgendermaßen vorgehen:
Nach außen, gegenüber Gesamtmetall und teilweise auch gegenüber der Regierung, wird sie große Töne spucken und höchst kampfentschlossen auftreten, nach innen wird sie versuchen, gerade die kampfentschlossensten Mitglieder zu isolieren und an die Wand zu drücken. Das ganze wird als Aktion zur "Verteidigung" der Gewerkschaften anlaufen. So schreibt Loderer in 'Metall' vom 18.9.: "Auf der einen Seite werden wir uns nicht zum Handlanger einer Arbeitgebertaktik machen lassen, die sich bei der Durchsetzung ihrer Profitinteressen auf eine falsch verstandene gewerkschaftliche Ordnungsfunktion beruft. ... Auf der anderen Seite müssen wir jenen selbsternannten Basisaktivisten eine klare Absage erteilen, die sich bei ihren organisationsfeindlichen Umtrieben zu Unrecht auf die Sache der Arbeiter und Angestellten berufen." Das bedeutet, die Gewerkschaftsführung will die kommende Tarifauseinandersetzung vor allem dazu benützen, ihre Position in der Gewerkschaft zu verbessern. Das hat sie wirklich nötig, auch wenn Loderer tönt: "Unsere Position ist nicht schwächer, sondern stärker geworden."

AUF DEM EINGESCHLAGENEN WEG FORTSCHREITEN

Wir können feststellen, daß sich die Ziele und die Taktik der Regierung, der Kapitalisten und auch der Gewerkschaftsführung gegenüber früheren Auseinandersetzungen nicht grundsätzlich geändert haben. Letzten Endes ist lediglich aus der offenen Konzertierten Aktion eine versteckte Konzertierte Aktion geworden. Aber wir können auch feststellen, daß sich durch die Streikbewegung die Situation geändert hat, in der sich diese Feinde und falschen Freunde der Arbeiterklasse bewegen müssen. Auch wenn die Streikbewegung vor der Tarifauseinandersetzung keinen größeren Umfang mehr annehmen sollte, wird die Tarifauseinandersetzung unter der Einwirkung der selbständigen Streiks stattfinden.

Die wichtigste Folge dieser Streiks ist, daß sich in ihnen die Beziehungen zwischen Arbeitern und Kapitalisten, zwischen Arbeiterklasse und kapitalistischem Staat und folglich auch zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und sozialdemokratischer Gewerkschaftsführung verändert haben, daß sie die Klassenwidersprüche aufgerissen haben. Für die gewerbsmäßigen Betrüger der Arbeiterklasse ist es schwerer geworden, die Arbeiter zu gängeln. Für die Kommunisten ist es leichter geworden, diese Betrüger zu entlarven. Deshalb kann es jetzt auch nicht nur darum gehen, die gewonnenen Erfahrungen für den Tarifkampf auszuwerten. Vielmehr müssen diese Erfahrungen genutzt werden, um eine einheitliche Klassenfront gegen die Kapitalisten und ihren Staat zu errichten. Dies gilt auch in der Tarifauseinandersetzung.

–J.S.–

Erfolg bei Feinprüf

Mit einem Warnstreik begann am Freitag, dem 15.9., die Belegschaft von Feinprüf (Göttingen) den Kampf für eine Teuerungszulage von 400,– DM. Die Forderung nach einer Teuerungszulage war schon lange in der Belegschaft diskutiert worden.
Die Geschäftsleitung war unter dem Druck des Warnstreiks zu Verhandlungen bereit, worauf die Belegschaft die Arbeit wieder aufnahm. Es wurde erreicht, daß die Vertrauensleute nach jedem Verhandlungsergebnis während der Arbeitszeit zusammentreten, um das Ergebnis beraten und die Belegschaft informieren zu können. Gegen Feierabend ließ die Geschäftsleitung die Verhandlungen platzen und lehnte jede weitere Verhandlung ab.
Am Montag versuchte die Geschäftsleitung mit einem Droh-Flugblatt die Belegschaft einzuschüchtern. Aber diese Manöver erzielten bei der Mehrzahl der Kollegen die gegenteilige Wirkung. Statt eingeschüchtert zu sein, sagten sie: "Jetzt gerade!" Um 14 Uhr stellten sie die Maschinen ab und marschierten zum Verwaltungsgebäude.
Am Dienstag setzte sich in der Belegschaft die Erkenntnis durch, daß weitere Warnstreiks keinen Zweck mehr haben. Die Belegschaft streikte den ganzen Tag. Am Mittwochmorgen versammelten sich die Streikenden wieder auf dem Hof. Wenig später bot die Betriebsleitung Verhandlungen an. Nach einer etwa zweistündigen Verhandlung wurde folgendes Ergebnis festgehalten: Rückwirkend ab 1. September bis zum 31. Dezember ,30 DM auf den Stundenlohn. Falls eine tarifliche Erhöhung in der Zeit erfolgt, werden die 30 Pfennig angerechnet. Die Streikzeit von Freitag und Montag wird bezahlt, die acht Stunden vom Dienstag nicht. Eine einmalige Zulage von 60,– DM für alle.
Bei der Verhandlung hatte die Geschäftsleitung der Zulage von 60,– DM als Ersatz für die offizielle Bezahlung der Streikzeit zugestimmt. Die 60 DM sollten aber an alle bezahlt werden. Dadurch aber hatte die Geschäftsleitung erreicht, daß die Streikzeit faktisch nicht bezahlt wird und diejenigen, die nicht mitgestreikt hatten, noch dazu prämiert wurden. Als die Vertrauensleute das Ergebnis in den Abteilungen verbreiteten, wurden die Maschinen wieder abgestellt und die Belegschaft versammelte sich erneut auf dem Hof. Doch es bestand keine Einheit über das weitere Vorgehen. Während einige Kollegen den Standpunkt vertraten, daß man die Bezahlung der Streikzeit verlangen müßte, waren andere nur dagegen, daß diejenigen, die nicht mitgestreikt hatten, auch die 60 DM erhalten sollten. Als der Betriebsratsvorsitzende in dieser Situation den Vorschlag machte, daß er diejenigen, die nicht mitgestreikt hatten, auffordern würde, die 60 DM der Feinprüfhilfe zu spenden, bröckelte die Streikfront mehr und mehr ab und die Bezahlung der Streikzeit konnte nicht durchgesetzt werden.
Alle, die nicht mitstreikten, haben die 60 DM gespendet und viele von ihnen erklärten, daß sie das nächste Mal dabei wären.

–nach einem Bericht der Betriebszelle Feinprüf des KBW–

Chemie: Streik bei Clouth

"IN GRIECHENLAND EIN GROSSES WERK BAUEN UND HIER AM WEIHNACHTSGELD SPAREN WOLLEN, DAS KOMMT NICHT IN DIE TÜTE. WIR WOLLEN 130 STD. EFFEKTIV."

Nur die 1,4 % mehr gegenüber Metall beim Chemieabschluß im März verhinderten bis jetzt selbständige betriebliche Kämpfe der Chemiearbeiter für mehr Lohn. Doch angesichts der unaufhaltsamen Preislawine und des Beispiels der Metallerkämpfe begannen auch in den Chemiebetrieben Diskussionen über Teuerungszulagen. Bei Clouth wurde in einigen Abteilungen 70 DM netto mehr im Monat oder 50 Pfennig mehr pro Stunde gefordert.
In diese Stimmung hinein kam vom Betriebsrat am Montag, dem 3.9. die Nachricht, daß die Geschäftsleitung am Weihnachtsgeld sparen wollte. Nur die tariflich vereinbarten 75 % eines tariflichen Monatslohns (=130 Stunden nackter Stundenlohn) sollten voll ausgezahlt werden. Im letzten Jahr hatte es 50 % eines effektiven Monatslohns als betriebliche Vereinbarung gegeben, so daß viele Kollegen sich in diesem Jahr schlechter standen als im Vorjahr. Als die Kollegen hörten, daß der Betriebsrat mit der Geschäftsleitung über ein höheres Angebot verhandelte, gingen sie um 14 Uhr nach vorn zum Betriebsratsgebäude, um ihre Forderungen vorzubringen. Alle Abteilungen bis auf die Angestellten in der Verwaltung versammelten sich auf dem Hof, deutsche und griechische Arbeiter, Männer und Frauen. Mit einem Schlag waren Resignation und Passivität überwunden. "Jetzt geht es um unsere Groschen, dafür müssen wir kämpfen!" so war die allgemeine Stimmung. Immer wieder wurde die Forderung erhoben: 130 Stunden effektiv als Weihnachtsgeld.
Aufgeregt lief ein Direktor unter den Kollegen herum, um sie zu belabern und an die Arbeitsplätze zurückzuschicken. Die Antwort der Kollegen: **"In Griechenland ein großes Werk bauen und hier am Weihnachtsgeld sparen wollen, das kommt nicht in die Tüte. Wir wollen 130 Stunden effektiv."**
Um 15 Uhr forderte der Betriebsratsvorsitzende Peter Brüll die Kollegen auf, wieder an die Arbeit zu gehen. Die Weihnachtsgeldregelung sollte auf dem Verhandlungswege "erkämpft" werden. Die Kollegen aber ließen sich zurück an die Arbeit schicken, für die meisten war sowieso Schichtschluß und sie gingen nach Hause. Klar war, daß erneut gestreikt werden würde, wenn kein vernünftiges Ergebnis auf den Tisch kam.
Am Dienstagmorgen liefen die Verhandlungen weiter. Damit der Betriebsrat die Forderungen der Kollegen nicht "vergaß", gingen mehrere Abteilungen im Laufe des Vormittags für eine halbe Stunde auf den Hof.
Am Nachmittag wurde das Ergebnis der Verhandlungen bekannt. 173 Stunden Tariflohn für alle Kollegen als Weihnachtsgeld, aber Wegfall der 7,50 DM "Treueprämie" pro Jahr Betriebszugehörigkeit. Über das Ergebnis gab es geteilte Meinungen. Die Mehrheit der Kollegen war damit zufrieden: "Ein guter Kompromiß dank unseres Einsatzes", war ihre Meinung. Nur einige ältere Kollegen, die schon länger als 20 Jahre bei Clouth sind, hätten lieber das Ergebnis von 152 Stunden Tariflohn und 7,50 DM pro Jahr Betriebszugehörigkeit gehabt, den die Geschäftsleitung angeboten hatte. Das wäre für sie mehr gewesen, für die überwiegende Mehrheit der Kollegen aber weniger als jetzt. Und über den Verlust der "Treueprämie" meinten fortschrittliche Kollegen: "Damit streifen wir Arbeiter eine goldene Fessel ab, mit der uns die Kapitalisten an ihren Betrieb binden wollen."

Betriebsaufbauzelle Clouth des KBW

Köln, 9.9. Bericht der Ortsgruppe. Im Zweigwerk bei Ford in Köln-Niehl wurde letzte Woche wieder gestreikt. Die Geschäftsleitung versuchte, die Lücken an den Bändern mit ausländischen Arbeiterinnen aus der Näherei auszufüllen. Die Näherinnen legten aus Protest gegen das unmenschliche Tempo – sie mußten mit weniger Leuten dieselbe Arbeit leisten – die Arbeit nieder. Die Zahl der Beteiligten, der Inhalt ihrer Forderungen und das Ergebnis waren bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt.

Berlin, 17.9. 170 Beschäftigte der Deutschen Industriewerke AG streikten für einen Teuerungszuschlag.

Traunstein, 19.9. Mit einem dreistündigen Sitzstreik haben 600 jugoslawische Kollegen ihrer Forderung nach 450 Mark Teuerungszulage im Siemenswerk bei Traunstein Nachdruck verliehen. Als die Werksleitung ihre Bereitschaft zu Verhandlungen erklärte, wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Der X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas: Ein Sieg des Marxismus–Leninismus

In der Kommunistischen Volkszeitung vom 12. September haben wir schon kurz über die Themen und den Verlauf des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) berichtet. Dieser Parteitag hatte zwischen dem 24.8. und dem 28.8. in Peking stattgefunden. Inzwischen sind die Hauptdokumente des X. Parteitages auch auf Deutsch erschienen (Peking-Rundschau 35/36, sowie als Broschüre der Kommunistischen Gruppe Hamburg) und jedermann kann sich auf Grund eigenen Studiums ein Bild von den Problemen machen, die die KPCh auf ihrem Parteitag behandelt hat. Die chinesischen Kommunisten haben ihren X. Parteitag als einen Parteitag der Geschlossenheit, einen Parteitag des Sieges, einen Parteitag voller Lebenskraft bezeichnet. Das Studium der Dokumente bestätigt nach unserer Auffassung diese Einschätzung voll und ganz.

DIE LINIE DES IX. PARTEITAGES WIRD FORTGESETZT

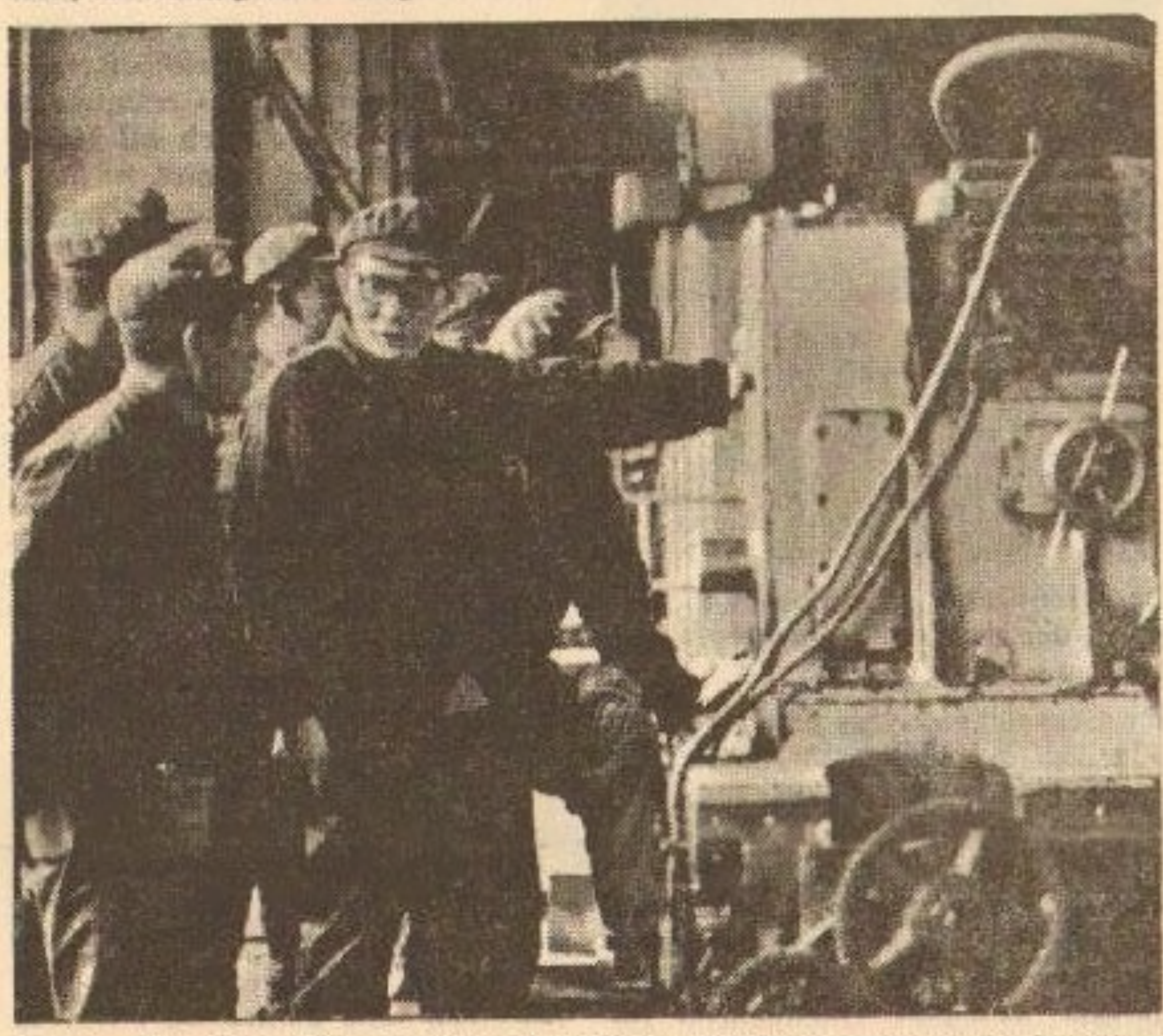
Auf dem IX. Parteitag vom 9.4. bis zum 14.4.1969 hatte die KPCh die Erfahrungen der Großen Proletarischen Kulturrevolution zusammengefaßt, die Linie Liu Schao-tschis kritisiert und erneut die grundlegende Linie und Politik der Partei für die ganze Geschichtsperiode des Sozialismus bekräftigt. Diese ist im Bericht des Zentralkomitees niedergelegt. Dort wird hervorgehoben, was Mao Tse-tung schon 1962 formulierte: "**Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Während dieser Geschichtsperiode des Sozialismus sind Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe immer noch vorhanden; der Kampf zwischen zwei Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, geht weiter, und die Gefahr einer kapitalistischen Restauration bleibt bestehen. Man muß die Langwierigkeit und Kompliziertheit dieses Kampfes erkennen. Man muß die Wachsamkeit erhöhen und die sozialistische Erziehung durchführen. Man muß die Probleme der Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe richtig begreifen und behandeln, die Widersprüche zwischen uns und dem Feind und die im Volk richtig voneinander unterscheiden und behandeln. Andernfalls wird sich ein sozialistischer Staat wie unserer in sein Gegenteil verwandeln, er wird entarten, und es wird zu einer Restauration kommen. Von nun an müssen wir jährlich, monatlich, ja täglich darüber sprechen, damit wir für dieses Problem ein verhältnismäßig nüchternes Verständnis haben und eine marxistisch-leninistische Linie besitzen können.**" In dem Bericht des Zentralkomitees heißt es: "**Diese von Vorsitzendem Mao formulierte marxistisch-leninistische Linie ist der Lebensnerv unserer Partei.**"

Der Bericht des ZK wurde seinerzeit von Lin Biao auf dem Parteitag vorgetragen. In der Zeit nach dem IX. Parteitag wurde gerade von Lin Biao gegen diese Linie verstoßen. Auf dem X. Parteitag berichtete Tschou En-lai, daß es schon während der Fertigstellung des Berichts zu Differenzen im ZK gekommen ist und daß Lin Biao nur widerwillig bereit war, die Linie des Berichts zu vertreten. "Wie wir alle wissen, wurde der politische Bericht an den IX. Parteitag unter der persönlichen Leitung des Vorsitzenden Mao ausgearbeitet. Vor dem IX. Parteitag hatte Lin Biao in Kollaboration mit Tschen Bo-da einen politischen Bericht verfaßt. Sie stellten sich gegen die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats und vertraten die Auffassung, daß die Hauptaufgabe nach dem IX. Parteitag in der Entwicklung der Produktion bestünde. Das war, unter neuen Bedingungen, eine Neuauflage des absurden revisionistischen Geredes, das Liu Schao-tschi und Tschen Bo-da in den Beschluß des VIII. Parteitages eingeschmuggelt hatten. Danach wäre der Hauptwiderspruch im Inland nicht im Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, sondern im 'Widerspruch zwischen dem fortgeschrittenen sozialistischen System und den rückständigen Produktivkräften' zu suchen. Dieser politische Bericht von Lin Biao und Tschen Bo-da wurde selbstverständlich von dem ZK abgelehnt. Lin Biao unterstützte im Geheimen Tschen Bo-da, offen gegen den unter Leitung des Vorsitzenden Mao ausgearbeiteten politischen Bericht aufzutreten; und erst nachdem er damit gescheitert war, nahm er widerwillig die politische Linie des ZK an und verlas auf dem Parteitag den politischen Bericht des ZK. Aber sowohl während des IX. Parteitags als auch nachher setzte Lin Biao, ungeachtet der Ermahnungen, der Zurückweisung und der Rettungsbemühungen seitens des Vorsitzenden Mao und des ZK der Partei ihm gegenüber, seine Verschwörung und Sabotage fort." (Peking Rundschau 35/36, S.20)

Mao Tse-tung hatte bei der Eröffnung den IX. Parteitag unter die Losung gestellt: "**Schließen wir uns zusammen, um noch größere Siege zu erringen!**" Ein fester Zusammenschluß ist nur auf einer richtigen Linie möglich. Lin Biao hat die richtige Linie der Partei nicht anerkannt und landete im Spalter– und Intrigantentum. Lin Biao und sein Schicksal dient nun der chinesischen Partei und den chinesischen Volksmassen als weiterer Ansporn, noch besser zwischen wirklichem Marxismus und Pseudomarxismus unterscheiden zu lernen und noch mehr Aufmerksamkeit dem Kampf zweier Linien in der Partei zu widmen. Diesem Ziel dient die Bewegung zur Kritik an Lin Biao und zur Verbesserung des Arbeitsstils, die schon lange vor dem X. Parteitag eingeleitet wurde und deren Früchte sich auf dem X. Parteitag schon zeigten. "Dank der Bewegung zur Kritik an Lin Biao und zur Verbesserung des Arbeitsstils ist die Linie des IX. Parteitags den Menschen noch tiefer ins Herz gedrungen. Die Linie des IX. Parteitags und die verschiedenen proletarischen politischen Richtlinien der Partei werden noch besser als zuvor in die Tat umgesetzt. Die Arbeit von 'Kampf–Kritik–Umgestaltung' in allen Bereichen des Überbaus hat neue Früchte gezeitigt. Der Arbeitsstil, die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen und an der Massenlinie festzuhalten, ebenso wie die ruhmvolle Tradition bescheiden und umsichtig zu sein und hart zu kämpfen, die alle von Lin Biao sabotiert wurden, werden weiter gepflegt." (Peking Rundschau 35/36, S.18). Der X. Parteitag hat all jenen, die auf eine Änderung der Linie der KPCh spekulierten, klar gemacht, daß davon keine Rede sein kann. Vielmehr ging es in den Jahren zwischen dem IX. und dem X. Parteitag darum, die Widerstände zu überwinden, die sich der Verwirklichung der beschlossenen Linie in den Weg stellten. Der Sieg über die Linie Lin Biaos ist ein Sieg der Linie des IX. Parteitags. Wie tief verankert diese Linie in der KPCh und in den chinesischen Volksmassen bereits ist, zeigt sich daran, daß Lin Biao und seine Anhänger keinen Rückhalt in der Partei und in den Volksmassen fanden, sobald sie erst einmal offen aufs Kampffeld traten. "Die Tatsachen haben bewiesen, daß die parteifeindliche Clique um Lin Biao lediglich aus einer Handvoll Leuten bestand, in der gesamten Partei, in der ganzen Armee und unter dem ganzen Volk aufs Äußerste isoliert war und daher die Situation als ganzes nicht zu beeinflussen vermochte." (Peking Rundschau 35/36, S.18) Das ist ein Zeichen dafür, daß die Partei und das ganze Volk gestählt aus der Großen Proletarischen Kulturrevolution hervorgegangen sind und auch mit neuen Gefahren fertig werden können.

DIE ALLGEMEINEN LEHREN AUS DEM JÜNGSTEN KAMPF ZWEIER LINIEN IN DER KP CHINAS

Der Kampf zweier Linien in marxistisch-leninistischen Organisationen ist keine zufällige, sondern eine gesetzmäßige Erscheinung. Das gilt sowohl vor der proletarischen Revolution als auch nach der proletarischen Revolution. In seinem Bericht faßt Tschou En-lai diese Tatsache folgendermaßen zusammen und erläutert sie an der Geschichte der KP Chinas: "In einem halben Jahrhundert hat unsere Partei zehnmal große Kämpfe zweier Linien erfahren. Der Zusammenbruch der parteifeindlichen Lin Biao–Clique bedeutet keineswegs den Abschluß des Kampfes zweier Linien innerhalb der Partei. Die in- und ausländischen Feinde wissen, daß eine Festung am leichtesten von innen einzunehmen ist. Es ist viel leichter, die Diktatur des Proletariats durch jene Machthaber umzustürzen, die sich in die Partei eingeschlichen haben und den kapitalistischen Weg gehen, als daß die Grundherren und Kapitalisten selbst ins Rampenlicht treten, zumal diese in der ganzen Gesellschaft schon in üblem Ruf stehen. Selbst wenn in Zukunft die Klassen aufgehoben worden sind, bleibt der Widerspruch zwischen dem Überbau und der ökonomischen Basis und der Widerspruch zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften weiter bestehen. Und der Kampf zwischen zwei Linien, der diese Widersprüche widerspiegelt, d.h. der Kampf zwischen dem Fortschrittlichen und dem Rückständigen und zwischen dem Richtigen und dem Falschen, wird weiter existieren. Hinzu kommt, daß die sozialistische Gesellschaft eine ziemlich lange geschichtliche Epoche umfaßt." (Peking Rundschau 35/36, S.20)



In allen Betrieben Chinas, unter allen Teilen des Volkes, wurde der Parteitag breit vorbereitet und die Ergebnisse anschließend diskutiert.

Das gesetzmäßige Auftreten des Kampfes zweier Linien ist "vom Willen der Menschen unabhängig". Daß Widersprüche auftreten, kann die Partei nicht verhindern. Verhindern kann die Partei nur, daß die falsche Linie in diesem unvermeidlichen Kampf den Sieg davonträgt. Damit das nicht geschieht, müssen sich alle Genossen der Partei "innerlich gut auf den künftigen langwierigen Kampf vorbereiten und es verstehen, den größten Nutzen aus der jeweiligen Lage zu ziehen und den Kampf zum Sieg des Proletariats zu führen, wie sehr auch die Klassenfeinde ihre Taktik ändern mögen." (Peking Rundschau 35/36, S.21) Da der Klassenfeind ständig seine Taktik ändert, müssen die Marxisten-Leninisten "darauf achten, daß eine Tendenz eine andere überlagern kann." Während man die bürgerliche Linie in der einen Gestalt bekämpft, kann sie unter einem anderen Deckmantel schon zu einem neuen Ansturm auf die richtige Linie und Politik der Partei ansetzen. Genau diese Erfahrung hat sich in der Kulturrevolution und in der Zeit nach dem IX. Parteitag bestätigt. Während Lin Biao an der Spitze des Kampfes gegen die bürgerliche Linie Liu Schao-tschis zu stehen schien, verkörperte er doch nur eine andere Spielart derselben bürgerlichen Linie. Damit die Partei sich durch überraschende Wendungen nicht überrollen läßt, muß sie entsprechend folgender Devise arbeiten: "**Den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren; sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben; offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen.**" Mit dieser Devise hat Mao Tse-tung die Kriterien zur Unterscheidung der richtigen von der falschen Linie aufgezeigt und die drei Grundprinzipien genannt, die jeder Marxist-Leninist einhalten muß. Wenn die Mehrheit nicht rechtzeitig eine falsche Tendenz erkennt, weil diese durch eine andere überlagert ist, dann darf dem Kampf dennoch nicht ausgewichen werden: "Wenn uns eine falsche Tendenz wie eine steigende Flut entgegenschlägt, dürfen wir uns nicht vor dem Isoliertwerden fürchten, sondern müssen den Mut aufbringen, gegen die Strömung anzukämpfen und ihr die Stirn zu bieten. Vorsitzender Mao hat festgestellt: 'Gegen die Strömung anzukämpfen ist ein Prinzip des Marxismus-Leninismus'." (Peking Rundschau 35/36, S.21f.)

Der Marxismus-Leninismus kann erfolgreich gegen falsche Strömungen ankämpfen, weil er die Tendenz ver-

ankämpfen, weil er die Tendenz ver-

tritt, die letzten Endes siegen wird: die proletarische Weltrevolution. Daß der Marxismus-Leninismus auch in den schärfsten Kämpfen den Sieg davonträgt, wenn sich die Kommunisten wirklich von ihm leiten lassen, zeigt die Geschichte der KP Chinas: Trotz der zehnmaligen scharfen Kämpfe innerhalb der Partei und der heftigsten Angriffe der Bourgeoisie auf diese Bastion der Weltrevolution konnte die Partei weder gespalten noch zerschlagen werden. Aus jedem Kampf ging sie gestärkt hervor. In jedem Kampf sammelte sie neue Erfahrungen, die sie für die folgenden Kämpfe stärkten.

DER X. PARTEITAG HAT DAS STATUT DER KP CHINAS AUF DIE HÖHE DER BISHERIGEN ERFAHRUNGEN IM KLASSENKAMPF UND IM KAMPF ZWEIER LINIEN GEBRACHT

Der X.Parteitag hat einige Veränderungen an dem Statut der Partei vorgenommen, das auf dem IX.Parteitag verabschiedet worden war. Das neue Statut zieht noch eindeutiger die Lehren aus der Kulturrevolution und dem Kampf zweier Linien in der Partei als das bisherige. Die augenfälligste Veränderung ist die Streichung der Passage über Lin Biao im allgemeinen Teil des Statuts. Dabei handelt es sich um mehr als die Streichung eines Namens. Vielmehr ist auch diese ersatzlose Streichung Ausdruck der Erfahrungen im Kampf zweier Linien und nicht nur Ausdruck der Erfahrungen mit einer bestimmten Person. Auf die richtige Linie kommt es an und erst in zweiter Linie auf Personen. Im alten Statut wurde die richtige Linie prinzipiell an bestimmte Personen gebunden. Im neuen Statut werden keine Personen festgehalten, sondern die Gesetzmäßigkeiten des Kampfes zweier Linien und die Lehren, die alle Genossen daraus ziehen müssen. Nicht ein Nachfolger Maos wird statutenmäßig festgelegt, sondern die Notwendigkeit für alle Genossen, die Kontinuität der richtigen Linie der Partei zu gewährleisten und "Millionen von Fortsetzern der revolutionären Sache des Proletariats" heranzubilden.

Dies ist eine wichtige positive Änderung des Statuts, die durch den jüngsten Kampf gegen Idealismus und Metaphysik in der ganzen Partei vorbereitet worden ist. Sie schafft die statutenmäßigen Bedingungen, daß die richtige organisatorische Linie des IX. Parteitags noch besser in die Praxis umgesetzt werden kann. Im Vergleich zum auf dem IX. Parteitag angenommenen Statut ist das neue Statut hauptsächlich "um die Erfahrungen des Kampfes zwischen den zwei Linien bereichert worden, was zugleich ein gemeinsames Merkmal der Abänderungsfassungen aus allen Landesteilen" gewesen war, die vom Parteitag erarbeitet worden sind. (Wang Hung-wen, Bericht über die Abänderung des Parteistatuts, Peking Rundschau 35/36, S.31)

In seinem Bericht über die Abänderung des Parteistatuts faßt Wang Hung-wen diese Abänderung in sechs Punkte zusammen. Diese Punkte betreffen die Große Proletarische Kulturrevolution, wobei festgehalten wird, daß "Revolutionen dieser Art" in Zukunft noch mehrmals durchgeführt werden. Damit wird die Gesetzmäßigkeit von Revolutionen dieser Art festgestellt. Es wird die Kritik am Revisionismus zur Pflicht jedes Parteimitglieds erklärt, die Notwendigkeit, gegen die Strömung anzukämpfen und falsche Tendenzen mit Hilfe des Marxismus-Leninismus rechtzeitig zu erkennen, herausgearbeitet. Die Aufgabe, Fortsetzer der Revolution im Massenumfang heranzubilden, die einheitliche Führung der Partei und den traditionellen Arbeitsstil der Arbeit zu entwickeln und am proletarischen Internationalismus festzuhalten, sind weitere Punkte, die im neuen Statut noch besser festgelegt werden als im alten. Das neue Statut hält nicht nur fest, daß die Zukunftsperspektiven glänzend sind, sondern auch, daß der Weg voller Windungen und Wendungen ist. Das jetzige Statut ist ein guter Wegweiser, um sich in diesen Windungen und Wendungen zurechtzufinden und eine gute Waffe, um alle falschen Tendenzen früh zu erkennen und wirksam zu bekämpfen.

DER X. PARTEITAG HAT DIE FALSCHEN HOFFNUNGEN DER IMPERIALISTEN UND SOZIALIMPERIALISTEN ZERSCHLAGEN

Schon immer haben die Imperialisten gehofft, die Entwicklung des Klassenkampfes und der inneren Widersprüche in China würde ihnen eine günstige Gelegenheit bieten, Aggressionsakte gegen die Volksrepublik China durchzuführen und die Diktatur des Proletariats in diesem Land zu stürzen. Seitdem in der Sowjetunion die Revisionisten und damit die Bourgeoisie die Macht erobert und das erste sozialistische Land in eine sozialimperialistische Macht verwandelt haben, sitzen auch dort Leute an der Spitze des Staates, die sich solchen Hoffnungen hingeben. Immer wenn eine falsche Linie in der KP Chinas auftritt, kann man sicher sein, daß die Bourgeois aller Spielarten mit großer Sehnsucht auf den Sieg dieser falschen Linie warten, versuchen, zu ihren Gunsten einzugreifen und aus der Auseinandersetzung ihren Vorteil zu schlagen. Aber der Kampf zweier Linien hat die KPCh und die VRCh nicht geschwächt, sondern stets gestärkt. Gerade deshalb haben auch die Revisionisten in aller Welt sofort nach dem X. Parteitag aufs Neue ein großes Geheul angestimmt, weil ihre Hoffnungen wieder einmal betrogen worden sind. Aber sie werden diese Hoffnungen niemals aufgeben, solange sie existieren. Im Gegenteil: Vielleicht werden sie sogar versuchen, durch einen Angriff von außen die

X.Parteitag

(Forts. v. S.10)

Probe aufs Exempel zü machen. Sollten sie das versuchen, dann treffen sie auf keinen unvorbereiteten Gegner. Auf die Möglichkeit eines solchen Angriffs hat sich die KPCh eingestellt. Daß bei einem solchen Angriff die ganze Arbeiterklasse und das ganze chinesische Volk geschlossen hinter der KPCh stehen würde und daß der Angreifer auf keinerlei Spaltung der Arbeiterklasse und des Volkes rechnen darf, das wissen zumindest die westlichen Imperialisten, die in mancher Hinsicht bezüglich der Entwicklung Chinas mehr Klarsicht an den Tag legen als ihre sozialimperialistischen Widersacher und Konkurrenten. Während die Presse der Revisionisten aller Länder viel von der angeblichen Instabilität der Lage in China daherfaselt, hat die imperialistische Presse solche Illusionen zumindest vorübergehend aufgegeben. In der Sicht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, einem Zentralorgan der westdeutschen Bourgeoisie, liest sich diese Einsicht beispielsweise so:

"Die Selbstverständlichkeit, mit der Chinas Massen die Liste ihrer neuen Führer, die personelle Ab- und Aufwertung im Zentralkomitee, den Lagebericht Tschu En-lais und das neue Parteistatut samt seiner Kommentierung durch den jüngsten Parteistern Wang Hung-wen akzeptieren, ist ungekünstelt. Um das zu erkennen, muß man nur einmal ins Land fahren, ohne amtlichen Führer und Programm, was zwar ein engbegrenztes Privileg der in China ansässigen Beobachter ist, aber doch eins, das sie den 'China-Watchers' (China-Astrologen) jenseits der Grenzen voraushaben. Ein Klima heiterer Zufriedenheit herrschte schon Wochen vor dem Kongress. Und diese Lockerung der spartanischen Uniformität, spürbar an einem leichteren Ton und größerer Aufgeschlossenheit, hält sich auch in den Wochen danach wie der seidenblaue Pekinger Spätsommerhimmel."

Der gute Mann hat einen Windhauch der revolutionären Selbstsicherheit eines großen Volkes mitgekriegt. Er kann sich zwar nicht erklären, woher der Windhauch kommt, aber immerhin, er kann ihn feststellen. Tatsache ist, daß in China die Politik aufgehört hat, für die breiten Volksmassen ein Buch mit sieben Siegeln zu sein, daß die Massen nicht nur unbewußt die Geschichte machen wie überall, sondern daß sie unter Führung der KP Chinas bewußt die Geschichte machen. Weder das Datum noch die Ergebnisse des X. Parteitags waren für die chinesischen Volksmassen überraschend, waren sie doch an der monatelangen Vorbereitung direkt beteiligt und faßte der Kongreß doch gerade die Erfahrungen zusammen, die die Volksmassen selbst gemacht haben. Es ist die Heiterkeit der proletarischen Demokratie, die den FAZ-Korrespondenten verblüfft. – J.S. –

In einem späteren Artikel werden wir auf die Einschätzung der internationalen Lage durch den X. Parteitag eingehen und die darauf basierende Außenpolitik der Volksrepublik China.

Außerdem werden in den nächsten Nummern Berichte von westdeutschen Arbeitern und Intellektuellen folgen, die in jüngster Zeit die Volksrepublik China besucht haben.



Unter Führung der Patriotischen Front wird das Volk von Laos die endgültige Freiheit erringen

Thieus neue Kleider

Ein weiterer Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht des vietnamesischen Volkes – Thieu schaltet jede Opposition in Senatswahlen aus. Am 26. August führte Thieu in den von ihm besetzt gehaltenen Gebieten Senatswahlen durch. Thieus Kandidaten "gewannen" diese Wahl mit 92 % Ja-Stimmen der Wahlberechtigten. Neutralistische Kräfte und die Provisorische Revolutionäre Regierung haben den Wahlbetrug scharf verurteilt und boykottiert.

Thieu hatte die Opposition durch ein neues Wahlgesetz vorher ausgeschaltet. 26 Parteien waren verboten worden und außer seiner "Demokratischen Partei", die nach der französischen Zeitung 'Le Monde' vom 19.5. "mehr und mehr mit der Regierung identisch" ist, nur noch eine symbolische Oppositionspartei zugelassen. Damit waren die An Quang Buddhisten, die eine wichtige Kraft darstellen, die katholische Opposition und andere neutralistische Kräfte ausgeschaltet. Die Provisorische Revolutionäre Regierung zu wählen, ist natürlich bei Todesstrafe verboten.

Den Wahlen selbst versuchte Thieu den Anstrich von Demokratie zu geben: es gab 4 Wahllisten von Kandidaten, die sich für die 31 Senatssitze bewarben. 2 der Listen waren offen für Thieu, eine war Thieus eigene "Demokratische Partei" und eine war die Liste "Weißer Elefant" angeführt von Thieus Außenminister Tran Van Lam. Die anderen beiden Listen wurden von unbekannteren Kreaturen Thieus angeführt. Ein amerikanischer Journalist kommentierte sie damit: "Es war, als ob wir in den USA vier Parteien hätten, angeführt von Nixon, Kissinger, Laird und Haig."

"Auf Befehl von Präsident Nguyen Van Thieu wurden die Dorf-Kader, die als Rückgrad des Pazifierungsprogramms Saigons errichtet wurden, in Organisatoren für Thieus neue Demokratische Partei umgewandelt ... Die Helfer und Führer von Präsident Thieus Demokratischer Partei bestehen darauf, daß dieser neue Einsatz der Kader, die durch 3 Millionen Dollar US-Hilfe unterstützt werden, notwendig ist, um eine politische Massenorganisation zu schaffen, die mit den Kommunisten in zukünftigen nationalen Wahlen konkurrieren kann."
(New York Times, 11.Juni 1973)

Die hohe Wahlbeteiligung, mehr als bei der 1-Mann-Präsidentschaftskandidatur 1971, wo Thieu 89,7 % der Stimmen bekam, ist darauf zurückzuführen, daß jedem Vietnamesen in Thieus Herrschaftsbereich eine Wahlkarte ausgehändigt wurde. Jeder, der nach der Wahl keinen Vermerk über seine Wahlbeteiligung nachweisen kann, erwartet Gefängnisstrafe.

Diese Wahlfarce schaltete nunmehr auch im Senat die bisher noch existierende Opposition aus und öffnet Thieu den Weg zur "legalen" Verfassungsänderung, die er braucht, um sich 1976 ebenfalls "legal" zum dritten Mal zum Präsidenten wählen lassen zu können.

Das Marionettenregime handelt damit so, als wäre niemals eine Waffenstillstandsvereinbarung geschlossen worden. Diese legt nämlich fest, daß nicht Thieu, sondern ein Rat der Nationalen Eintracht und Versöhnung Wahlen in Südvietnam zu organisieren hat – seine Bildung sabotierte Thieu bisher erfolgreich. Weiter legt das Abkommen richtig fest, daß als Voraussetzung für die Durchführung freier Wahlen, in denen die Bevölkerung Südvietnams seinem Recht auf Selbstbestimmung Ausdruck verleihen kann, der Waffenstillstand wirklich eingehalten wird, die demokratischen Rechte des Volkes hergestellt und die politischen Gefangenen freigelassen sind. Davon kann bei der faschistischen Diktatur Thieus, wo die Repression und die Angriffe auf die befreiten Gebiete ständig zunehmen, keine Rede sein. Aber Thieu sieht in "sofortigen Wahlen" den "besten Weg, um die Kommunisten zu schlagen" (AFP 30.5.73).

Nachdem er jegliche wirkliche Opposition ohnehin mit seinem faschistischen Terror zu unterdrücken versucht, geht es ihm darum, schrittweise auch seine Konkurrenten um Macht und Pfründe innerhalb der Marionettenclique auszuschalten.

Gleichzeitig ist er als Marionette der Imperialisten auf deren Stützung angewiesen und diese wiederum auf die Duldung durch ihre Völker. Deshalb zwingen sie Thieu, seiner Diktatur einen "demokratischen und legalen" Mantel umzuhängen. Thieu demonstriert nur offener als sie selber, daß Wahlen, Demokratie und Selbstbestimmung für die Imperialisten nur Mittel sind zum Betrug und zur Unterwerfung der Völker und zur Aufrechterhaltung ihrer Diktatur. Er liefert einen neuerlichen Beweis für die Wahrheit, daß wirkliche Selbstbestimmung und Wahl einer Regierung des Volkes erst möglich wird, wenn die Macht der Imperialisten endgültig gebrochen ist.

Thieu und die US-Regierung dokumentieren, daß sie freiwillig niemals die Rechte des vietnamesischen Volkes respektieren werden. –H.L.–

Laosabkommen unterzeichnet

FRIEDENSABKOMMEN UNTERZEICHNET – EIN GROSSER SIEG DES LAOTISCHEN VOLKES

Nach jahrzehntelangem Krieg haben die laotische Patriotische Front Pathet Lao (PL) und die Marionettenregierung der USA unter Souvanna Phouma ein Friedensabkommen unterzeichnet, das die Bildung einer Koalitionsregierung vorsieht, einer provisorischen Regierung der nationalen Einheit, die freie Wahlen vorbereiten soll, in denen sich das laotische Volk seine Regierung selber wählt.

"Die Pathet Lao soll unter anderem das Außenministerium, das Wirtschaftsministerium und Planungsministerium, sowie die Ressorts Information und Kultur erhalten." (Süddt.Zeitung vom 15./16.9.73) Prinz Souvanna Phouma wird der neue Premierminister sein, Prinz Souphanouvong, sein Halbbruder und Führer der laotischen Befreiungsfront wird Vizepremier.

Zur Zeit ist Laos in zwei Teile geteilt; die Pathet Lao hat über 80 % des Landes befreit, vom amerikanischen Marionettenregime werden nur die größeren Städte des Landes kontrolliert.

Ein wichtiger Erfolg ist die Durchsetzung der Stationierung von Einheiten der Befreiungsarmee in Vientiane, der Hauptstadt von Laos (1 000 Soldaten und 500 Polizisten). Sie sollen den neutralen Status der Hauptstadt dokumentieren und die Regierungsmitglieder des Pathet Lao schützen. Ein weiterer Sieg ist die Bestimmung des Abkommens, daß alle ausländische Truppen, darunter US-Soldaten, -Spezialisten, -Berater, -CIA-Agenten, tausende thailändischer Söldner Laos innerhalb von 60 Tagen verlassen müssen.

Der US-Imperialismus ist auch in Laos am umbeugsamen Widerstand des Volkes gescheitert!

Die Herstellung des Friedens in Laos dokumentiert das Scheitern des US-Imperialismus in seiner 20-jährigen Angriffsstrategie. Die Einmischung der USA geht zurück bis auf Truman, der 1950 Frankreich beim Versuch unterstützte, Laos wieder zur Kolonie zu machen. Nach der Niederlage des französischen Imperialismus 1954 intervenierten die USA direkt. Seit etwa 1960 begannen die USA heimlich mit der Rekrutierung, Ausbildung, Bewaffnung und Finanzierung einer eigenen Söldnerarmee aus Bergstämmen, indem sie kulturelle und sonstige Widersprüche zwischen den Stämmen ausnutzten für die Beschaffung von Kanonenfutter für den Krieg der Imperialisten.

1964 begannen die USA ihre 'heimlichen' Bombardierungen. Nach Angaben des Pentagon (US-Kriegsministerium) warfen sie auf Laos von 1964-1973 3 Millionen Tonnen ab. Lange Zeit war Laos das am heftigsten bombardierte Land Indochinas, wobei die US-Regierung gleichzeitig die Lüge verbreitete, die Neutralität von Laos zu respektieren und keine Angriffe durchzuführen. Von ihren befreundeten imperialistischen Regierungen wurde sie dabei voll unterstützt.

Erst 1970 gelang es, diesen 'heimlichen Krieg' vor dem amerikanischen Volk und den anderen Völkern der Welt wirklich aufzudecken.

Die Neo Lao Haksat (Pathet Lao oder Laotische Befreiungsfront) führte den Widerstandskampf des laotischen Volkes bereits seit 1940 gegen die französische Kolonialmacht. Ab 1954 hatte sie über 2/3 des Landes befreit. Die US-Imperialisten haben darauf durch Bombenteppiche weite Landstriche unbewohnbar gemacht, wie die Ebene der Tonkrüge und von 3 Millionen Gesamtbevölkerung 800 000 zu Flüchtlingen gebombt. Die Laotische Befreiungsfront hat jedoch trotz der Bombardierungen und Schwierigkeiten des Krieges den Aufbau der laotischen Gesellschaft vorangetrieben, 60 ethnische Gruppen geeint, wirtschaftliche Reformen im ganzen Land durchgeführt. Fabriken und Schulen wurden in Höhlen in den befreiten Gebieten gebaut, die Felder bei Nacht bestellt.

Das jetzige Friedensabkommen und die Koalitionsregierung sind nicht die ersten im jahrzehntelangen Krieg gegen die imperialistische Aggression. Schon zweimal in früheren Jahren (1954 und 1962) hat sich die Pathet Lao auf eine Koalitionsregierung eingelassen. Beide Male hat die USA ihren Zerfall erzwungen, als sich die Entmachtung ihrer Marionetten abzeichnete und versucht, die Vertreter der Befreiungsfront und neutrale Kräfte zu liquidieren. So wurde 1962 auch Souphanouvong festgenommen und konnte nur dadurch entkommen, daß seine Bewachung zum Volk überlief und mit ihm flüchtete.

Auch diesmal werden die Imperialisten und ihre Marionetten versuchen, das Abkommen zu sabotieren, militärisch, wirtschaftliche und politische Sabotage und Druckmittel gegen die Befreiungsfront einsetzen. Mit Sicherheit ist damit zu rechnen, daß die Imperialisten die Durchführung des Abkommens unter dem Vorwand verzögern werden, daß nordvietnamesische Truppen Laos bedrohen würden. Aber die Ausgangssituation ist günstig durch die Kontrolle über die wichtigsten Ministerien für die Organisierung des Aufbaus des Landes, die Heilung der Wunden des Krieges und die Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes.

Die jetzt festgelegte Koalitionsregierung wird freie und demokratische Wahlen vorbereiten, in denen das laotische Volk sich seine wirkliche Regierung selbst wählt.

HERAUSGEBER:
Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Für die REDAKTION verantwortlich: Willfried Maier

Erscheint im Verlag Kommunismus und Klassenkampf VKK
68 Mannheim
Sandhofer Straße 29
Telefon: 0621/37 92 21

DRUCK:
CARO–Druck
69 Heidelberg, Lutherstr. 44a

Die Kommunistische Volkszeitung erscheint regelmäßig 14-tägig mittwochs.
Auflage: 31 000

Zuschriften an die Redaktion der KVZ
68 Mannheim
Sandhofer Straße 29

JAHRESABONNEMENT:
24 Nummern incl. Porto 18.00 DM
FÖRDERABONNEMENT:
24 Nummern 20.00 DM und mehr
Abonnement-Einzelbestellungen auf Konto:
Ernst Ehlert,
Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18

Die Zeitung wurde am Sonntag, 23.9.73, fertiggestellt

Thieu plant neue Offensive

Thieu und die US-Regierung künden einen neuen Schlag gegen die befreiten Gebiete unter der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam an.

Trotz des Waffenstillstandsabkommens vom 27.Januar und dem Zusatzabkommen vom 13.Juni hat Thieu unter Anleitung des amerikanischen Beratersystems seit Januar etwa 150 000 Mal das Abkommen gebrochen. Dabei sind über 30 000 Versuche eingeschlossen, von der PRR kontrollierte Gebiete zurückzuerobern und über 100 000 Polizeiaktionen gegen die Bevölkerung in den von Thieu besetzt gehaltenen Gebieten. Über 40 000 Menschen wurden getötet. In letzter Zeit nehmen die Aktionen immer größeren Umfang an. Nunmehr wollen die US-Imperialisten und ihre Verwaltung in Saigon die Verteidigungsanstrengungen der Provisorischen Revolutionären Regierung gegen die frechen verbrecherischen Überfälle als Vorwand nehmen, um eine weitere Großoffensive anzuzetteln.

So schreibt die Süddeutsche Zeitung vom 15.9.: "Die USA habe in einer von der US-Botschaft in Saigon bekanntgegebenen Protestnote Nordvietnam vor einer Verletzung südvietnamesischen Luftraums gewarnt, die 'ernste Risiken' heraufbeschwören würde." ... "Beobachter sahen in der Note die Drohung mit neuer amerikanischer Intervention zur Luft."

Anlaß sind der Bau und die Ausbesserung von mehreren Flugplätzen und Rakentenabwehrstellungen. Sie sind notwendig, um sich gegen die räuberischen Angriffe der Luftwaffe der US-Marionettenarmee zu verteidigen. Die amerikanischen Kettenhunde in Saigon verkünden schon bestimmte Maßnahmen gegen diese Anlagen. "Der Plan für eine Aktion ist bereits fertiggestellt" (Süddt. Zeitung vom 14.9.73).

In bekannter Weise versuchen diese Kriegsverbrecher und Völkermörder die Verteidigungsmaßnahmen der Völker gegen ihre Angriffe als Kriegshandlungen hinzustellen und als Vorwand zu benutzen, um selber die Verbrechen fortzusetzen.

Gleichzeitig drückt jedoch das jetzige Geschrei auch ihre Angst aus, das vietnamesische Volk und an seiner Spitze in Südvietnam die Provisorische Revolutionäre Regierung könnten vielleicht nicht länger nur defensiv sich den Angriffen aussetzen, sondern auch wieder offensiv zurückschlagen. Deshalb versuchen sie in aller Welt die Lüge zu verbreiten, das Waffenstillstandsabkommen bedeute, die PRR müsse sich wehrlos dem imperialistischen Terror aussetzen. Aber wie können sie davon ausgehen, daß sie ungestraft mit ihren Verbrechen und Vertragsbrüchen unbeschränkte Zeit fortfahren können?

Das vietnamesische Volk wird ihnen die gebührende Antwort erteilen. Es hat gezeigt, daß es nicht bereit ist, die Willkür der Imperialisten und ihrer Knechte hinzunehmen.

Anlaß sind der Bau und die Ausbes- Knechte hinzunehmen.

Indonesien: Der rassistische Terror

"Am Sonntag Abend brachen an allen Ecken der Stadt Bandung urplötzlich Unruhen aus, die Menschenleben kosteten und Eigentum zerstörten. Sie dauerten bis spät in die Nacht hinein an. Nicht kontrollierbare Unruhen, die die Ereignisse vom 10. Mai 1963 weit übertreffen, greifen wieder um sich. Nicht identifizierte Gruppen von 'Demonstranten' (darunter auch Jugendliche) plünderten Läden an den Straßen von Oto-Iskandardinata, Jendral A. Yani, Tegallega und vielen anderen. Die 'Demonstranten' verbrannten Autos, Motorräder und anderes Privateigentum. Sie schlugen blindlings auf Passanten ein und töteten viele von ihnen auf der Stelle" (aus GALA – indonesische Zeitung – vom 6. August 1973).

Diese Passagen stammen aus einem ersten Bericht einer regeirungsfeindlichen Zeitung.

Der Vergleich, den die Zeitung GALA zu den Ereignissen des 10. Mai 1963 zieht, ist nicht aus der Luft gegriffen: Ebenso wie heute richtete sich vor zehn Jahren eine Welle des Terrors in vielen Städten Indonesiens gerade gegen die Indonesier chinesischer Abstammung, gegen Indonesier also, die schon seit Jahrhunderten oder Jahrzehnten in Indonesien ansässig sind. Es ist heute jedem bekannt, daß der rassistische Terror des Jahres 1963 von Agenten des US-Imperialismus inszeniert wurde, um Unruhe zu stiften und den Aufschwung der revolutionären Bewegung des Volkes zu bremsen.

Volkes zu bremsen.

Ähnliches geschieht heute. Die Terroristen machten keinen Unterschied und griffen ausnahmslos alle chinesisch-stämmigen Indonesier an. Sie brannten ihre Häuser nieder, plünderten Geschäfte, brachten Menschen um und vergewaltigten Mädchen.

Die regierungstreue Presse Indonesiens bezeichnete die Terroristen als "die Massen des Volkes" und erklärte, daß ihr Terrorismus "ein Ausdruck des Zorns über die Indonesier chinesischer Abstammung sei, die Reis gespeichert hätten und so die ständig steigenden Reispreise verursacht hätten." Es wird behauptet, die chinesisch-stämmigen Indonesier seien "Parasiten der indonesischen Gesellschaft".

Stimmt es, daß die Terroristen aus den Reihen der Volksmassen kommen? Allen Berichten und Briefen von Augenzeugen können wir entnehmen, daß die Terror-Banden ausgezeichnet organisiert sind; auch können wir entnehmen, daß die Staatsvollzugsorgane wie Polizei und Armee nicht einmal den Versuch machten, sie aufzuhalten, ja – sie waren ihnen sogar freundlich gesinnt. Selbst wenn es wahr ist, daß sich einige Söhne armer Schichten diesen rassistischen Organisationen anschließen, so können wir doch nicht sagen, daß diese Banden aus den Reihen der Volksmassen stammen; das wäre genauso, wie wenn wir sagten, daß die Polizeiorgane der herrschenden Klasse aus den Volksmassen hervorgehen, nur weil der einzelne Polizist oft aus armen Schichten kommt.

Das Volk tritt für die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung ein. Das kann nur erreicht werden, indem es seine eigene politische Macht errichtet und die Produktionsmittel im Interesse des Volkes einsetzt, ganz gewiß nicht durch Plünderung und wahllose Zerstörung. Es ist vollkommen einleuchtend, daß der rassistische Terror den faschistischen Generälen in der Regierung willkommen ist und sie sind auch die eigentlichen, wenn auch verdeckten Urheber und Rädelsführer der reaktionären rassistischen Fanatiker.

RASSISMUS – MITTEL DER IMPERIALISTEN UND IHRER LAKAIEN ZUR SPALTUNG UND SCHWÄCHUNG DES VOLKES

Je mehr und tiefer die ausländischen Monopole vordringen und die Lage der Volksmassen verschlechtern, desto mehr wächst die Unzufriedenheit im Volk.

Auf dem Lande kommt es zu Aufständen der armen Bauern gegen die Grundherren, die sich schnell zur bewaffneten Konfrontation entwickeln. In den Städten bilden sich Bewegungen zum Kampf gegen die Korruption, die Preistreiberei, brechen spontan Streiks und Protestaktionen der Arbeiter aus. Die Mittelklassen – Kleinhändler, mittlere Unternehmer, die Mehrheit der Intellektuellen – leben zwar besser als die breiten Volksmassen, aber ihre Perspektive ist äußerst unsicher, sie verlieren ihre Selbständigkeit, machen bankrott und können leicht arbeitslos werden. In dieser Lage verschärfen sich die Streitigkeiten und der Konkurrenzkampf unter ihnen, sie suchen verzweifelt nach einem Ausweg, um dem Druck der internationalen Monopolkapitalisten zu entgehen; Spekulation, Korruption und das Glückspiel greifen um sich, und oft verfallen diese Leute auch der rassistischen Propaganda.

die Mehrheit der Intellektuellen – le-

Ebenso verschärft sich der Kampf um Profite zwischen den einzelnen Cliquen der herrschenden Klassen selber: Militärs bekämpfen die islamischen Grundherren und Kompradoren, der eine General liegt mit dem anderen in Streit. Jede Clique versucht ihren politischen Einfluß zu stärken.

DER KAMPF DES INDOCHINESISCHEN VOLKES LÄSST SICH NICHT AUFHALTEN UND ABWÜRGEN

Durch die rassistische Hetze kann sicherlich kurzfristig ein Teil der Volksmassen von dem Kampf um die wirklichen Interesssen abgehalten werden.

Aber der Aufschwung der Volkskämpfe in den letzten Jahren zeigt deutlich, daß die Volksmassen ihre Gegner klar erkennen. Der bewaffnete Kampf der armen Bauern in Kalimantan unter Führung der Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI) entwickelt sich schwungvoll im Sinne des Programms für die Volksdemokratie in Indonesien:

"Für jeden Kommunisten und für jeden Sohn und jede Tochter des indonesischen Volkes, die sich nach Befreiung sehnen, ist es klar, daß die hauptsächlichsten und wichtigsten Aufgaben der Revolution sind, die Massen des Volkes aufzurütteln, zu organisieren, zu bewaffnen und zu mobilisieren, die rückständigen indonesischen Dörfer in fortschrittliche revolutionäre Stützpunkte zu verwandeln, in mächtige Bastionen der Revolution, sie in politischer, militärischer, wirtschafltlicher und kultureller Hinsicht zu konsolidieren. Um die indonesische Revolution zu führen, müssen die Arbeiterklasse und die PKI nicht nur fähig sein, den bewaffneten Kampf zu führen, sondern müssen in der Lage sein, eine Einheitsfront aller revolutionären Klassen und Gruppen zu errichten, die gegen Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus sind."

Im krassen Gegensatz zur reaktionären rassistischen Hetze der herrschenden Cliquen formuliert dieses Programm der PKI: "Jeder Bürger, Mann oder Frau, ohne Rücksicht auf seine oder ihre Nationalität oder Herkunft, soll gleiche Rechte genießen."

Auch in den Städten Indonesiens entwickelt sich der Kampf der Volksmassen gegen ihre Unterdrücker. Das städtische Kleinbürgertum und eine Anzahl der Studenten schließen sich

Anzahl der Studenten schließen sich

solidarisch den Protestaktionen der Arbeiter und armen Bauern gegen Korruption, Preissteigerung und politische Entrechtung an. Die breiten Volksmassen folgen nicht dem rassistischen Terror. Teile der Volksmassen können zeitweilig in die Falle der rassistischen Propaganda gehen, aber selbst dann können sie wieder für den Kampf des Volkes gegen seine Unterdrücker gewonnen werden und führen diesen Kampf auch tatsächlich. So wurde z.Bsp. während des rassistischen Terrors am 5.August gleichzeitig die faschistische Propagandazentrale der Regierung, die Presseagentur in Bandung angegriffen und zerstört.

Der siegreiche Weg des indonesischen Volkes in Richtung auf die Volksdemokratie und Unabhängigkeit vom Imperialismus läßt sich durch die organisierte rassistische Hetze der reaktionären Klassen nicht aufhalten. Diesen Weg hat die PKI nach der Niederlage der Revolution 1965-66 gewiesen und sie schreibt am Schluß ihres großartigen Programms:

"Die Kommunistische Partei Indonesiens ruft die Arbeiter, Bauern, revolutionären Intellektuellen, Fischer, kleinen Geschäftsleute, patriotischen nationalen Geschäftsleute und alle Indonesier guten Willens, Männer und Frauen aller Nationalitäten auf, sich eng zusammenzuschliessen und die bewaffnete Revolution aufzunehmen, um die faschistische Militärdiktatur zu stürzen, um auf diese Weise den Weg in Richtung eines freien, demokratischen, neuen Lebens, das zum Sozialismus führt, zu ebnen."

Wir indonesischen Studenten im Ausland begrüssen diese Richtlinie der PKI. Unser Kampf im Ausland ist Teil der Kampfes unseres Volkes für seine nationale Befreiung.

Wir sind zutiefst überzeugt, daß das deutsche Volk gerade aufgrund seiner eigenen Erfahrungen den Kampf unseres Volkes gegen Rassismus, Kolonialismus und für nationale Selbstbestimmung und Freiheit unterstützen wird.

Die PKI hat unsere Meinung ausgedrückt, indem sie schrieb:

"Wir werden niemals vergessen, daß das internationale Proletariat, wenn es sich und seine Nation schon befreien konnte und auch wenn es noch um seine Befreiung kämpft, und daß alle Menschen, die gegen den Imperialismus kämpfen, die Bundesgenossen der kommenden indonesischen Revolution sind."

"Die Solidarität hat die Überzeugung der indonesischen Revolutionäre gestärkt, daß ihr Kampf für nationale Befreiung und der Kampf des internationalen Proletariats für den Sozialismus unauflöslich miteinander verbunden sind."

Eine Gruppe indonesischer Studenten

Seit 1965 ist der faschistische Terror in Indonesien nicht abgerissen. Dieses Bild zeigt eine Szene von den damaligen Verfolgungen und Massakern, bei denen an die 500 000 Menschen umgebracht wurden oder im Kampf gefallen sind, und mit denen die Demokratie beseitigt und die seitdem andauernde Diktatur errichtet wurde.

Ausverkauf der Bodenschätze Südvietnams

Thieu beschleunigt den Ausverkauf der Bodenschätze und Rohstoffe Südvietnams ans imperialistische Kapital – Versteigerung der Ölfelder vor Südvietnams Küste!

Wie die Presse berichtete, wurde am 10.Juli die Versteigerung der Schürfrechte für Erdölvorkommen an der Küste Südvietnams abgeschlossen. Die Ausverkaufsaktion war eine Woche davor durch den Wirtschaftsminister Saigons eröffnet worden.

8 von 13 sich bewerbenden Gesellschaften, alles große Ölkonzerne aus Japan, Europa und hauptsächlich aus den USA, wie Esso, Shell, Mobil Oil, Texaco, Gulf usw., erwarben das Recht auf Ausbeutung der Erdölvorkommen. Dafür müssen sie 2 Millionen Dollar im voraus für jedes Ölfeld (die Küste wurde in 30 Parzellen aufgeteilt) bezahlen. Nach dem Ölgesetz Saigons Nr.001/70 vom 1.12.1970 sollen die Ölkonzerne außerdem 12 % der Verkaufseriöse des Öls als Konzessionsgebühr und 55 % der erzielten Profite als Einkommenssteuer abführen.

Was sich hier abspielt, ist der Ausverkauf der südvietnamesischen Rohstoffe, die bisher durch den Krieg von den ausländischen imperialistischen Monopole nicht ausgebeutet werden konnten. Sie sind nur zu begierig auf diese Rohstoffe, – vor allem nach der sich abzeichnenden Treibstoffknappheit, dem ständig steigenden Rohölbedarf der imperialistischen Armeen in aller Welt, und aufgrund der Tatsache, daß die arabischen Staaten zunehmend ihre nationalen Interessen erkennen, sich der Verschleuderung des nationalen Reichtums widersetzen und einen steigenden Anteil an den Einnahmen der Öl-Konzerne fordern.

Thieu erhofft sich zweierlei von diesem Ausverkauf:

einmal braucht er dringend Geld, um seine Söldner und Knechte bestechen und aushalten zu können, andererseits erhofft er sich von den Investitionen durch die imperialistischen Monopole, daß sie zur Verteidigung ihrer Interessen ihre Regierungen zwingen, daß sie verhindern, daß in Südvietnam das Marionettenregime stürzt und damit die Pfründe der Imperialisten und ihrer Knechte austrocknen. Dieser Ausverkauf ist auch ein klarer Bruch des Waffenstillstandsabkommen vom Januar 1973.

Das Thieu-Regime ist nicht die legale Regierung des vietnamesischen Volkes in Südvietnam und hat kein Recht, den nationalen Reichtum des Landes zu verschleudern. Nach dem Waffenstillstandsabkommen hat jede der beiden Verwaltungen in Südvietnam, die Provisorische Revolutionäre Regierung und das Saigoner Regime nur das provisorische Recht, seine Angelegenheiten in der eigenen Zone zu regeln bis in den vorgesehenen wirklich freien und demokratischen Wahlen eine neue, endgültige und wirkliche Regierung des Volkes in Südvietnam errichtet wird.

Somit haben alle Verträge und Abmachungen nur Gültigkeit solange das Thieu-Regime existiert. Die imperialistischen Monopole werden es deshalb umso verbissener zu erhalten versuchen.

Für das vietnamesische Volk und die zukünftige Regierung in Südvietnam sind sie nicht bindend.

Die Provisorische Revolutionäre Regierung steht eindeutig auf diesem Standpunkt und wird an der Spitze des vietnamesischen Volkes entschlossen gegen die Ausplünderung Südvietnams kämpfen.

Nieder mit dem Thieu-Regime!
Für die Provisorische Revolutionäre Regierung, der einzig legitimen Regierung in Südvietnam!

Armee gegen das Volk

BUNDESWEHR LERNT DEN BÜRGERKRIEG NACH DEN METHODEN DER USA IN INDOCHINA

Aus dem Volkskrieg in Indochina versuchen auch die Militärs der westdeutschen Bourgeoisie Lehren zu ziehen.

Bürgerliche Militärtheoretiker kalkulieren immer mehr das folgende ein: Ein bewaffneter Aufstand des Volkes kann sich nicht nur im afro-asiatischen Raum, sondern auch mitten in Europa, sogar mitten in der BRD entwickeln.

Bereits 1964 schrieb die WELT ohne Umschweife: "In Vietnam läßt sich lernen, wie heute Kriege geführt werden." Im selben Jahr hielt es der CSU-Vorsitzende Strauß für "militärisch nützlich, Offiziere aus der Bundesrepublik zur Ausbildung im Partisanenkrieg nach Südvietnam zu schicken." (Industriekurier, 17.11.64)

Ebenfalls 1964 wurde an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese eine militärpolitische Studie unter dem Titel "die Bestätigung des deutschen Soldaten in der Gegenwart" ausgearbeitet. Dieses Dokument entstand unter Federführung des damaligen Chefs der Führungsakademie, Ulrich de Maiziere, der dann bis Frühjahr 1972 Generalinspekteur der Bundeswehr war. In der Studie, die erst zwei Jahre später bekannt wurde, heißt es unter anderem:

"Für den Geist der Truppe und in Vorbereitung der unvermeidlich auf sie zukommenden großen Aufgaben müssen psychologische Tatsachen geschaffen werden . . . Jetzt bietet sich in Südostasien, vornehmlich in Südvietnam, eine Gelegenheit, die unverzüglich genutzt werden sollte. Eine Bundeswehraktion hätte in verschiedener Hinsicht günstige Folgen. Wenn die USA in Südostasien nicht das Gesicht verlieren wollen, müssen sie schon in allernächster Zeit zu Aktionen schreiten, die klare Verhältnisse schaffen . . . Da das Pentagon sich nicht mehr mit halben Maßnahmen begnügen darf, ist der Sieg gewiß und – was das entscheidenste ist – die Bundeswehr wäre an diesem Sieg beteiligt . . . optisch würde sich ein Sieg der USA und Südvietnams vor der Weltöffentlichkeit so darstellen, als ob er ohne Hilfe und Eingreifen der Bundeswehr gar nicht hätte errungen werden können."

In der Folge studierten dann auch mehrere Parlamentarier und Bundeswehr-Offiziere den "Modellfall Vietnam" an Ort und Stelle. Nach Recherchen der DDR sollen sich zeitweise sogar bis zu 4 000 Westdeutsche im mehr oder weniger bewaffneten Einsatz in Indochina befunden haben. oEnde 1970 schreibt das Hausorgan der westdeutschen Militärs, die Zeitschrift WEHRKUNDE in einer mehrseitigen Studie:

"Die Auseinandersetzung in Südvietnam verlangt die genaueste Aufmerksamkeit nicht nur weil sie uns eine Gelegenheit gibt, die politischen Erfahrungen der USA auf internationaler Ebene zu studieren, sondern auch deswegen, weil aus diesem Konflikt Kenntnisse gesammelt werden können über eine Kampfart, die innerhalb des territorialen Rahmens Westeuropa ebenfalls anwendbar ist."

Eine "unmittelbare taktische Relevanz für Westeuropa" hält die Zeitschrift besonders dann für gegeben, "wenn schwere soziale Unruhen in der Bundesrepublik ausbrächen."

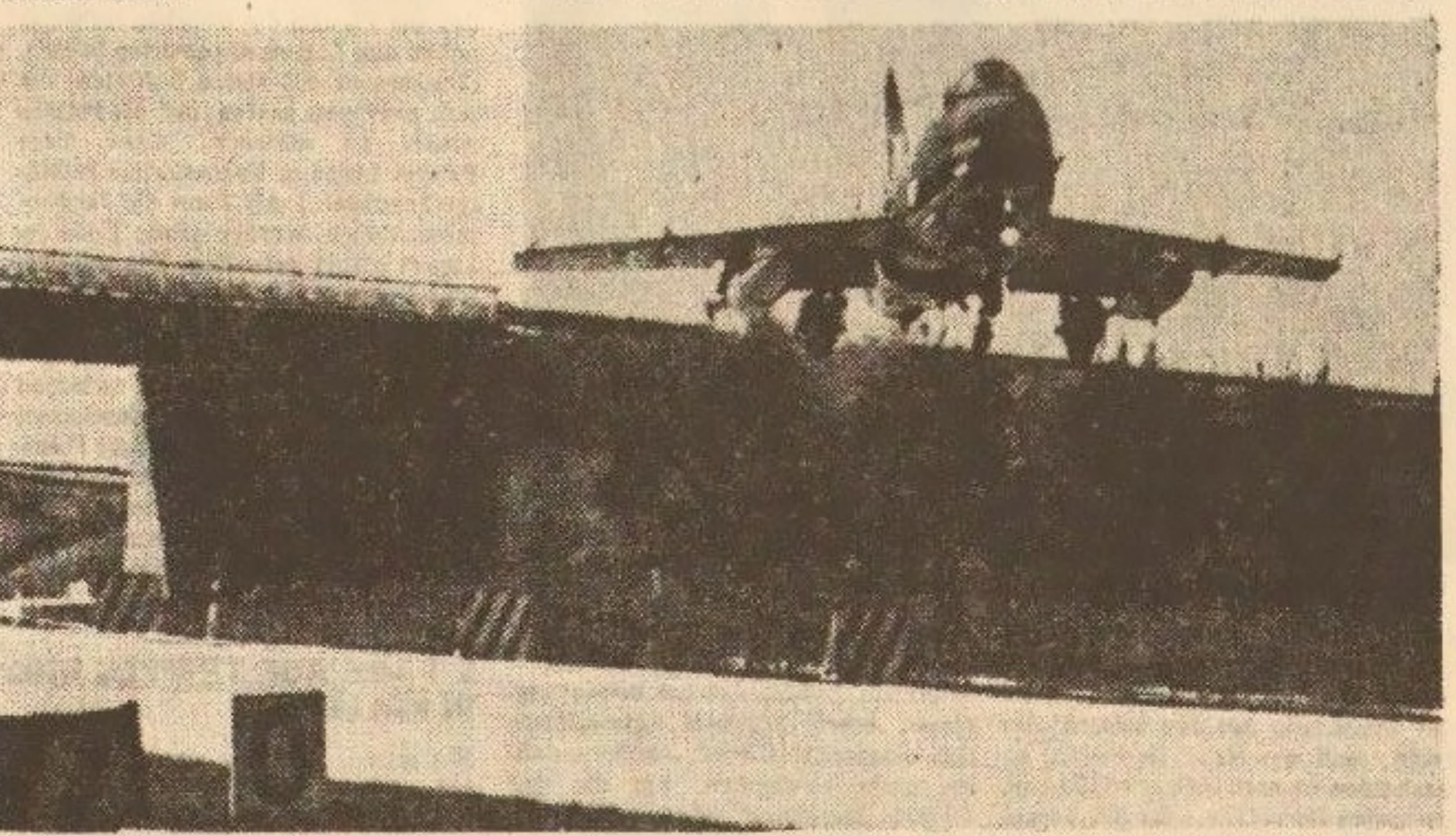
Bei einem Truppenbesuch in der Waldkaserne von Hilden erklärte ein Oberstleutnant 30 staunenden Offiziersanwärtern, man habe bei der Bundeswehr aus dem Vietnamkrieg gelernt, daß die Kampfform in Zukunft subversiv, psychologisch, politisch sei, daß man sich mehr auf die Bekämpfung von Banden einstellen müsse und angemessen zurückzuschlagen habe.

Ein Berufsschullehrer berichtete noch über folgende Aussagen eines anderen Obristen:

"Zunächst gab Oberst Herrmann einen Überblick 'Organisation und Gliederung des Heeres'. Auffällig seine Betonung der Wichtigkeit des Territorialheeres im Unterschied zum Feldheer: Das Territorialheer unterstehe nicht der NATO, sondern dem nationalen Befehl, und es sei im Krieg ungeheuer wichtig, zur 'Sicherung bestimmter Räume', zum 'Kampf gegen Banden', und auch hier unterblieb nicht der Hinweis auf den Vietnam-Krieg und das 'neue Kriegsbild'.

In der Zeitschrift des Bundeswehr-Reservistenverbandes kommt der Oberst im Generalstab Dr. Schroeder zur selben Einschätzung. Er schreibt, "daß mit einer totalen Konfrontation nicht mehr zu rechnen ist. Vielmehr muß die Bundesrepublik sich auf eine Auseinandersetzung vorbereiten, die mit den Mitteln des verdeckten Kampfes geführt wird."

Und auf diesen verdeckten Kampf werden die Soldaten der Bundeswehr auch immer mehr vorbereitet. Diese Vorbereitungen auf den Kampf gegen das eigene Volk sind besonders deutlich geworden in den Fallex- und Wintex-Übungen der letzten sieben oder acht Jahre.



Ein Kampfflugzeug der Bundeswehr startet von einer gesperrten Autobahnpiste. Die Einsatzmöglichkeiten für diese Geräte kann man derzeit in Chile studieren - nicht nur gegen Präsidentenpaläste sondern auf Fabriken, Stadtviertel etc.

Über die Fallex-Übung im Jahre 1966 schrieb der SPIEGEL:

"In Wolfsburg knüppelten Polizisten streikende VW-Arbeiter nieder. Bewaffnete Banden sprengten Staudämme und Leitungsmasten. Kommunistische Agenten wiegelten das Volk auf. Flüchtlingsströme wälzten sich über Autobahnen und Bundesstraßen. Bei den Arbeiterunruhen in Wolfsburg behielt die Polizei gerade noch die Oberhand. Aber am vierten Übungstag verlangen immer häufigere wilde Streiks (beobachtet vom Verfassungsschutz, der aber nicht zum Einschreiten befugt ist) nach gesetzlicher Maßregel.

Als rechte Last erweisen sich die Gastarbeiter. Frühzeitig, wenn es kriselt, bleiben sie ihren Arbeitsplätzen fern und ziehen (wie wohl in der Tat zu erwarten) südwärts Richtung Heimat. Aber das geht nicht ab 'ohne blutige Schlägereien' – zu einer Zeit, da 'die Arbeitsmoral der deutschen Arbeiter' noch 'gut' ist. Kein Zweifel: Eine 'Rechtsgrundlage für Dienstverpflichtung' muß her, womöglich auch für Zugereiste.

Aber trotz aller verordneten Beschränkungen im Bahnreise- und Autoverkehr sind 1,5 Millionen Flüchtlinge unterwegs. Bei Nienburg in Niedersachsen schießen sich Bundeswehr-Einheiten die von Flüchtlingstrecks verstopfte Straße frei.

Wehrkraftzersetzend wirken derweil – in der Phantasie der Übungsplaner – Friedensdemonstrationen in westdeutschen Großstädten, bei denen zum Generalstreik aufgefordert wird. Ein fiktiver Zeitungskommentar (am ersten Übungstag) stimmt die versammelten Bundes-Parlamentarier ein: 'Gestern protestierten sie noch sitzend vor den Kasernen unserer Streitkräfte, morgen werden sie bereits durch Sabotage unsere Soldaten hindern, ihre Heimat zu verteidigen. Es ist an der Zeit, daß diesem Treiben ein Ende gemacht wird.'

Zeitungen erscheinen wegen Vertriebsschwierigkeiten verspätet oder nur örtlich. Aber Rundfunk und Fernsehen können (dritter Übungstag) unverzüglich den 'Verteidigungsfall' melden: Die Bundesrepublik wird angegriffen. Und sie berichten stündlich über neue, schwere Sabotageakte in der Bundesrepublik.

Denn mit einer 'groß angelegten Sabotage-Welle', so lautete die Vorstellung der Fallex-Planer, werde der Feind die Bundesrepublik 'sturmreif machen wollen'. Bewaffnete Banden sind von 'Orange' eingeschleust, weitere Sabotage-Trupps per Fallschirm abgesetzt worden.

Resultat: Großbrände in Geräte-Depots und Versorgungslagern der Bundeswehr und der Nato. Sprengung von Fernsprechzentren, Zerstörungen in der Industrie, Anschläge auf Autobahnen und Bahnstrecken, vereinzelt auch auf Rundfunk- und Fernseh-Sender." (SPIEGEL Nr.46/1967)

Diese groß angelegten Stabsrahmenübungen finden in ähnlicher Form mindestens alle zwei Jahre statt.

Beim letzten Wintex-Manöver im März dieses Jahres wurde unter anderem von folgender Lage ausgegangen:

"In der ganzen Zeit, die den kriegerischen Auseinandersetzungen vorausging, wurde in den Presseberichten dargestellt, wie die Unruhe in der westdeutschen Bevölkerung ständig zunimmt. Im Raum Mannheim/Ludwigshafen wird der Generalstreik ausgerufen. Die beiden Rheinbrücken zwischen Mannheim und Ludwigshafen werden durch Demonstranten besetzt. In Ulm besetzten Demonstranten den Hauptbahnhof und verhindern Truppentransporte in Richtung Osten. In Baden-Württemberg entsteht eine Bewegung, die für Neutralität eintritt. Dabei kommt es zu Zusammenstößen mit US-Truppen in Mannheim, Heidelberg und Frankfurt." (Aus einer Soldatenkorrespondenz des KAJB MA/HD)

Im Juli veranstaltete der wehrpolitische Arbeitskreis der CSU ein sogenanntes Planspiel in Garmisch-Partenkirchen. Teilnehmen waren: CSU-Prominenz, ehemalige Hitler-Generale, Abgesandte des Bundesverteidigungsministeriums, der Polizei und des Bundesgrenzschutzes. Zu den Themen dieser Notstandsübung gehörten die Niederschlagung eines Streikes sowie die Ausschaltung subversiver und linker Gruppen, für die Sicherheitslager, sprich KZ's geschaffen wurden.

Ebenfalls im Juli erklärte die Fachgruppe Soldaten der ÖTV in einem Flugblatt:

"Bei der Stabsrahmenübung 'Römerkastell' vom 24.-29.Mai 1973 probten Soldaten der Bundeswehr im Kampfanzug den Einsatz gegen Soldaten, die im blauen Monteuranzug Arbeiter spielen mußten. Zuvor waren sie bei der 'Lagebesprechung' u. a. darüber belehrt worden, daß bei Henschel in Kassel die Arbeiter ohne Zustimmung der Gewerkschaftsführung streikten und keine Streikbrecher ins Werk lassen."

Dies alles geschieht, ohne daß die Kommunisten dies bisher ausreichend beachtet hätten. Es wird höchste Zeit, daß wir darüber aufklären: nämlich daß die westdeutschen Militärs aus dem US-Krieg in Indochina längst militärpolitische und -taktische Lehren für Europa gezogen haben, und daß die Bundeswehr nach diesem Vorbild auf den Bürgerkrieg gegen das eigene Volk gedrillt wird.

DIE FRIEDENSKRIEGE DER ZAREN

REVISIONISTISCHE GESCHICHTSSCHREIBUNG

Seit Marx und Engels ist es unter den Kommunisten Allgemeingut, daß das zaristische Rußland ein besonders übler Erobererstaat gewesen ist, ein Hort der Konterrevolution und der brutalen Unterdrückung der Freiheits- und Unabhängigkeitsbestrebungen der Völker. Lenin, Stalin und alle Bolschewiki haben diese Eigenschaften des Zarismus immer wieder hervorgehoben und scharf gegeißelt.

Wie die Revisionisten den Marxismus-Leninismus insgesamt und in jeder einzelnen Frage entstellen und in sein Gegenteil verzerren, so gehen die russischen Revisionisten inzwischen auch daran, die gesicherten Erkenntnisse der Marxistischen Geschichtsschreibung umzustoßen, den Zarismus zu beschönigen und in einen Befreier der Völker umzulügen. Es ist wirklich erstaunlich, wie diese neuen Zaren ihre Ahnenreihe aufzupolieren versuchen und dabei jede Scham vermissen lassen. Ein Korrespondent der chinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua hat sich die Mühe gemacht, einige Aussagen von Marx, Engels, Lenin und Stalin über wichtige Ereignisse der russischen Geschichte den Aussagen der heutigen Revisionisten über dieselben Ereignisse gegenüberzustellen. Der vollständige Artikel ist in der Peking Rundschau 35/36 abgedruckt. Er zeigt: Wo Marx, Engels, Lenin und Stalin von Eroberungssucht, von Raub und Unterdrückung sprachen, wo Lenin dem Zarismus "den Weltrekord in der Unterdrückung der Nationen" zuerkannte, da sprechen die revisionistischen Geschichtsschreiber heute von Befreiungs- und Friedenspolitik des russischen Zarismus. Wo der Zarismus blutige Eroberungskriege führte, da sprechen sie von "friedlicher Eingliederung". Sie nennen die zaristische Eroberungspolitik "fortschrittlich" und behaupten, sie habe den Völkern genützt. Von der Einverleibung der Ukraine in das zaristische Rußland sagen sie, diese habe den Ukrainern ermöglicht, sich "von Not und Elend zu befreien und eine neue Periode des glücklichen Lebens zu beginnen."

Der Himmel bewahre die Völker vor solchem Glück, das die neuen Zaren offensichtlich auch gern in die Welt bringen möchten. Aber der Himmel wird's wohl nicht tun. Die Völker werden sich selbst gegen solches Glück verteidigen müssen. Daß sich die russischen Sozialimperialisten inzwischen selbst die Kleider des Zarentums anlegen, bleibt immerhin eine erstaunliche Tatsache. An diesen Kleidern sind sie nun aber leichter erkennbar.

–G.S.–

RÜSTUNGS WETTLAUF -

Nachdem die beiden Supermächte USA und UdSSR ein Abkommen über die Begrenzung strategischer Offensivwaffen geschlossen haben und während in Wien die Vorbereitungen für eine Konferenz über eine Begrenzung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa anlaufen und zugleich in Genf die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa tagt, verstärken alle imperialistischen Mächte, allen voran die beiden Supermächte, ungehemmt die Rüstungsproduktion.

Die militärische Aufrüstung lief selten so auf Hochtouren wie jetzt zu einer Zeit, da alle imperialistischen Regierungen von Entspannung und Abrüstung reden. Nach einem Bericht des Londoner "Instituts für strategische Studien" bemühen sich die beiden Supermächte, die im Rüstungsbegrenzungsabkommen festgelegte Zahl an atomaren Offensivwaffen so schnell wie möglich zu erreichen und gleichzeitig die im Abkommen erlaubten Waffen "moderner, schlagkräftiger und unverwundbarer zu machen." Neue Waffensysteme, die im Abkommen nicht erfaßt sind, werden entwickelt vor allem auf dem Gebiet der Laser-Strahl-Waffen. Auch auf dem Gebiet der konventionellen Waffen wird an Neuentwicklungen gearbeitet. Der militärische Wettlauf der Supermächte läßt nicht nach, sondern verschärft sich.

Die europäischen imperialistischen Staaten verstärken die Rüstung genauso. Nach der Entwicklung des Kampfpanzers Leopard und dem Schützenpanzer Marder hat der Münchener Rüstungskonzern Krauss Maffei bereits mit der Serienfertigung eines neuen Flugabwehrpanzers Gepard begonnen, der den bisher verwendeten amerikanischen FLA-Panzer M 42 ablösen soll. Dieser neue Panzer soll das beste Waffensystem seiner Art sein. Er ist ein Schritt weiter in dem Streben, die Aufrüstung der Bundeswehr und zunehmend aller europäischen NATO-Verbände von amerikanischen Rüstungslieferungen unabhängig zu machen und die fetten Rüstungsaufträge deutschen Rüstungskonzernen zukommen zu lassen. Über 70 % des Rüstungsmaterials der Bundeswehr kommt bereits aus der Produktion westdeutscher Konzerne.

Der Rüstungswettlauf der imperialistischen Großmächte ist immer weniger durch das gegenwärtige internationale Entspannungstheater zu verdecken. Mit dem Rüstungswettlauf wird die tatsächliche Verschärfung der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Mächten immer sichtbarer.

RESERVISTEN

Der Bund der Steuerzahler hat sich darüber beschwert, daß der Reservistenverband aus dem Bundesetat mit 8,8 Millionen DM pro Jahr unterstützt wird. Dagegen weist der Generalsekretär des Verbandes darauf hin, daß es sich lediglich um 7,6 Millionen DM handelt. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" schreibt dazu am 7.9.:

"In Zusammenarbeit mit dem Reservistenverband ist der Bundeswehr sehr daran gelegen, aus dem Kreis der im Mobilmachungsfall nicht beorderten Reservisten solche herauszufinden, die bereit sind, einen Dienstposten im Mobilmachungsheer, das einen Umfang von 700 000 Mann haben würde, zu übernehmen. Die Bundeswehr möchte einen ihr im wesentlichen seines wehrpolitischen Engagements unbekannten Reservisten durch einen solchen ersetzen, von dem aufgrund seiner Mitarbeit im Verband der Reservisten eine positive Einstellung zur Landesverteidigung bekannt ist."

Die Staatsmacht weiß, daß sie sich auf die Masse der Reservisten nicht bedingungslos verlassen kann. Im Reservistenverband will sie eine Handvoll Leuteschinder züchten, und läßt sich das ruhig einige Millionen Mark kosten.

Das Leben in den besetzten Gebieten

BERICHT EINES ARZTES, DER IN EINEM FLÜCHTLINGSLAGER IN DER NÄHE VON BEIRUT ARBEITET

Ein Arzt, der gegenwärtig in einem Flüchtlingslager in Beirut in einer Ambulanz der Demokratischen Volksfront für die Befreiungs Palästinas (FPDLP) arbeitet, schildert in einem Bericht, unter welchen Bedingungen die Men schen in den Lagern leben und mit welchen großen Schwierigkeiten die Widerstandsorganisationen bei der medizinischen und hygienischen Versorgung zu kämpfen haben.

Die FPDLP ist eine marxistisch–leninistische Organisation, die die einseitige nationalistische Ausrichtung des Kampfes für die Befreiung Palästinas, wie sie von T eilen der Widerstandsbewegung verfolgt wird, ablehnt. Sie propagiert unter den palästinensischen Massen die Erkenntnis, daß ihre Feinde nicht nur die israelischen Zionisten sind, sondern genauso die reaktionären arabischen Regimes (wie z.B. Jordanien), die mit den Imperialisten um die Interessen des palästinensischen Volkes schachern und die Organisationen des Widerstandes zu liquidieren versuchen. Die FPDLP kämpft für die breite Mobilisierung der Volksmassen zur Beteiligung am bewaffneten Kampf, gegen spektakuläre Akte individuellen Terrors wie Flugzeugentführungen usw. Sie hat ein Programm für die Bildung einer Nationalen Einheitsfront, die alle Schichten und Klassen des Volkes und alle Widerstandsorganisationen im Kampf vereinen soll, vorgelegt, das inzwischen vom palästinensischen Nationalkongreß anerkannt worden ist. Der Kampf um die Einheit der Widerstandsbewegung ist damit noch nicht beendet. Er wird gegenwärtig gefördert durch die permanenten Liquidierungsversuche der reaktionären arabischen Staaten.

Die palästinensische Widerstandsbewegung entstand als Reaktion auf die im Jahre 1967 fehlgeschlagene Politik zur Befreiung Palästinas, wie sie von den arabischen Staaten betrieben worden war. Die Niederlage im Junikrieg 1967 offenbarte endgültig die Unfähigkeit dieser Staaten, für die Interessen des von Israel vertriebenen und unterdrückten palästinensischen Volkes zu kämpfen.
Die Entstehung der Organisationen des palästinensischen Widerstandes ist Ausdruck des Kampfeswillens der palästinensischen Massen, die den Kampf um ihre Befreiung in ihre eigenen Hände genommen haben.
Die Arbeit der Widerstandsorganisationen in den Flüchtlingslagern hat zu wichtigen Verbesserungen in der Lebenslage der palästinensischen Massen geführt. Die Widerstandsorganisationen organisierten sie im Kampf für ihre elementaren Rechte, wie z.B. ein Haus bauen zu dürfen, menschlich erträgliche sanitäre Anlagen zu bekommen, arbeiten zu können.
Hierzu gehört auch der Aufbau einer ausreichenden medizinischen Versorgung.



Palästinenser demonstrieren für ihre nationalen Rechte
Palästinenser demonstrieren für ihre nationalen Rechte

Einen solchen Versuch hat die
Einen solchen Versuch hat die
libanesische Reaktion erst gerade wieder unternommen. Im Mai wurden die palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon mit Bombenangriffen terrorisiert. T ausende wurden neuerlich obdachlos gemacht, Hunderte starben und wurden verwundet. Dieser Versuch der libanesischen Reaktion, die Flüchtlingslager wieder in ihre Gewalt zu bekommen, ist gescheitert. Die Angriffe haben die Kampfkraft der Palästinenser gestärkt, der gemeinsame Kampf der palästinensischen und libanesischen Volksmassen gegen ihre Unterdrücker hat durch die gemeinsamen Verteidigungs– und Schutzmaßnahmen eine neue Stufe erreicht.
Die Bombenangriffe haben jedoch zu großen materiellen Verlusten geführt, die sich besonders auf die Ernährungslage, die hygienische und medizinische Versorgung der Palästinenser in den Lagern auswirkt.

DIE LAGE DER PALÄSTINENSISCHEN FLÜCHTLINGSMASSEN IM LIBANON

Das Recht, ein Haus zu bauen

Für jedes palästinensische Flüchtlingslager gilt, daß seine entscheidende Entwicklung von der Entfaltung des Widerstandes abhängig war.
Jeder hier im Lager, der die Zeit von 1968 kennt, erinnert sich an die permanenten erniedrigenden Verhöre und Untersuchungen, denen jeder palästinensische Arbeiter von seiten jedes x-beliebigen Polizisten ausgesetzt war, wenn er auf der Suche nach Baumaterial aufgegriffen wurde. "Woher er denn das Geld habe? So so, er wolle sein Haus ausbessern. Dann mußt du erst mal beweisen, daß du soviel Geld verdient hast, oder wo du es sonst her hast."

Das Haus ausbessern oder ein neues bauen, das bedeutete, daß der Arbeiter, die ganze Familie, genügend Geld zusammengespart hatten, um aus den Blechwänden auszuziehen, sie niederzureißen und Steinwände hinzustellen, auf die man später einen Dachgarten draufsetzen kann. Normalerweise lebten sie in Zelten oder in Blechwänden, die sie durch Zerschneiden von Ölkanistern selbst hergestellt hatten. Diese "Häuser" entsprachen also den "Bauvorschriften" der libanesischen Regierung für palästinensische Flüchtlingslager.

DER KAIROER VERTRAG VON 1969

Die Veränderung dieser Lage, die Selbständigkeit und die politischen Rechte, die der Widerstand mit den Massen im Lager erkämpft hat, die Vertreibung der libanesischen Polizei und Bürokratie aus den Lagern, das Recht, sich ein Haus zu bauen, so bescheiden es auch sein wird, ist eine der realen Grundlagen für die Verankerung des Widerstandes unter den Massen.
Diese Rechte wurden nach heftigen politischen und auch bewaffneten Kämpfen in den Kairoer Verträgen von 1969 zwischen der libanesischen Regierung und der PLO festgelegt.

WAFFEN FÜR DAS VOLK

Die Palästinenser in den Lagern haben in den letzten Kämpfen im Mai gesehen, daß diese Rechte, wie sie unter anderem in den Verträgen festgelegt wurden, nur so gut sind, wie das Volk in der Lage und bereit ist, sie zu verteidigen. Der Angriff auf die Autonomie der Lager ist deshalb auf den geschlossenen Widerstand der Massen gestoßen. Der Versuch, die libanesische Polizei wieder durchs Lager marschieren zu lassen, wird als ein Angriff auf jeden Einzelnen, auf jedes Haus gewertet, den man nur geschlossen und um jeden Preis zurückschlagen kann.

HYGIENE, MEDIZINISCH–SOZIALE VERSORGUNG

Mit der Arbeit der Organisationen des Widerstandes wurden gleichzeitig die Verbesserung der sanitären Einrichtungen, der Hygiene und der medizinisch–sozialen Versorgung der Massen im Lager in Angriff genommen.
Im Lager gibt es drei Ambulanzen, die des Palästinensischen Roten Halbmonds, der die besten materiellen und personellen Möglichkeiten hat, die der FPDLP, der ein größeres Haus mit einer kleinen Apotheke, einem Versammlungsraum, einem Verbands– und Untersuchungszimmer zur Verfügung steht, und die der Arabischen Front, wo es ähnlich aussieht wie bei der FPDLP.

Diese beiden Organisationen verzichten nicht, wie der Palästinensische Rote Halbmond, auf die Einheit von politischem und sozialem Kampf. Sie versuchen, die Massen in konkreten Kampagnen nicht nur für ihre politische Linie zu gewinnen, sondern auch ihre soziale Lage zu bessern, die Massen unabhängig zu machen von Caritas, UNWRA (Hilfsorganisation der UNO) oder wie die ganzen imperialistischen Hilfsorganisationen auch alle heißen.
Entscheidend ist gegenwärtig nicht, daß die verschiedenen Organisationen solche medizinischen Einrichtungen aufgebaut haben, daß die Bedeutung dieser Arbeit politisch unterschiedlich eingeschätzt wird, sondern daß sie nicht ausreichen, um die ca. 20 000 Menschen oder 4 000 bis 5 000 Familien, die das Lager beherbergt, zu versorgen. Das hat sich vor allen Dingen während der Kämpfe gezeigt. Seitdem hat sich die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet verbessert.

Das Lager hat weitgehend fließendes Wasser, ein offenes Abwässer- und Kanalisationssystem. Zufahrten zum Lager gibt es nur wenige größere, der Rest sind kleine Wege, zwischen den Häusern hindurch.

Die hygienischen Bedingungen sind also schlecht. Infektionskrankheiten, Darmerkrankungen, Würmer findet man in fast jeder dritten Familie. Dazu kommen verschiedene Kleiderparasiten (Skabies = Krätze), die besonders die Kinder sehr quälen, nachts gemeinen Juckreiz bereiten und die Familien, die meist vier bis acht Kinder haben, vor schwere Probleme stellen.
Außerdem gibt es jede Menge Wundinfektionen, die oft von einem kleinen Schnitt am Fuß ausgehen, den ganzen Unterschenkel befallen und dann den Einzigen in der Familie, der gerade Arbeit hat, arbeitsunfähig machen. Wenn er sich nach 10 bis 20 T agen erholt hat, ist sein Arbeitsplatz an einen anderen vergeben.
Das Recht auf Versorgung im Krankheitsfalle und Schutz vor Entlassung bei Erkrankung, das für die libanesischen Arbeiter und Angestellten erst schrittweise verwirklicht ist, ist für die palästinensischen Arbeiter bis jetzt nicht einmal zur Diskussion gestellt.

AUSWIRKUNG AUF DIE KÄMPFE

Welche Bedeutung hatten die räumlichen und sanitären Verhältnisse und der derzeitige Stand der medizinischen Versorgung während der Kämpfe? Welche Aufgaben stellen sich den verschiedenen Komitees und Organisationen in diesem Bereich?
1. Die Erstversorgung der Verwundeten war nicht ausreichend gesichert, der Zugang zu verschiedenen Teilen des Lagers war oft für mehrere Stunden nicht möglich.
2. Der Abtransport der Verletzten war nicht möglich, wurde dann unter schwersten Bedingungen von teilweise völlig unerfahrenen Menschen vorgenommen und hat manchmal durch falsche Lagerung zu schweren Komplikationen und zusätzlichen Opfern geführt.
3. Die verschiedenen Infektionskrankheiten, Darminfektion und Skabiesbefall haben sich wie der Wind verbreitet. Besonders, nachdem die Menschen wegen der Bomben aus den Lagern heraus mußten und für 9 Tage in Kellern und T reppenhäusern lebten.

DER BOMBENTERROR

Die verschiedenen medizinischen Einrichtungen haben anfangs kaum ausgereicht, um die Verwundeten zu versorgen. Als die Bomben kamen, herrschte erst einmal völlige Verwirrung unter den Massen. Bei den ersten Abwürfen hatte man gesehen, daß die Piloten die Bomben teilweise neben den Lagern abgeworfen hatten. (Zusammen mit vielen Soldaten, die sich geweigert hatten, auf die Palästinenser zu schießen, sitzen diese Piloten heute in libanesischen Militärgefängnissen.) Als dann die Jagdbomber kamen, wurden große T eile des Lagers sofort getroffen. Die militärische Führung der Befreiungsorganisationen entschloß sich, das Lager weitgehend zu räumen. Da das Lager auf der einen Seite mitten zwischen libanesischen und palästinensischen Wohnhäusern liegt, wurden die Familien Schritt für Schritt evakuiert. Die medizinischen Zentren wurden aus dem Lager herausgenommen. Nur durch Zufall blieben die Ambulanzen von den Bomben verschont.

9 T AGE AUF TREPPEN UND IN KELLERN

Ein großer Teil der alten Menschen saß stumm und resigniert in den Ecken, völlig verzweifelt angesichts der neuen Angriffe. Viele von ihnen sind schon drei- oder viermal geflüchtet.
Die Kinder und Frauen waren nervös. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln klappte nur kurze Zeit. Bald klagten die ersten Kinder über Durchfall und Erbrechen. Nur die Säuglinge blieben anfangs verschont, soweit sie regelmäßig Brustmilch bekamen. Skabies-Epidemien brachen aus. Es war fast unmöglich, mehr als symptomatische Behandlungen vorzunehmen. Dann kamen die Erkältungen, Lungenentzündungen, Grippe. Nur in wenigen Fällen war es möglich, die Frauen zu erfassen, die Arbeit aufzuteilen. Ein Teil kocht, ein Teil kümmert sich um die Kinder, ein Teil kümmert sich um die Alten, die bewegt und gelüftet werden müssen. Erst zwei bis drei Wochen später war es einigermaßen gelungen, die Krankheiten zu bekämpfen. Es blieben die Verwundeten, die teilweise noch heute mit den Folgen ihrer Verletzungen zu kämpfen haben.

AUS ERFAHRUNGEN LERNEN

Die Ambulanz der FPDLP wird von einem Komitee geleitet, das gegenwärtig versucht, die Erfahrungen aus den Kämpfen zusammenzufassen und wichtige Schritte zur Organisierung der Massen im Lager einzuleiten. Es hat sich gezeigt, daß ein Teil der Hilfseinrichtungen und Komitees versagt haben, weil keine klaren Vorstellungen bestanden, wie im Fall eines Angriffes vorzugehen ist. So ist es die wichtigste Aufgabe, die Erfahrungen mit den Massen zu diskutieren, um die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.
1. Es müssen Erste-Hilfe-Gruppen gebildet werden, die ausschließlich aus Lagerinsassen bestehen.
2. Die Arbeit in den Kellern und auf den Treppen muß für den Fall neuer Angriffe im Voraus geplant und organisiert werden.
3. Es müssen Bunker gebaut werden; einer ist bereits in Angriff genommen.
4. Die verschiedenen Organisationen müssen sich im Falle eines Angriffes fest zusammenschließen, Schritte dazu sind bereits eingeleitet.
Die Erste-Hilfe-Kurse werden für die Frauen und Mädchen aus dem Lager abgehalten. Diese Kurse werden verknüpft mit Unterricht in allgemeinen Fragen der Hygiene, besonders werden Hygieneprobleme in Bunkern, Kellern, Treppenhäusern und unter Kriegsbedingungen behandelt.
Eine Skabies-Kampagne, die vor den Kämpfen begonnen hatte, soll wieder aufgenommen werden. Sie war bereits vor den Kämpfen erfolgreich. Der Wille gegen diese Parasiten anzukämpfen, ist gewachsen durch die Erfahrungen in den Kellern, wo fast jeder von ihnen gequält worden ist. Wer vor den Kämpfen die Erste-Hilfe und den Verwundetentransport den "Spezialisten" überlassen hat, der sieht jetzt die Notwendigkeit ein, sich an den Kursen zu beteiligen. Vor allen Dingen den jungen Frauen, die noch nicht viele Kinder haben, und den Unverheirateten kommt bei dieser Arbeit besondere Bedeutung zu.

In Hamburg wurden Medikamente gesammelt. Bis jetzt wurden zwei Sendungen im Wert von insgesamt ca. 8 000 bis 9 000 DM zur Unterstützung des Kampfes des palästinensischen Volkes übersandt.

RHODESISCHE SÖLDNER

Nach Berichten der britischen Zeitung "Observer" haben Bodentruppen und Kampfflugzeuge aus dem benachbarten Rhodesien in die Kämpfe in Mozambique eingegriffen, um den Willen der afrikanischen Dorfbewohner zur Unterstützung der Befreiungsorganisation FRELIMO zu brechen. Weiter heißt es darin, daß sie "eine systematische Kampagne zur Tötung von Männern, Frauen und Kindern" unternommen haben. Sie "haben Hütten und Lebensmittellager im Gebiet des Sambesitales verbrannt". Dorfbewohner seien enthauptet worden. Rhodesische Bomber, Düsenjäger und Kampfhubschrauber hätten Dörfer angegriffen. "Die Rhodesier sind einmarschiert, weil sie wie die FRELIMO-Guerillas und die Südafrikaner erkennen, daß Mozambique der Schlüssel für das Überleben oder den Sturz des weißbeherrschten Südens ist", so interpretierte der "Observer" diesen T errorüberfall der rhodesischen Faschisten und Rassisten. B.K.



STÜTZPUNKTE IN PORTUGAL

Der portugiesische Premierminister Caetano erklärte, daß die Befreiungsbewegungen der Kolonien Angola, Mozambique und Guinea-Bissau in Portugal "Brückenköpfe" errichtet haben, mit deren Hilfe sie Propaganda für ihren Kampf betreiben würden. Ein großer Teil des portugiesischen Volkes hat im Kampf für bessere Lebensbedingungen, gewerkschaftliche Rechte und politische Freiheiten auch die Forderung nach bedingungsloser Freigabe der Kolonien aufgestellt. Diese Forderung wird auch gerade in dem vom 28.9. bis 28.10. dauernden Wahlkampf (– nur in dieser Zeit darf die Opposition überhaupt öffentlicht auftreten –) in Portugal eine entscheidende Rolle spielen. Die Verbindung des antifaschistischen Kampfes in Portugal mit dem antikolonialen Befreiungskampf wächst. Darüber kann das Unterdrückungsregime in Portugal mit Caetano an der Spitze nicht mehr hinwegreden.

BRD-Imperialismus in "Portugiesisch"-Afrika

Am 10.7.73 erschien in der britischen Zeitung "Times" ein Bericht von Pater Hastings über ein Massaker, welches die portugiesischen Kolonialisten in der Kolonie Mozambique an den Einwohnern des Dorfes Wirijamu im Dezember 1972 verübt haben (400 Ermordete). Dieses bildet nach dem Bericht des Paters nur eines in der langen Kette von Greueltaten, die an der Bevölkerung systematisch verübt werden. Einige Tage darauf wurde dies auch von spanischen Missionaren bestätigt und von ähnlichen Greueltaten der Kolonialisten in den anderen Kolonien Angola und Guinea (Bissau) berichtet.

Die "Befriedung" der Dörfer, ihre Ausrottung und die Zwangsevakuierung der Bevölkerung in "Wehrdörfern" (aldeamentos), die in Wahrheit riesige Konzentrationslager sind, stellt heute den hauptsächlichen Aspekt der Strategie der Kolonialisten dar. Sie hoffen so der Befreiungsbewegung ihre Basis – das Volk selber – zu entziehen, um sich aus ihrer verzweifelten politischen und militärischen Situation zu retten.

Diese Berichte zwangen die bürgerlichen Parteien in der BRD, ihre Stellung zu den Massakern und zum portugiesischen Kolonialismus darzulegen. Die Reise des CDU-MdB Todenhöfer nach Mozambique auf Einladung der portugiesischen Regierung sollte der Information über die "wahren" Verhältnisse dienen. So berichtete dieser denn auch, daß er keine Konzentrationslager gesehen hätte, dafür aber einige von der FRELIMO (Front zur Befreiung Mozambiques) zerstörte Dörfer. Tatsache dagegen aber ist, daß diese Konzentrationslager von den Kolonialisten errichtet werden, um gerade eine Ausweitung des Befreiungskampfes zu verhindern, der nur auf das Volk gestützt erfolgreich geführt werden kann. Die Stellung der CDU/CSU bestand daher darin, hier in der BRD die nötige Propagandahilfe zu leisten für die Ziele der Kolonialisten.

tugiesischen Kolonialismus darzulegen. Die Reise des CDU-MdB Todenhöfer nach Mozambique auf Einladung der portugiesischen Regierung sollte der Information über die "wahren" Verhältnisse dienen. So berichtete dieser denn auch, daß er keine Konzentrationslager gesehen hätte, dafür aber einige von der FRELIMO (Front zur Befreiung Mozambiques) zerstörte Dörfer. Tatsache dagegen aber ist, daß diese Konzentrationslager von den Kolonialisten errichtet werden, um gerade eine Ausweitung des Befreiungskampfes zu verhindern, der nur auf das Volk gestützt erfolgreich geführt werden kann. Die Stellung der CDU/CSU bestand daher darin, hier in der BRD die nötige Propagandahilfe zu leisten für die Ziele der Kolonialisten.

Die Reaktion der SPD-Führung bestand in der Einladung an den Vizepräsidenten der FRELIMO, Marcelino dos Santos, nach Bonn und in der Verurteilung des portugiesischen Kolonialismus in Worten. Aus der Einsicht heraus, daß die Positionen der portugiesischen Kolonialisten in Afrika schon schwer angeschlagen sind, bemühten sich gerade Wischnewski (verantwortlich für internationale Beziehungen beim SPD-Parteivorstand) und Entwicklungshilfeminister Eppler darum, Beziehungen zu den Befreiungsbewegungen dieser Völker aufzunehmen. Langfristig werden die Kolonialisten von den Völkern sowieso verjagt werden, und die Aufgabe von Eppler besteht darin, im Interesse der westdeutschen Imperialisten auf jeden Fall den Fuß in der Tür zu behalten. Denn die westdeutschen Imperialisten haben wirtschaftlich sehr wohl einiges in diesen Gebieten zu verlieren.

Gerade der Cabora-Bassa-Damm in Mozambique, an dessen Bau BBC, Hochtief, AEG unter anderem beteiligt sind, stellt ein solches imperialistisches Projekt dar. Wischnewski versuchte daher auch, die FRELIMO-Vertreter von der Nützlichkeit dieses Dammes zu überzeugen, indem er die Neutralität der Energiegewinnung betonte. Daß es darum aber nicht geht, ist klar: Entscheidend ist vielmehr, daß der dort billig produzierte Strom in die Republik Südafrika geliefert wird und die dort herrschenden Rassisten daher enormes Interesse an der Fertigstellung dieses Dammes haben, was sich in der Übernahme von militärischem "Schutz" durch südafrikanische Soldaten ausdrückt. Der strategische Stellenwert des Dammes für die weitere Befreiung des Landes ist es also, weshalb die FRELIMO dieses Projekt bekämpft, und nicht, weil sie gegen die Elektrifizierung und Bewässerung des Landes ist. Der Stellenwert, den die Rassisten und Kolonialisten dem Damm zumessen, geht schon aus den gemeinsamen nichtoffiziellen Verträgen hervor, welche zwischen Rhodesien, der Südafrikanischen Republik und Portugal zur militärischen Absicherung geschlossen worden sind. Eine Forderung der FRELIMO besteht deshalb darin, daß die Bundesregierung die 1970 gewährten Hermes-Bürgschaften zum Bau dieses Dammes zurücknimmt.

Doch neben dieser wirtschaftlichen Unterstützung, die die Bundesregierung den portugiesischen Kolonialisten gibt, liefert sie auch Waffen im Rahmen von NATO-Verträgen, die in den Kolonien gegen den gerechten Kampf der Völker eingesetzt werden. Sie pflegt portugiesische Kolonialsoldaten im Bundeswehrlazarett Hamburg–Wandsbek, was offiziell als humanitäre Hilfe deklariert wird. Die Bundeswehr unterhält in Mozambique ein Trainingslager für portugiesische Offiziere.

Jetzt bot die SPD/FDP-Regierung den FRELIMO-Vertretern medizinische Hilfe an. Dos Santos, der Vizepräsident der FRELIMO, wies dieses Angebot entschieden zurück. Dos Santos forderte die SPD/FDP-Regierung stattdessen auf, die militärische Unterstützung Portugals sofort zu beenden.

"Sie wollen Portugal militärische Hilfe und zur gleichen Zeit uns Medikamente geben, damit wir unsere Wunden behandeln können." (Marcelino des Santos)





Ein Bild von einem "Wehrdorf", einem portugiesischen Konzentrationslager für die Bevölkerung von Mozambique.

Konferenz der Blockfreien

Im Mittelpunkt der vierten Gipfelkonferenz der "Blockfreien", die vom 4. bis 10. September in Algier stattfand, stand die Frage, welche gemeinsamen Schritte die versammelten Staaten der Dritten Welt unternehmen können zur wirksameren Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit sowie zum Schutz der staatlichen Souveränität und der Verteidigung gegen die imperialistische Ausplünderung der nationalen Reichtümer. Die Konferenz, an der 75 Staats- und Regierungschefs sowie die Vertreter zahlreicher Befreiungsorganisationen teilnahmen, bestätigte die Tatsache, daß sich der Kampf der unterdrückten Völker in die Breite und Tiefe entwickelt hat: "Staaten wollen die Unabhängigkeit, Nationen wollen die Befreiung, Völker wollen die Revolution" – das brachte die Konferenz klar zum Ausdruck.

Zum Abschluß der Konferenz beschlossen die Teilnehmer eine Erklärung zur politischen und eine Erklärung zur wirtschaftlichen Lage. In der Erklärung zur wirtschaftlichen Lage wird u.a. die Einrichtung eines Unterstützungsfonds für Investitionen, Entwicklungsprojekte und technische Hilfe beschlossen. Dem Fonds kann jeder bündnisfreie Staat beitreten. Außerdem wird in dieser Resolution das Recht auf die Kontrolle ausländischer Investitionen bestätigt, ebenso wie das Recht, das Eigentum ausländischer Gesellschaften zu nationalisieren mit dem Ziel, die Kontrolle über die nationalen Naturreichtümer wiederzuerlangen.

In beiden Erklärungen wird der Imperialismus als das größte Hindernis bezeichnet für die Befreiung und den Fortschritt der sich in Entwicklung befindenden Länder. In der Erklärung zur wirtschaftlichen Lage heißt es zu diesem Punkt weiter, die große Mehrheit der entwickelten Länder nutze die bestehenden Wirtschaftsverhältnisse allein zu ihren Gunsten aus.

In der politischen Erklärung wird zwar die Entspannungspolitik der Großmächte positiv beurteilt, aber diese Politik bedeute keineswegs, daß damit auch der Frieden in der Dritten Welt gesichert sei. Das sei solange nicht der Fall, wie Kolonialkriege, imperialistische Aggression, Eroberungspolitik, die Politik der Stärke, der Ausbeutung und Ausplünderung fortgesetzt würden.

Besonders erwähnt wird in der politischen Resolution die Lage im Nahen

zeichnet für die Befreiung und den Fortschritt der sich in Entwicklung befindenden Länder. In der Erklärung zur wirtschaftlichen Lage heißt es zu diesem Punkt weiter, die große Mehrheit der entwickelten Länder nutze die bestehenden Wirtschaftsverhältnisse allein zu ihren Gunsten aus.

In der politischen Erklärung wird zwar die Entspannungspolitik der Großmächte positiv beurteilt, aber diese Politik bedeute keineswegs, daß damit auch der Frieden in der Dritten Welt gesichert sei. Das sei solange nicht der Fall, wie Kolonialkriege, imperialistische Aggression, Eroberungspolitik, die Politik der Stärke, der Ausbeutung und Ausplünderung fortgesetzt würden.

Besonders erwähnt wird in der politischen Resolution die Lage im Nahen

Osten, in Indochina und in Lateinamerika. Besondere Unterstützung wird den Befreiungsbewegungen in Afrika zugesagt. Allen Teilnehmern wird die besondere diplomatische Unterstützung der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams und die Anerkennung der GRUNK unter Prinz Sihanouk als der einzigen legitimen und legalen Regierung Kambodschas empfohlen.

DIE SOWJETUNION IST EINE IMPERIALISTISCHE MACHT

Bei der Diskussion der Prinzipien für diese beiden Erklärungen war es zu teilweise scharfen Auseinandersetzungen gekommen. Ausgangspunkt war eine "Botschaft" des Parteichefs Breschnew der KPdSU an die Teilnehmer des Kongresses. Die Mehrheit der Teilnehmer empfand diese "Botschaft" als offene Einmischung und als den Versuch, Pressionen auszuüben. Breschnew erklärte unter anderem, die Trennungslinie in der Welt verlaufe nicht zwischen den "Großen" und den "Kleinen", den "Reichen" und den "Armen", sondern zwischen den Kräften des Sozialismus, des Fortschritts und des Friedens und den Kräften des Imperialismus, des Kolonialismus und der Reaktion, die jenen entgegenstehen.

Diese Botschaft Breschnews wurde kurz darauf noch verstärkt mit einem Artikel in der sowjetischen Regierungszeitung "Iswestia", in dem die These von der "Komplizenschaft der beiden Supermächte" (die USA und die UdSSR sind gemeint) als "absurd", "maoisitisch" und "imperialistisch" bezeichnet wurde, ebenso wie die Auffassung, wonach die Welt nicht in "sozialistische und kapitalistische Länder geteilt" sei sondern in "arme und reiche";

Damit stand schlagartig die Rolle der Sowjetunion in der Welt zur Debatte. Der kubanische Staatschef Fidel Castro verteidigte mit aller Kraft die Sowjetunion als ein sozialistisches Land. Die Erfahrungen vieler anderer an der Konferenz teilnehmender Staaten aber sprachen dagegen. "Arm" und "reich" – das ist der tatsächliche Gegensatz überall in der Welt. Auf der Seite des Reichtums steht die internationale Bourgeoisie. Auf der Seite der Armut stehen die internationale Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker, deren Arbeitskraft tagaus tagein ausgebeutet wird von der internationalen Bourgeoisie. Die internationale Arbeiterbewegung und die unterdrückten Völker kämpfen für das gleiche Ziel: endgültige Abschaffung jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung, Beseitigung aller Verhältnisse, unter denen der

Sowjetunion in der Welt zur Debatte. Der kubanische Staatschef Fidel Castro verteidigte mit aller Kraft die Sowjetunion als ein sozialistisches Land. Die Erfahrungen vieler anderer an der Konferenz teilnehmender Staaten aber sprachen dagegen. "Arm" und "reich" – das ist der tatsächliche Gegensatz überall in der Welt. Auf der Seite des Reichtums steht die internationale Bourgeoisie. Auf der Seite der Armut stehen die internationale Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker, deren Arbeitskraft tagaus tagein ausgebeutet wird von der internationalen Bourgeoisie. Die internationale Arbeiterbewegung und die unterdrückten Völker kämpfen für das gleiche Ziel: endgültige Abschaffung jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung, Beseitigung aller Verhältnisse, unter denen der

Reichtum weniger immer gesteigert und die Armut und das Elend der Massen immer größer wird. Die Kommunisten, die die organisierte Vorhut der Arbeiterklasse sind, kämpfen für dieses gemeinsame Ziel am entschiedensten.

Die Sprecher vieler Staaten betonten, daß auch der Charakter der Politik der Sowjetunion imperialistisch sei. Beispiele wurden genannt, so die Unterstützung der Lon Nol–Clique in Kambodscha oder die Einmischung im Nahen Osten, wo die Sowjetunion mit dem USA-Imperialismus um den größeren Einfluß konkurriere. Der algerische Staatschef Boumedienne, der die Konferenz leitete, hielt fest an seiner Auffassung, wonach die Trennungslinie in der Welt sehr wohl zwischen "arm" und "reich" verlaufe. Dieser Auffassung wurde nicht widersprochen, und die Teilnehmer der Konferenz stimmten seiner Schlußfolgerung zu, die er für die Länder der Dritten Welt in seiner Rede zum Abschluß der Konferenz zog: "Auf die eigene Kraft vertrauen!" –D.T.-

Aus der Organisation

In der Nr.2 der KVZ ist die Meldung über die Gründung des KB Hannover unter der Rubrik "Aus der Organisation" erschienen und unter der Überschrift "Aufnahme angestrebt". Das war falsch in doppelter Hinsicht: Zum einen ist der KB Hannover gegenwärtig noch kein Bestandteil der Organisation, zum andern sind es eine ganze Reihe von Organisationen, die ihre Aufnahme in den KBW anstreben. Der Kern der Meldung, daß es in Hannover zu einer Gründungskonferenz gekommen ist, auf der zwei bisher getrennt arbeitende Gruppen sich zusammengeschlossen haben, ging darüber verloren.

Um solche Fehler zu vermeiden, die in diesem Fall auf mangelnde Verständigung zwischen der Redaktion der KVZ und dem Ständigen Ausschuß zurückgingen, wird künftig die Rubrik "Aus der Organisation" vom Ständigen Ausschuß redigiert.

NEUE ORTSGRUPPEN

Hamburg. Die Kommunistische Gruppe Hamburg wurde auf Beschluß des ZK in eine Ortsgruppe des KBW umgewandelt.

Im Aufnahmeantrag der KG Hamburg heißt es: "Die Genossen der KG Hamburg haben seit Gründung der KG eine Menge gelernt. Konfrontiert mit den praktischen Aufgaben in der Hamburger Arbeiterklasse und anderen Teilen des Volkes, haben sie begonnen, ein akademisches Verständnis des Programms zu überwinden und das Programm als Waffe im Kampf zu begreifen. Die KG hat eine Reihe von Erfolgen erzielt, neue Kräfte hinzugewonnen und hat heute einen noch sehr begrenzten, aber ständig zunehmenden Einfluß auf die Bewegung in wichtigen Hamburger Betrieben."

Oldenburg. Die Kommunistische Gruppe Oldenburg wurde als Aufbaugruppe Oldenburg in den KBW aufgenommen.

Waiblingen. Der Arbeiter- und Jugendverein Waiblingen, mit dem seit längerer Zeit eine enge Zusammenarbeit besteht, wurde auf Antrag seiner Delegiertenkonferenz in eine Ortsgruppe des KBW umgewandelt.

Hamm. Die Proletarische Linke Hamm wurde als Aufbaugruppe Hamm in den KBW aufgenommen.

Ludwigshafen. Auf Antrag der Mitglieder und Kandidaten des KBW in Ludwigshafen hat das ZK die Einrichtung einer Ortsaufbaugruppe Ludwigshafen beschlossen.

AUSZUG AUS DEM ZK-BESCHLUSS ZUM BEITRAGSWESEN

1. Für alle Mitglieder und Kandidaten des KBW beträgt der Mindestbeitrag DM 30,–. Begründete Ausnahmen sind möglich.
   Begründung: Mit einem einheitlichen Beitrag wird von einer starren Progression des Beitrags mit dem Einkommen abgesehen. Die Unterstützung der Organisation über den Mindestbeitrag hinaus kann nicht durch Beschluß das ZK erreicht werden. Es handelt sich um eine Aufgabe, die die Zellen am besten, genauesten und sichersten wahrnehmen können. Es kommt darauf an, Genossen, die ein höheres Einkommen haben, politisch zur Erhöhung ihres Mitgliederbeitrages zu bewegen.
2. Der Mitgliedsbeitrag wird von den Zellen in der ersten Sitzung des laufenden Monats eingezogen. Dabei überprüft die Zelle, ob evtl. Ermäßigungen noch nötig oder Erhöhungen möglich sind. Neben der Überprüfung der laufenden Beitragshöhe stellt die Zelle dabei fest, ob einmalige Zuschläge zum Mitgliedsbeitrag gezahlt werden können (z.B. Weihnachtsgeld usw.). Wo es Zellen nicht gibt, fallen diese Aufgaben der Mitgliederversammlung oder der Leitung zu.

Die richtige Handhabung dieses Beschlusses wird sichern, daß die Organisation wie bisher finanziell auf eigenen Beinen steht und die laufenden Ausgaben durch laufende Einnahmen gedeckt sind.

WICHTIGER HINWEIS

Seit dem 20.9. hat die Zentrale Telefon. Verschiedentlich sind allerdings falsche bzw. verwechselte Nummern herausgegeben worden. Die Zentrale des KBW und die Redaktion der KVZ haben die Nummer

0621 / 37 91 21

Der Verlag Kommunismus und Klassenkampf ist unter der Nummer

0621 / 37 92 21

zu erreichen. Die beiden Nummern können nicht umgestellt werden. Es muß also vorher festgelegt werden, wen man erreichen will.

SPENDENLISTE VOM 6.9. bis zum 21.9.1973

KG Ffm/Offenbach	2.000,– DM
W.St. Berlin	300,– DM
B.I. Delmenhorst	30,– DM
L.St. Berlin	300,– DM
Rot Front Verlag Dortmund	370,– DM
M.B.-T. Dortmund	30,– DM
D.A. Lübeck	300,– DM
T.H. Berlin	30,– DM
A.B. Heidelberg	120,– DM
KSB Paderborn	110,– DM
Üb. Berlin	100,– DM
N.E. Untertürkheim	60,– DM
D.A. Lübeck	200,– DM
Sammlung Buchladen Bremen	1.111,80 DM
T.Kr. Berlin	100,– DM
J.H. Bochum	500,– DM
Sammlung Buchladen Heidelberg	105,– DM
U.I. Braunschweig	541.39 DM
KSO Gießen	700,– DM

"Rückkehr zum Stalinismus"?

DIE KRITIK DER "OPPOSITIONELLEN INTELLEKTUELLEN" IN DER SOWJETUNION

Verschiedene Intellektuelle in der Sowjetunion, wie z. B. der Atomphysiker Sacharow oder der Literaturnobelpreisträger Scholhenizyn haben jetzt in Interviews mit westlichen bürgerlichen Zeitungen Kritik geübt an den Verhältnissen in der Sowjetunion, u. a. forderten sie eine "Demokratisierung" der Sowjetunion. Die bürgerliche Presse im Westen und die "oppositionellen Intellektuellen" in der Sowjetunion selber reden seitdem viel von einer "Rückkehr zum Stalinismus" in der Sowjetunion.

Aber was haben die gegenwärtigen Unterdrückungsmaßnahmen mit der Unterdrückung von Konterrevolutionären durch den Sowjetstaat zu Stalins Lebzeiten gemeinsam? Nichts. Kein ehrlicher Kommunist wird behaupten, daß es in der Sowjetunion unter Stalin keine Unterdrückung gegeben hatte und keiner wird versuchen, jede einzelne Maßnahme der Organe des Sowjetstaates bedingungslos zu verteidigen. Aber diese Unterdrückungsmaßnahmen richteten sich in ihrem Wesen gerade gegen solche Elemente und Kräfte, wie sie heute die Herrschaft in der Sowjetunion innehaben. Diese Unterdrückungsmaßnahmen haben längere Zeit die Eroberung der politischen Macht durch die Kräfte der Bourgeoisie verhindern können. Da sie aber nicht ständig mit einer umfassenden demokratischen Mobilisierung der Arbeiter- und Volksmassen verbunden waren, was auch ihre Form verändert hätte, konnten sie die Sowjetunion auf die Dauer keineswegs gegen die Eroberung der politischen Macht durch die Kräfte der Bourgeoisie schützen. Gerade solche Leute, die bei Lebzeiten Stalins es nicht gewagt hatten, offen hervorzutreten und sich in Schmeicheleien über Stalin ergingen, stellten sich später als üble Verräter an der Sowjetunion heraus. Ein solcher Verräter war Chruschtschow. Solche Verräter sind seine jetzigen Nachfolger. Gerade diese Verräter, Bannerträger und politischen Häuptlinge der neuen Bourgeoisie üben heute die politische Macht aus und sind für die gegenwärtigen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die oppositionellen Intellektuellen verantwortlich. Wer aber sind diese oppositionellen Intellektuellen? Sie sind nichts anderes als die ideologischen Bannerträger der alten Bourgeoisie. Wo die Repräsentanten der neuen Bourgeoisie als Träger der politischen Macht und Herrschaft für die staatlich organisierte Ausbeutung der werktätigen Massen eintreten, da treten die Repräsentanten der alten Bourgeoisie für die klassische Ausbeutung ein. Wenn sie von Freiheit reden, dann meinen sie ihre liberale bürgerliche Freiheit, die die Freiheit auf Ausbeutung durch den Einzelkapitalisten zur ökonomischen Basis hat. Sie sind nicht prinzipiell gegen Ausbeutung und Unterdrückung, sondern sie wollen zurück zum alten Kapitalismus und dessen Ausbeutung und Unterdrückung. Sie sind die Ideologen der kapitalistischen Unternehmer, Händler, die endlich aus der Sphäre der Arbeitgeber von Schwarzarbeit und des Schwarzhandels herauswollen, in der sie gegenwärtig noch ihre Profite scheffeln müssen. Die oppositionellen Intellektuellen wollen, daß diese Geschäfte legalisiert werden und ihnen der Heiligenschein der Unternehmerinitiative zuerkannt wird. Ihr Ideal ist die USA, Las Vegas und Chicago. Da ist es kein Wunder, daß ihr Auftreten dort auch mit großem Vergnügen begrüßt wird.

Sacharow lobt die USA nicht nur, er fordert sie auch auf zur Wiederherstellung privatkapitalistischer Verhältnisse beizutragen. Die hält er für das denkbar Beste.

Die internationale Arbeiterklasse findet in dem Kampf zwischen alter und neuer Bourgeoisie, der gegenwärtig in der SU offen vor allem auf ideologischem Gebiet ausgetragen wird, keinen Verbündeten. Auch die sowjetische Arbeiterklasse kann diesen Kampf und die ihm zugrundeliegenden Widersprüche bestenfalls ausnützen, um selbständig auf den Plan zu treten. Einen Sprecher hat sie auf keiner der beiden kämpfenden Seiten. Wenn die Arbeiterklasse selbst auf den Plan tritt, wie vor einigen Jahren in Polen, dann findet sie auch keinen Fürsprecher auf Seiten der imperialistischen Bourgeoisie, genauso wenig wie die versprengten marxistisch-leninistischen Zirkel in der SU, die die alte bolschewistische Partei wiederaufbauen wollen, in der bürgerlichen Presse auch nur Erwähnung finden. Ihnen gilt unsere Solidarität, für die Sacharows und Scholhenizyns aber und ihre Ideale, haben wir genauso wenig Sympathie, wie für die Breschnews und Kossygins, diese Bande von üblen Unterdrückern der russischen Arbeiterklasse und Verrätern an der Sache des internationalen Proletariats.

– J.S. –



FISCHER BLOCKIEREN CHEMIE

STERNMARSCH AUF BESANÇON AM 29. SEPTEMBER

Die 1 300 Arbeiter und Arbeiterinnen der Uhrenfabrik Lip in Besancon streiken jetzt 5 Monate. Die Verhandlungen über die Weiterführung der Fabrik mit der gesamten Belegschaft stehen vor dem Scheitern. Die französische Regierung verschärft ihre Maßnahmen gegen die Lip-Kollegen: Seit dem 1. September sind die Kollegen aus der Krankenversicherung ebenso wie die Familienmitglieder aus der Familienfürsorge ausgeschlossen worden. Das Konkursgericht hat angekündigt, die Fabrik aufzulösen und die Betriebsanlagen zu verkaufen. Damit würde die Forderung der Kollegen nach Erhalt der Firma und Weiterbeschäftigung der gesamten Belegschaft gegenstandslos. Außerdem sind die 22 Zulieferbetriebe für Lip in der Umgegend von Besancon inzwischen wegen Auftragsmangels von Arbeitslosigkeit bedroht.

In dieser Situation haben die Gewerkschaften und das Lip-Solidaritätskomitee für den 29. September einen "Marsch auf Besancon" beschlossen und in ganz Frankreich dazu aufgerufen. Das französische Innenministerium, der zuständige Präfekt und der Bürgermeister von Besancon betreiben das Verbot der Demonstration. Der sozialdemokratische Bürgermeister von Besancon und die Stadtverwaltung benutzen die Ankündigung der Demonstration, um jetzt offen gegen die Lip-Kollegen aufzutreten.

wegen Auftragsmangels von Arbeitslosigkeit bedroht.
In dieser Situation haben die Gewerkschaften und das Lip-Solidaritätskomitee für den 29. September einen "Marsch auf Besancon" beschlossen und in ganz Frankreich dazu aufgerufen. Das französische Innenministerium, der zuständige Präfekt und der Bürgermeister von Besancon betreiben das Verbot der Demonstration. Der sozialdemokratische Bürgermeister von Besancon und die Stadtverwaltung benutzen die Ankündigung der Demonstration, um jetzt offen gegen die Lip-Kollegen aufzutreten.

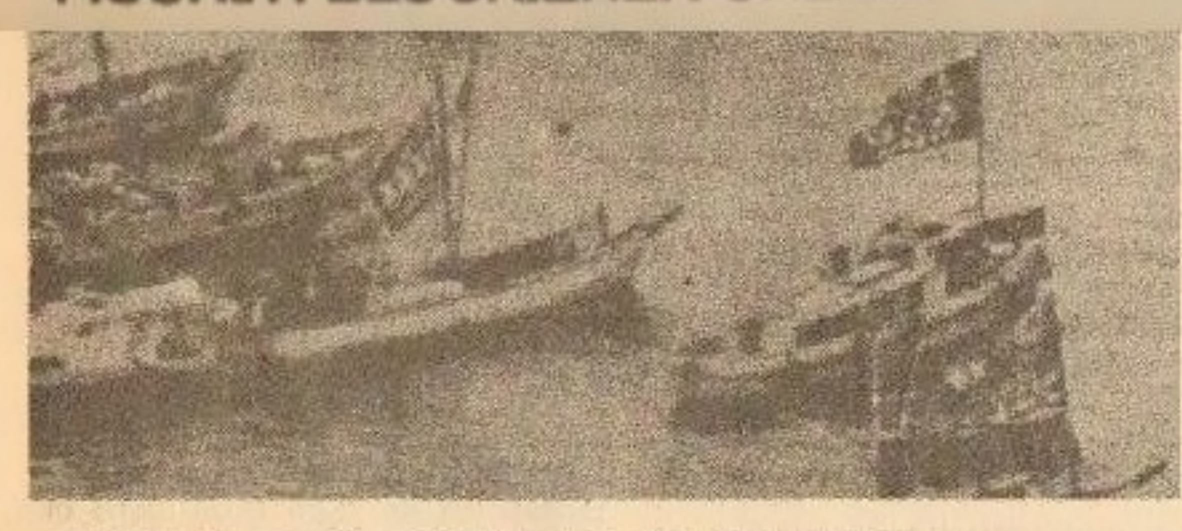
Vorher waren sie verbal für die Kollegen eingetreten. Die französische Bourgeoisie und ihre Vertreter im Staatsapparat fürchten, daß mit einer machtvollen Demonstration die Solidaritätsbewegung mit den Lip-Kollegen weiteren Aufschwung nimmt, und ihre arbeiterfeindlichen Liquidierungspläne endgültig zum Scheitern verurteilt sind.



DIE DEMONSTRATION DER 80000

Unser Bild zeigt die Demonstration der 80 000 in Larzac/Südfrankreich vom 25./26. August. Die Menschen, die aus ganz Frankreich gekommen waren, demonstrierten ihre Solidarität mit dem Kampf der Bauern gegen die Erweiterung eines Truppenübungsplatzes der französischen Armee. Das Projekt, das die Militärs und die französische Regierung seit 2 Jahren beschlossen haben, bedeutet für 103 Bauern die Vertreibung von ihrem Grund und Boden und den Verlust ihrer Existenz. Die Solidaritätsdemonstration wurde von der Organisation "Paysans-Travailleurs" (Bauern-Arbeiter) durchgeführt. Das ist eine politische Organisation, die unter den Bauern der Bretagne verankert ist. Sie verfolgt das Ziel, den gemeinsamen Kampf von Arbeitern und Bauern gegen das kapitalistische Ausbeutersystem zu entwickeln. An der Demonstration nahmen Delegationen von gerade streikenden Belegschaften teil, u. a. auch von Lip.

DIE DEMONSTRATION DER 80000
Unser Bild zeigt die Demonstration der 80 000 in Larzac/Südfrankreich vom 25./26. August. Die Menschen, die aus ganz Frankreich gekommen waren, demonstrierten ihre Solidarität mit dem Kampf der Bauern gegen die Erweiterung eines Truppenübungsplatzes der französischen Armee. Das Projekt, das die Militärs und die französische Regierung seit 2 Jahren beschlossen haben, bedeutet für 103 Bauern die Vertreibung von ihrem Grund und Boden und den Verlust ihrer Existenz. Die Solidaritätsdemonstration wurde von der Organisation "Paysans-Travailleurs" (Bauern-Arbeiter) durchgeführt. Das ist eine politische Organisation, die unter den Bauern der Bretagne verankert ist. Sie verfolgt das Ziel, den gemeinsamen Kampf von Arbeitern und Bauern gegen das kapitalistische Ausbeutersystem zu entwickeln. An der Demonstration nahmen Delegationen von gerade streikenden Belegschaften teil, u. a. auch von Lip.



FISCHER BLOCKIEREN CHEMIE

Dänische und japanische Fischer haben tagelang die Piers von Chemieunternehmen in ihren Ländern blockiert. Die Fischer protestierten mit den Blockadeaktionen gegen die Verseuchung ihrer Fanggründe mit quecksilberhaltigen Abwässern der Chemieunternehmen. Der Quecksilbergehalt, besonders der von den japanischen Fischern gefangenen Fische, ist inzwischen so hoch, daß der Genuß dieser Fische für die Menschen lebensgefährlich ist. Das wurde im Frühjahr in einer umfangreichen wissenschaftlichen Untersuchung festgestellt. Die japanischen Fischer können ihre Fische nicht mehr verkaufen, und viele von ihnen müssen ihre Existenz als Fischer aufgeben. Sie fordern jetzt von den Chemiekonzernen Entschädigungszahlungen. Dieser Forderung verleihen sie Nachdruck durch ihre Blockadeaktionen. Das Bild zeigt die Blockade der Nippon Vinyl Chloride Co. in Chiba bei Tokio. Die Fischer verlangen von diesem Konzern 10 Mill. Dollar. Vollständig von jeder Zulieferung abgeschnitten wurde die Chisso Corp. auf der Insel Kyushu. Die 5000 Fischer, die die Land- und Seeblockade durchführen, verlangen eine Entschädigungszahlung von 57 Mill. Dollar. Die Chisso Corp. hat inzwischen den Betrieb eingestellt.

12 BERGARBEITER ERSCHOSSEN

Am 12.9. wurden in einer Mine von Charltonville bei Johannesburg bei einem Streik der Arbeiter für höhere Löhne 12 schwarze Bergleute von der Polizei erschossen. Mit Hilfe solcher polizeilicher Terrormaßnahmen versucht die rassistische Bourgeoisie dem wachsenden Kampfeswillen des schwarzen Proletariats Herr zu werden, welches ohne jede gewerkschaftliche und politische Rechte der Ausbeutung der in- und ausländischen Kapitalisten unterworfen ist. Premierminister Vorster rechtfertigte den Mord und bezeichnete die streikenden Arbeiter als "plündernden Mob".

Unser Bild zeigt, wie die Polizei die Arbeiter mit ihren Fahrzeugen einkreist und die Berarbeiter angreift. Die 12 Bergleute wurden dabei erschossen.



ARBEITERSTREIKS IN SPANIEN

Madrid, 19.9. Zu zahlreichen spontanen Streiks ist es in der vergangenen Woche in Spanien gekommen. In mehreren Fällen ging Polizei gegen die Streikenden vor. 1 000 Arbeiter der Metallfabrik "Unidad Hermetica" legten in Sabadell für mehrere Tage die Arbeit nieder und forderten höhere Löhne sowie eine kürzere Arbeitszeit. 200 Arbeiter der Metallwerke "Estampaciones Sabadell" traten in einen Sitzstreik und wurden von der Polizei aus der Fabrik vertrieben. In der Autofabrik Meovsa, die unter der Lizenz von Mercedes arbeitet, zwang Polizei 600 Streikende zum Verlassen des Werkes. In Sevilla ging die Polizei gegen 60 Arbeiter einer Verkehrsgesellschaft vor, die ebenfalls in einen Sitzstreik getreten waren. Am Abend des 17.9. verschanzten sich diese Arbeiter in einem Saal des erzbischöflichen Palais, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu gewinnen. Sie fordern vor allem höhere Löhne und die Zusicherung, daß gegen die Streikenden keine Repressalien ausgeübt werden.

–(Süddeutsche Zeitung, 20.9.)–

112000 ARBEITER IN STREIK

Detroit. Am 14. September traten die 112 000 amerikanischen und kanadischen Arbeiter des Automobilkonzerns Chrysler in den Streik. Seit Montag, dem 17.9. liegt ein Verhandlungsergebnis vor, dem die Arbeiter bisher jedoch noch nicht zugestimmt haben. Es sieht u. a. vor: 1. Die Möglichkeit, freiwillige Überstunden zu leisten, 2. die Möglichkeit, nach 30 Jahren Betriebszugehörigkeit auszuscheiden und eine Rente zu bekommen, 3. sofortige Erhöhung der Stundenlöhne um 25 cents (= 60 Pfennig), 4. Verbesserung des Index für Ausgleichszahlungen beim Anstieg der Preise. Außerdem sollen die kanadischen Arbeiter mit den amerikanischen gleichgestellt werden. Die kanadischen Chrysler-Arbeiter erhielten bisher in der Stunde 10 cents (24 Pfennig) weniger.

STREIK IN SPEYER ERFOLGREICH

In der letzten Woche wurde den 200 Akkordarbeitern nach einem halbstündigen Streik 25 Pfennig mehr pro Stunde für alle zugestanden. Der Streik ging aus von einem Band, wo nur Akkordarbeiterinnen schafften. Der Streik begann als Protest gegen die Akkordhochschraubung. Filter- und Apparatebau ist Zulieferant für Volvo, Mercedes, DAF, Ford usw.